



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Reformisten und Internationalisten

Wechselbeziehungen afrikanischer

Emanzipationsbewegungen und kommunistischer

Organisationen in Frankreich (1917-1934)

Verfasser

Florian Klimka

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ. Lektor DDr. Amadou Lamine Sarr



## **Vorwort**

Oft bin ich gefragt worden, weshalb ich gerade über dieses Thema schreibe. Nicht selten schwang ein ungläubiger Blick mit, wenn ich von afrikanischen Sozialisten sprach oder über die kommunistischen Einflüsse auf die afrikanischen Emanzipationsbewegungen während der Zwischenkriegszeit berichtete. Es war wohl nicht selten, dass auch ich zu zweifeln begann. Geprägt von der heute vorherrschenden Einstellung, man möge doch möglichst schnell studieren und der Frage der Relation zwischen Aufwand und Nutzen einer Diplomarbeit, war dies wohl nur verständlich. Als ich zu schreiben begann, wurde mir bewusst, wie richtig diese Wahl war. Viele Zusammenhänge und Erkenntnisse wurden mir deutlich, während ich mich mit meinem Thema beschäftigte. Erfahrungen und Wissen, die ich sonst nicht gesammelt hätte und die meinen Horizont auch dementsprechend erweiterten.

In diesem Sinne möchte ich die Gelegenheit nutzen um mich zu bedanken:

Bei meiner Frau für ihre mehr als nur lang anhaltende Geduld, ihr Verständnis und ihre Unterstützung. In jenen Situationen, in denen ich selbst an diesem Unterfangen zu zweifeln begann, war sie für mich da. Bei meinem Sohn, der auf viele gemeinsame Stunden verzichten musste und mich trotzdem stets mit einem Lachen begrüßte.

Besonderer Dank gilt auch meinem Betreuer, der sich immer die Zeit nahm, mit mir oft stundenlange Diskussionen zu führen, selbst wenn ihn seine eigenen Projekte forderten. Seine Begeisterung für die afrikanische Geschichte brachte mir diesen Kontinent in mein Bewusstsein und offenbarte mir die Vielfalt und den historischen Stellenwert, den Afrika leider zu oft nicht zugesprochen bekommt. Sein Buch über Lamine Senghor ist eines der erstaunlichsten Bücher, die ich während meiner Studienjahre in Händen halten konnte. Wären seine Erzählungen nicht ausreichend gewesen, mich diesem Thema zu widmen, hätte es wohl auch alleine dieses Buch geschafft.

Meinen Eltern, die viele Mühen auf sich nahmen, um mir bei meinem Schreibprozess behilflich zu sein und es mir ermöglichten, mich dem Studium zu widmen, gilt ebenso mein herzlichster Dank, wie auch all jenen Familienmitgliedern und Freunden, die sich kontinuierlich nach meiner Arbeit erkundigten und ihre Hilfe anboten.



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	3
Abkürzungsverzeichnis .....	7
1. Einleitung.....	9
2. Die französische Kolonialideologie zwischen Assimilation und Assoziation.....	15
3. Marxistische Imperialismustheorien.....	21
3.1 Lenin: Der Imperialismus als letzte kapitalistische Phase.....	21
3.2 Kautsky: Asymmetrie der ökonomischen Entwicklung .....	23
3.3 Gramsci: Macht durch Hegemonie.....	26
3.4 Französischer Imperialismus .....	29
4. Beginnende afrikanische Politisierung: Partizipation durch Assimilation .....	36
5. Die Kolonialfrage in der sozialistischen Theorie.....	42
5.1 Marx und Engels über Kolonialismus .....	42
5.2 Bernstein über das Recht der zivilisatorisch Überlegenen .....	43
5.3 Die Kommunistische Internationale: Ideen der nationalen Befreiung .....	47
5.4 Die Gründung der Parti Communiste Français.....	52
6. Kooperativer und Militanter Panafrikanismus.....	56
7. Beginn eines neuen afrikanischen Nationalismus.....	59
7.1 Blaise Diagne: Symbol der hegemonialen Dominanz.....	59
7.2 Hunkanrin: Ein assimilé gegen das System Diagne .....	61
7.3 Die Hochphase des organisierten französischen Antiimperialismus.....	63
7.4 <i>Les Continents</i> : politische Internationalisierung in der Diaspora.....	67
7.5 Lamine Senghor: Marxistischer Kampf gegen die nationale Bourgeoisie .....	71
7.6 Kouyaté: Fortsetzung des Emanzipationskampfes .....	75
8. Stalin: von der Linkswende zur Front Populaire .....	79
8.1 <i>League Against Imperialism</i> : Zeichen einer sich ändernden Politik .....	81
8.2 Die Front Populaire und die Emanzipation des afrikanischen Proletariats .....	82
9. Conclusio .....	87
10. Literaturverzeichnis.....	93
Zusammenfassung.....	102
Abstract .....	103



## **Abkürzungsverzeichnis**

ANLC	American Negro Labour Congress
CDRN	Comité de Défense de la Race Nègre
CGT	Confédération Générale du Travail
CGTU	Confédération Générale du Travail Unitaire
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
Komintern	Kommunistische Internationale
LAI	League Against Imperialism
LDH	Ligue Française pour la Défense des Droits de l'Homme et du Citoyen
LDRN	Ligue de Défense de la Race Nègre
LUDRN	Ligue Universelle de Défense de la Race Noire
NAACP	National Association for the Advancement of Colored People
NEP	Neue Ökonomische Politik
PCF	Parti Communiste Français
PCI	Partito Comunista Italiano
PSI	Partito Socialista Italiano
RILU / Profintern	Red International of Labor Unions
SFIO	Section Française de l'Internationale Ouvrière
UNIA	Universal Negro Improvement Association





## **1. Einleitung**

Die Geschichte Europas ist geprägt von einem kulturellen und politisch – ökonomischen Austausch mit dem afrikanischen Kontinent. Im Verlauf der europäischen Moderne entwickelte sich dieses Verhältnis zu einer Asymmetrie der militärischen Stärke, die schließlich im 19. und 20. Jahrhundert in der Zerschlagung der afrikanischen staatlichen Strukturen und der Ausbeutung des gesamten Kontinents mündete. Der Imperialismus zwang den unterworfenen Völkern eine grundlegende Veränderung ihrer Lebensrealitäten auf und führte sie in eine politische, ökonomische wie auch kulturelle Abhängigkeit.

In der historischen Betrachtung sind innerhalb der linksgerichteten Gesellschaft zwei verschiedene Schulen der antikolonialen Argumentation festzustellen. Während der marxistisch geprägte Flügel eine bedingungslose Selbstständigkeit der ehemaligen Kolonien befürwortet und die Fremdherrschaft als einen verbrecherischen Akt ansieht, kritisiert die reformistische Seite die Ausformung des Kolonialismus, erkennt aber auch positive Aspekte des Kolonialismus an. Dieser Diskurs hält auch Jahrzehnte nach der Erlangung der formellen Unabhängigkeit an und beinhaltet die Frage, wieso diese Staaten auch heute noch von politischer Instabilität und geringem allgemeinen Wohlstand geprägt sind.

Immanuel Wallerstein, der den marxistischen Theoretikern zugerechnet wird, versucht die ungleiche Verteilung des globalen Wohlstandes und real existierender politischer Macht anhand einer Dreiteilung des Weltsystems in Zentrum, Semiperipherie und Peripherie zu begründen. Zwischen diesen Ebenen besteht ein asymmetrisches Verhältnis, welches sich unter anderem darin offenbart, dass die formal unabhängigen Staaten der Peripherie wirtschaftlich von einem Zentrumsstaat abhängig sind, woraus sich auch eine politische Unselbstständigkeit ergibt. Diese Rollenverteilung ist seiner Meinung nach ein direktes Resultat der Kolonialisierung und besteht seit der Dekolonialisierungsphase weiter (Wallerstein 1986:520). Suret-Canale, der sich intensiv mit der Kolonialphase in Afrika beschäftigt hat, sieht in der Fremdherrschaft die Ursachen für die heutige Entwicklung. Er beobachtet insbesondere die Wechselwirkungen zwischen Fremdherrschaft und kapitalistischen Interessen. Diese

hätten zerstörend auf die sozialen Strukturen eingewirkt. Seiner Ansicht nach brachten es die mangelnden kapitalistischen Investitionen nicht zuwege, die zuvor zerstörten lokalen Strukturen zu ersetzen bzw. die angewandten Techniken den Notwendigkeiten der kapitalistischen Produktion anzupassen. Stattdessen rief der Profitdruck eine stetig steigende Ausbeutung der Bevölkerung und eine einseitige Orientierung auf den Export von Rohstoffen hervor. In Verbindung mit den aus der Metropole erfolgenden Importen kam es zum Niedergang der kleinstrukturierten afrikanischen Produktion weiterverarbeiteter Erzeugnisse und zu einer Verarmung großer Teile der Bevölkerung (Suret-Canale 1969:374 ff.). Diese Vorgänge beschleunigten den Verfall der vormals bestehenden Sozialstrukturen, in dem es zu einer Auflösung der von „Häuptlingen“ geführten Gemeinden zugunsten des einzelnen Individuums kam, jedoch ohne sie ganz zu überwinden. Die Kolonialverwaltung verstärkte diese Tendenz, da es für sie einfacher war, mit einem von seinen eigenen Interessen geleiteten Häuptling eine Kooperation zu suchen, als auf die Bedürfnisse einer ganzen Gemeinschaft Rücksicht nehmen zu müssen (Suret-Canale 1969:92).

Eine reformistische Betrachtung vertritt Fernand Braudel, der den Kolonialismus in seiner Ausformung verurteilt, aber auch positive Aspekte in ihm erkennt. So vertritt er die Meinung, dass der Sklavenhandel bezüglich seiner Auswirkungen auf das Bevölkerungswachstum und die ökonomische Entwicklung keine relevanten Effekte erzeugte. Die Afrikaner hätten auch von den Europäern profitiert, indem sie Zugang zu variantenreicheren Lebensmitteln bekamen (Braudel 1986:491).

Die Frage nach der Bewertung des Kolonialismus war aber auch bereits während seiner gesicherten Phase ein strittiges Thema. Die Konfliktlinien orientierten sich an dem zuvor gezeigten Schema und erzeugten insbesondere innerhalb der sozialistischen Bewegung heftige Diskussionen. Die Spaltung der sozialistischen Parteien in rechtsgerichtete revisionistische und linke marxistisch-orthodoxe Gruppierungen äußerte sich unter anderem an der Kolonialfrage. Die Revisionisten verfolgten mit ihrer Politik die Vertretung des nationalen Proletariats, welches aus ihrer Sicht von einem humanen Kolonialismus profitieren konnte. Im Kontrast zu diesen Positionen erklärte sich die Linke mit dem Proletariat aller Länder solidarisch und sahen den Kolonialismus

als Möglichkeit der Bourgeoisie an, den sozialen Frieden in den Metropolen zu erkaufen. Es kommt zu einem Transfer des Profits von der Peripherie in das Zentrum, wodurch die Lebensqualitäten der metropolitanen Arbeiter auf Kosten der Kolonialisierten angehoben werden.

Die alleinige Betonung ökonomischer Vorteile hätte für eine militärisch ausgeführte territoriale Expansion nicht ausgereicht. Die Entscheidungsträger des französischen Staates bedienten und förderten alte innerhalb der metropolitanen Gesellschaft bereits vorhandene Stereotype über die afrikanische Bevölkerung. So konnte eine kulturelle Überlegenheit konstruiert werden, aus welcher sich, verbunden mit einer Universalisierung der europäischen Werte, die Rechtfertigung der Unterdrückung ganzer Völker begründen ließ. Wallerstein beschreibt dies als einen „europäischen Universalismus“, der von Akteuren des Zentrums geschaffen wurde, um die Interessen einer Elite durchzusetzen, welche vom modernen Weltsystem profitierte. Die Absicherung dieses Herrschaftssystems erfolgt somit in Wirklichkeit durch einen „Universalismus der Mächtigen“ (Wallerstein 2007:8). Durch die Betonung der Rückständigkeit nichteuropäischer Völker gelang es der herrschenden Klasse, eine hegemoniale Stellung zu errichten, die die Asymmetrie der Kräfte verstärkte und sich selbst reproduzierte. Dies bedeutete die Durchsetzung einer eurozentristischen Sichtweise auf Menschen außerhalb der Metropole. Eine Perspektive, die den Unterlegenen die Schuld an der widerfahrenen Fremdherrschaft und Unterdrückung zusprach. Die erlebte europäische Dominanz verbunden mit der Entwertung der im kapitalistischen System peripheren Kulturen ermöglichte es der französischen Kolonialverwaltung, ihre Herrschaft auf einer Basis der Kollaboration mit Teilen der unterdrückten Gesellschaften zu festigen. Diese Kolonialisierten stiegen dadurch in eine lokale elitäre Position mit begrenzten Sonderrechten auf, übernahmen die Argumentation des „europäischen Universalismus“ und wurden zum assimilierten Bestandteil der metropolitanen Herrschaft.

Die innergesellschaftliche Festigung der Akzeptanz des französischen Imperialismus war Ergebnis intensiver Anstrengungen von Seiten der Regierungen. Neben der sozialistischen Kritik gab es insbesondere vor der Festigung der Kolonialherrschaft am Ende des 20. Jahrhunderts eine ablehnende Haltung aus dem nationalen Lager und stand

in Zusammenhang mit der französischen „Renaissance“.<sup>1</sup> Die Nationalisten verurteilten die expansionistische Politik, da sie in dieser eine Schwächung der revanchistischen<sup>2</sup> Bestrebungen sahen. Die Verfechter des Kolonialismus reagierten insofern, dass sie mittels medialer Kampagnen und der Abhaltung von Ausstellungen einen Konsens in weiten Teilen der Bevölkerung herstellen konnten.

Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in den Kolonien emanzipatorische Bewegungen, welche sich aus der kolonialen Landbevölkerung aber auch aus dem Proletariat und der assimilierten Elite speisten. Diese unterschieden sich voneinander in ihren Zielsetzungen, die von einer Reform des Kolonialsystems bis hin zu einer nationalen Befreiung reichten. In der Ausformung ihrer jeweiligen politischen Ansichten, wirkten neben europäischen Machtverhältnissen auch afrikan-amerikanische Diskurse ein.

Die russische Revolution und die Gründung der Sowjetunion ließen einen Staat entstehen, der den internationalistischen Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker offensiv vertrat und es sich zur Aufgabe gemacht hatte, nationale Befreiungsbewegungen mit revolutionärer Orientierung zu unterstützen. Nationalistische afrikanische Akteure fanden im Sowjetstaat und in der Kommunistischen Internationale (Komintern) Verbündete in ihrem politischen Kampf gegen den französischen Staat. Diese Zusammenarbeit fand auf unterschiedlichsten Ebenen und in verschiedensten Intensitäten statt und veränderte ihren Charakter mit der historischen Transformation von einer leninistischen Politik zur Stalinisierung der Kommunistischen Internationale. Die Ausrichtung der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) war in weiten Belangen an die Direktiven aus Moskau gebunden und durchlebte beispielhaft die Umwandlung einer ehemaligen sozialistischen Partei in ein Mitglied der Dritten Internationale.

---

1 Nach der französischen Niederlage gegen Deutschland (1871) und der Unmöglichkeit ein geeintes Deutschland militärisch zu besiegen, sollte die Wiedererrichtung eines ausgedehnten Kolonialreichs die verlorene Stärke kompensieren und Frankreich die alte Rolle einer führenden Macht im internationalen Kräftespiel verleihen (Sarr 2011:149f).

2 Als Revanchismus bezeichnete man eine Variante des französischen Kontinentalnationalismus, dessen Fokussierung einer Rückerlangung der verlorenen Gebiete Elsass und Lothringen galt (Sarr 2011:151).

Die Arbeit setzt sich anhand der angeführten Aspekte das Ziel, die Beziehungen zwischen westafrikanischen Emanzipationsbewegungen und kommunistischen Organisationen in Frankreich herauszuarbeiten, insbesondere in den Jahren zwischen 1917 und 1934. Es stellt sich die Frage nach den leitenden Motiven und den Hintergründen kultureller Macht, sowie deren Auswirkungen auf den historischen Verlauf der Geschichte. Neben den in der Arbeit behandelten Akteuren gab es auch viele andere Afrikaner, die an dieser frühen modernen Politisierung beteiligt waren, deren Rolle aber leider nicht Eingang in diese Arbeit finden konnte.

Um ein besseres Verständnis über den Ablauf der Entkolonialisierung und der jeweiligen nationalen Politik zu erhalten, ist es wichtig, auch die frühe Phase der politischen Befreiungsbewegungen zu studieren. Die ungleiche Verteilung von Macht und der daraus resultierenden Konsequenzen und Strategien ist auch in anderen geographischen Räumen ein aktuelles Thema. Die Thematik internationaler Zusammenarbeit über die Grenzen des Wohlstandes und „Klassenzugehörigkeiten“ hinweg, ist in Anbetracht der sich verschärfenden sozialen Gegensätze auch für aktuelle Probleme von Wichtigkeit.

Betrachtet man die wissenschaftliche Ausarbeitung dieses Themas, wird schnell bewusst, dass die Beweggründe und die Bedeutung der Afrikaner bisher keiner umfassenden wissenschaftlichen Aufarbeitung unterzogen wurden. Viele Quellen wurden als Folge politischer Verfolgung vernichtet, andere sind bis heute nicht oder nur sehr schwer zugänglich.

Diese Arbeit ist in ihrer Konzeption, neben der Überblick verschaffenden Einleitung und dem Resümee, welches die Fragestellungen nochmals zusammen fasst und eine weiterführende Auseinandersetzung mit den Kernthesen bietet, in drei thematische Hauptkategorien gegliedert. Kapitel zwei bis fünf beschäftigen sich mit den grundlegenden Entwicklungen und Theorien des Imperialismus. Anfangs wird auf die französische Kolonialideologie eingegangen, um daran anschließend einen Überblick über die Imperialismustheorien von Lenin, Kautsky und Gramsci zu geben, um dann die Eigenschaften des französischen Imperialismus zu behandeln. Kapitel vier schließt an

dieser Charakterisierung an und zeigt die Entstehungsgeschichte der beginnenden afrikanischen Politisierung im Senegal. Den ersten Hauptteil abschließend wird auf die Kolonialdebatten innerhalb der sozialistischen Bewegungen eingegangen sowie auf die Gründung der Komintern wie auch der PCF und deren Standpunkte zur Kolonialfrage. Das zweite große Themengebiet behandelt die Entstehung der afrikanischen Emanzipationsbewegungen nach dem Ersten Weltkrieg. Aufbauend auf den Handlungen von vier frühen Antikolonialisten kommt es zur Ausarbeitung der unterschiedlichen Zielsetzungen und Methoden dieser Akteure. Zusätzlich wird dazu die antiimperialistische Politik der PCF behandelt, um deren Schwierigkeiten in der Umsetzung einer internationalistischen Politik, aber auch um die Wechselbeziehungen zu den afrikanischen Akteuren, zu dokumentieren. Im abschließenden Hauptteil wird der Frage nachgegangen, wieso die Zusammenarbeit zwischen den Kolonisierten und kommunistischen Parteien nicht dauerhaft war. Insbesondere wird hier die sich verändernde Rolle der Komintern aufgezeigt, sowie die Fokussierung der europäischen Kommunisten auf die Sowjetunion. Die Beschreibung des senegalesischen Eisenbahnerstreiks von 1938 gibt einen abschließenden Einblick in die kolonialen Realitäten und die zunehmende Bedeutung der afrikanischen Gesellschaften im kolonialen politischen Diskurs.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass keine Gender-Schreibweise berücksichtigt wurde, da es sich bei den meisten in der vorliegenden Arbeit vorkommenden Akteuren um Männer handelt.

## **2. Die französische Kolonialideologie zwischen Assimilation und Assoziation**

Der französische Kolonialismus rechtfertigte sich durch eine putative nationale kulturelle Überlegenheit, welche es Frankreich erlauben würde, über jene Menschen, die als weniger „entwickelt“ definiert wurden, zu herrschen. Der Grundgedanke, dass man als führende Nation eine Verpflichtung habe, den unterlegenen Völkern auf eine höhere Stufe zu helfen, entstammt der Französischen Revolution. Alle Menschen sollten an der französischen Fortschrittlichkeit partizipieren. Die neu erkämpfte Freiheit sei nicht auf die eigene Nation beschränkt, sie war ein universeller Wert, den es zu verbreiten gelte. Folglich transformierte sich das bereits bestehende Sendungsbewusstsein einer angestrebten nachholenden Entwicklung, in deren Verlauf aus den Untertanen echte französische Bürger entstehen würden. Galt diese in der vorrevolutionären Zeit als eine begleitende Möglichkeit, wandelte es sich nun zu einer zentralen Zielsetzung der französischen Kolonialdoktrin (Conklin 1997:17). In der Gesetzgebung zeigte sich dies 1794 mit dem Beschluss des Nationalkonvents über die Abschaffung der Sklaverei. Gleichzeitig wurde allen Menschen in den französischen Gebieten, unabhängig deren Abstammung oder Hautfarbe, die Staatsbürgerschaft in Verbindung mit den vollen Rechten eines französischen Bürgers zugesprochen (Idowu 1969:194). Diese Anwendung des Gleichheitsgedanken auf alle Menschen unter französischer Herrschaft sieht Franz Ansprenger als Beginn der Assimilationspolitik, welche jedoch auf anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen basierte als jene, welche die späteren territorialen Erweiterungen mit sich brachten. Während sich die Kolonialgebiete zur Zeit der Französischen Revolution auf wenige Küstenstreifen und Inselgruppen mit relativ spärlicher Besiedelung konzentrierten, änderte sich dies im Verlauf des 19. Jahrhunderts mit der Schaffung eines Kolonialreichs der vielfachen Größe der Metropole und begrub gleichzeitig die Idee einer grenzenlosen Gleichstellung aller Menschen (Ansprenger 1961:42). Die Ursprünge der Assimilationsdoktrin brachen jedoch nicht erst durch eine angenommene räumliche Überdehnung zusammen, sondern mit einer voranschreitenden rassistischen Durchsetzung der französischen imperialen Strategie. Ohne das offizielle Ziel der Assimilation anzuzweifeln, wurden die Kolonien und deren Bewohner als Besitzungen angesehen, welche dem Profit der Metropole zu dienen hätten (Said 1994: 237). Diese Argumentationslinie verfolgt auch Suret-Canale, wenn er über die Assimilationspolitik schreibt:

Sie unterdrückte oder übersah bewußt die eigentlich afrikanischen politischen Strukturen und die afrikanische Kultur, um an ihrer Stelle die kolonialen Strukturen und den kolonialen Unterricht zu setzen. Zweifellos war das „französisch“ aber völlig verschieden von dem, was auf der gleichen Ebene in Frankreich gegeben war (Suret-Canale 1969:112).

Für die am Ende des 18. Jahrhunderts bestehenden Niederlassungen im heutigen Senegal bedeuteten die republikanischen Gesetzgebungen auch in der Realität eine Anerkennung als Bürger (*Citoyen*) und sie bildeten die Grundlage für die späteren *quatre Communes* Rufisque, Dakar, Saint-Louis und Gorée. Der Kampf um die endgültige Erlangung der Bürgerrechte für die afrikanische Bevölkerung mit dem *Citoyen-Status* sollte noch bis in das Kriegsjahr 1916 hinein andauern. Bis zu diesem Zeitpunkt war die rechtliche Gleichstellung ein umstrittenes Thema in Frankreich. Anhand des islamischen Glaubens der Mehrheit der Afrikaner wurde eine Unvereinbarkeit mit der französischen Gesetzgebung argumentiert und deren Rechte immer wieder beschnitten (Ansprenger 1961:43). Das koloniale Verwaltungssystem stand somit in einem direkten Widerspruch zu den demokratischen Institutionen der dritten Republik. Die Assimilation bestand nur in einer negativen Auslegung. Während man den Afrikanern die französischen Rechte verwehrte, zerstörte man gleichzeitig die demokratischen Elemente der zuvor bestehenden lokalen Strukturen. Dieser direkten Verantwortungs- und Rechtfertigungsmechanismen entledigt, beschränkte sich die Funktion des „Häuptlings“ auf die Rolle eines nach eigenen Interessen handelnden Führers (Suret-Canale 1969:111). War er zuvor den Bewohnern seines Dorfes verpflichtet, agierte er nun in der Funktion des *chef de village* bzw. *chef de canton*<sup>3</sup> als unterste administrative Ebene der kolonialen Verwaltung (Ansprenger 1961:40). In dieser Position sorgten sie unter Einsatz von Zwangsmitteln für die Bereitstellung von Rekruten, Arbeitern, aber auch für die Eintreibung von Steuern und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Untergeordnet war der *chef de village* dem Kreiskommandanten, welcher ihn bestellte, aber auch absetzen und körperlich bestrafen konnte (Suret-Canale 1969:109). Der Kreiskommandant, der dem Lieutenant-Gouverneur in Saint-Louis unterstand, hatte durch seine Position die wahre Macht in Händen. Paris, Dakar und Saint-Louis sind vom kolonialen Hinterland weit entfernt und ihm obliegt in der Realität die alleinige koloniale Machtausübung (Ansprenger 1961:41).

---

3 Der *chef de village* war dem *chef de canton* unterstellt (Suret-Canale 1969:109).



Betrachtet man die afrikanische Bewertung der so bezeichneten Assimilationspolitik, verdeutlicht sich die Heterogenität der kolonisierten Bevölkerung. Die Menschen außerhalb der *quatre Communes* galten nach französischem Recht als Untertanen (*Sujets*). Dieser Status implizierte, dass sie sich weder auf das französische Recht berufen, noch französische Schulen besuchen konnten. Die Ausdehnung dieser grundlegenden staatlichen Einrichtungen auf diese Gebiete wurde entgegen der ursprünglichen Idee einer Assimilierung nicht durchgeführt. Die Kolonialadministration begründete dies damit, im Interesse der Kolonisierten zu handeln, wie Conklin beispielhaft an den Aussagen des Generalgouverneurs Ernest Roume über die Rechtsprechung ausführt:

As had been the case with education, the Government General immediately rejected the assimilationist solution as impractical and prejudicial to the best interests of the colonized. Treaties, Roume pointed out, had been signed with African chiefs during the conquest, stipulating that African „custom“ would be respected throughout the federation. As a civilized nation, France was bound to honor these agreements (Conklin 1997:87).

Frankreich berief sich dann auf die Eigenständigkeit der traditionellen Strukturen, wenn es galt, die als Untertanen (*Sujets*) klassifizierten Menschen von einer Assimilierung und der damit verbundenen Folgen für deren Mitbestimmung am politischen Leben, abzuhalten. Für diese ausgeschlossene, aber die Mehrheit der Bevölkerung bildende Gruppe, war die so bezeichnete Assimilierungspolitik in Wirklichkeit unerreichbar und daher abzulehnen. Dadurch, aber auch durch ein sich in den Protektorats – Gebieten viel stärker bemerkbar machendes Machtvakuum nach der Zerschlagung der traditionellen Gesellschaftsstrukturen im Zuge der Unterwerfung, war die Gegnerschaft zu Frankreich viel ausgeprägter als in den Städten der *quatre Communes* (Sarr 2011:174). Innergesellschaftlich verfolgte Frankreich eine bewusste Zweiteilung der afrikanischen Bevölkerung:

The primary aim was to develop a native elite by means of a thorough system of education, and at binding this elite to the French state by conferring upon its members political and civil privileges which are denied to the mass of the native population. [...] The result was that in identity and loyalty, the native elite was welded to French ideals [...] (Tunteng 1974:44).

Diese Assimilierung einer kolonialen Elite, bei gleichzeitiger Assoziierung der *Sujets*, zeigt die Abkehr von der ursprünglichen Idee der Schaffung eines Frankreichs der einhundert Millionen Bürger, getrieben von der Angst einer Marginalisierung der

weißen Menschen (Coquery-Vidrovitch 2001:285). Die Idee einer Assoziation zwischen Frankreich und den Kolonisierten begleitete die Debatte um die Assimilationstheorie in der dritten Republik und konnte zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer mehr Unterstützer für sich gewinnen, die eine Unvereinbarkeit von Europäern und Afrikanern anhand vermeintlicher Rassenunterschiede konstatierten (Johnson 1971:76f). Nach dem Ende des ersten Weltkrieges und durch den stetig steigenden Druck seitens der assimilierten afrikanischen Bevölkerung, die Versprechungen nach einer wirklichen Gleichstellung auch einzuhalten, setzte ein endgültiger Wandel in der Kolonialpolitik ein. Das Ziel der Assimilation wurde als unerfüllbar erklärt und nun auch offiziell durch die Assoziation ersetzt. Am System der Ausbeutung und Fremdherrschaft änderte sich dadurch nichts, vielmehr diente die vermeintliche Selbstbestimmung und Wahrung alter Traditionen der Abwehr jeglichen Strebens nach Demokratie (Suret-Canale 1969:113f). Der französische Nationalchauvinismus und die ablehnende Haltung gegenüber den Afrikanern, verdeutlichte sich mit Ende des Ersten Weltkrieges, als die im Kriegsverlauf nach Europa gebrachten afrikanischen Kriegsteilnehmer von der europäischen Arbeiterschicht als direkte Konkurrenten um die vorhandenen Arbeitsplätze angesehen wurden. Aufgrund des hierarchischen Gesellschaftssystems und der noch aus der Vorkriegszeit stammenden negativen Stereotypen eigneten sich die „wilden Fremden“ nun als einigendes Motiv einer neu entstehenden weißen Arbeiteridentität. Diese Entwicklung wurde von den sozialistischen Gewerkschaften noch verstärkt und sie nutzten sie für eine Exklusion der kolonisierten Menschen vom Arbeitsmarkt und eine zwanghafte Rückführung nach Afrika (Stovall 2003:60, 768). Senegals besondere Bedeutung für Frankreich offenbarte sich in dessen organisatorischen Zweiteilung der Machtausübung. In dieser ältesten französischen Kolonie wurde innerhalb der *quatre Communes* die direkte Form der Kolonialherrschaft angewendet, während außerhalb dieser Gebiete die indirekte Form zur Anwendung kam (Johnson 1971:75). Die Sonderstellung der *quatre Communes* erklärt sich aus der metropolitanen Innenpolitik, wo sie als Rechtfertigung über die Aufrechterhaltung bzw. auch Inbesitznahme der Kolonien dienten. Schließlich konnte Frankreich so seine vermeintlich offene, liberale Politik und den Erfolg der Assimilierungspolitik beweisen (Suret-Canale 1969:112). Zentraler Bestandteil dieser Argumentation waren die *assimilés*, wie assimilierte Senegalesen der *quatre*

*Communes* bezeichnet wurden (Conklin 1997:77). Die *assimilés* besaßen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts keine eigene politische Vertretung, stattdessen unterstützten sie je nach Situation kreolische<sup>4</sup> oder französische Politiker (Johnson 1971:87). Der kontinuierlich ansteigende Politisierungsgrad und der Ruf nach mehr Mitbestimmung mündeten in der Gründung der politischen Organisation *Les Jeunes Sénégalais*. Trotz ihrer grundsätzlichen Kritik an den Bedingungen der Kolonialherrschaft zweifelten sie die *Mission civilisatrice* selbst nicht an, sondern waren vielmehr von deren Notwendigkeit überzeugt (Sarr 2011:176f). Viele von jenen, welche bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts einen Aufstieg in der französischen Politik schafften, rechtfertigten die Grundsätze der Fremdherrschaft und forderten die vollständige Assimilation der Afrikaner ein. In diesem Sinne unterstützten sie die imperialistische Ausrichtung des Staates, welche besonders bis zum Ersten Weltkrieg in der französischen Bevölkerung noch umstritten war und agierten als Propagandisten der Kolonisten (Atlas 2002:102). Als *assimilé* zu gelten war nicht gleichbedeutend mit der Zugehörigkeit zur afrikanischen Elite und dem Besitz der vollen Bürgerrechte (Johnson 1971:85). Um die Erlangung einer vollständigen politischen Gleichstellung zu verhindern, ging die französische Kolonialverwaltung dazu über, die Anforderungen für eine Staatsbürgerschaft immer enger zu fassen. So konnte ein assimilierter Afrikaner Bürger werden, ohne gleichzeitig alle Rechte eines weißen Bürgers zu erlangen. Coquery-Vidrovitch bezeichnet dies als „[...] *la différence entre les notions de citoyenneté et de nationalité* [...]“ (Coquery-Vidrovitch 2001:286). Für die elitäre afrikanische Bevölkerung der *quatre Communes*, auch als *Originaires* bezeichnet, bestand ein elementares Interesse in einer Abgrenzung zur restlichen afrikanischen Bevölkerung. Viele von ihnen waren stolz auf ihre historisch gewachsene Verbindung zu Frankreich, eine Wechselbeziehung die bereits seit Generationen bestand. Die *Originaires* dienten als Vermittler zwischen kolonialer Administration und *Sujets*. In dieser Rolle konnten sie sich eine profitable Position im Kolonialhandel sichern (Johnson 1971:88). Die französische Verwaltung war personal-politisch nicht in der Lage, die eroberten Gebiete alleine zu regieren, wodurch die *Originaires*, die sich durch ihren hohen Assimilierungsgrad dazu besonders eigneten, mit administrativen Aufgaben

---

4 Als Kreolen werden Menschen mit europäischer und afrikanischer ethnischer Abstammung bezeichnet.

vertraut wurden. Suret-Canale sieht darin sogar einen der Hauptgründe für die besondere Stellung der *quatre Communes* in einem ansonsten tiefst autoritären und nationalistischen Herrschaftssystem (Suret-Canale 1969:112f.).

### 3. Marxistische Imperialismustheorien

#### 3.1 Lenin: Der Imperialismus als letzte kapitalistische Phase

Die territoriale Expansion der mehrheitlich europäischen Staaten und der damit einhergehenden Unterwerfung des überwiegenden Teils der Welt versuchten marxistische Theoretiker mittels einer eigenen Theorie über die Form und Ursachen des Imperialismus zu ergründen. Lenin definiert den Imperialismus als das „[...] monopolistische Stadium des Kapitalismus [...]“ (Lenin 1988:101) und sieht ihn als „[...] Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus [...]“ (Lenin 1988:100) an. In der marxistischen Theorie, welche von einer stufenförmigen Entwicklungsgeschichte ausgeht, kommt dem Imperialismus auch deswegen eine besondere Bedeutung zu, da er als abschließende und letzte Phase des Kapitalismus angesehen wird. Dies verdeutlicht Lenin in seinem Buch *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*:

Zum kapitalistischen Imperialismus aber wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen, als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden (Lenin 1988:100).

Diese veränderten Grundeigenschaften sieht er in der Bildung von kapitalistischen Monopolen, welche die freie Konkurrenz verdrängen aber trotzdem neben ihr weiter bestehen und somit Spannungen erzeugen sowie in der Verschmelzung des Kapitals der Großbanken mit jenem der Industrie zu einem Finanzkapital. Ein weiterer Aspekt ist der Abschluss der territorialen Erweiterung durch die Gründung neuer Kolonien, da die zu kolonisierenden Gebiete durch die imperialistischen Mächte vollkommen unterworfen wurden (Lenin 1988:101). Dies führt das kapitalistische System vor eine problematische Situation, da es zur Akkumulation des Kapitals auf eine beständige Ausweitung angewiesen ist:

What is important is that the capitalist system cannot exist and develop without constantly extending its sphere of dominion, without colonizing new countries and without drawing ancient, non-capitalist countries into the whirl-pool of world economy (Lenin 1944:379).

Nur durch diese andauernde externe Erweiterung der Metropolen können neue Rohstoff- und Anbaugelände geschaffen werden bzw. kann die Bereitstellung flexibler und für die Kapitalisten günstige Arbeitskräfte sichergestellt werden (McIntyre

2011:1494). Der Einsatz von Gewalt und die räumliche Abgeschiedenheit von der Metropole sorgen dafür, dass auf die Befindlichkeiten dieses Reservoirs an Arbeitern nicht Rücksicht genommen werden muss. In der marxistischen Theorie sind daher die internen kapitalistischen Zwänge für die Erschaffung der Kolonialreiche verantwortlich, wobei sich die Ausmaße an der kapitalistischen Entwicklung orientieren.

Je höher entwickelt der Kapitalismus, je stärker fühlbar der Rohstoffmangel, je schärfer ausgeprägt die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt sind, desto erbitterter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien (Lenin 1988:95).

Der Kampf um den Erhalt oder für die Gewinnung neuer Märkte, angetrieben von der besonderen Bedeutung des Finanzkapitals und des Kapitalexports, steht somit im Mittelpunkt der marxistischen Betrachtung. Lenin bekräftigt diesen Standpunkt immer wieder. So definiert er die Unterstützungswürdigkeit von kriegerischen Handlungen anhand deren wahrer Charaktere. Er unterscheidet hierbei zwischen einem nationalen Krieg, der von einem unterdrückten Volk geführt wird und der Fortführung imperialistischer Politik mittels militärischer Mittel.

War die Politik imperialistisch, d.h., verteidigte sie die Interessen des Finanzkapitals, war sie eine Politik der Ausplünderung und Unterdrückung von Kolonien und fremden Ländern, dann ist auch der Krieg, der sich aus dieser Politik ergibt, ein imperialistischer Krieg (Lenin 1975:23).

Die koloniale Ausbeutung durch den Imperialismus hat abseits der kapitalistischen Notwendigkeit nach Ausdehnung auch eine gesellschaftliche Bestimmung für den Machterhalt der herrschenden Eliten. Erst dieses System der Ungleichheit bietet den Kapitalisten die Möglichkeit, sich zu bereichern und durch die, auf diese Weise gewonnenen Profite, auch die anderen Gesellschaftsschichten der Metropole für ihre Interessen zu gewinnen. Lenin spricht in diesem Zusammenhang von einer Bestechung der Arbeiter, die ebenso zu einem „Rentnerdasein“ verkommen würden, da die Industrie- und Warenproduktion in die außereuropäischen Gebiete ausgelagert werden würden. Gleichzeitig käme es zu einem Rückfluss der Profite in die Zentren. Mit Hilfe dieser Gelder können relevante Akteure oder auch ganze Bevölkerungsteile auf ein höheres Konsumlevel gebracht werden. Der Imperialismus erzeugt dadurch eine Aufspaltung des Proletariats in unterschiedliche Klassen. Ein Teil der Arbeiter steigt in das Bürgertum auf, bleibt jedoch in seiner ursprünglichen Funktion als Vertreter der Arbeiterschaft, wodurch diese aus revolutionärer Sicht ruhig gestellt wird. Die

Schaffung zweier unterschiedlicher Welten, einem reichen Zentrum und einer verarmten zerstörten Peripherie in der Gestalt kolonialen Besitzungen und abhängiger Staaten, führt zu einer Einwanderungswelle in die Metropolen und begründet eine neue gesellschaftliche Unterschicht. Diese gesellschaftlichen Umwälzungen lassen die Arbeiter des Zentrums zumindest zu bedingten Profiteure des Imperialismus werden, weswegen sie auch die bestehende Asymmetrie verteidigen. In den beherrschten Gebieten jedoch führt der Imperialismus zu einer immer stärker werdenden Unterdrückung, verbunden mit einer Auflösung der vormaligen sozialen Strukturen und einer Sichtbarmachung der sich verschärfenden Gegensätze. Die daraus resultierenden Unruhen stellen eine Bedrohung des imperialistischen Systems in genau jenen Gebieten dar, aus denen es seine Stärke und Macht bezieht (Lenin 1988: 117f, 123f, 138).

### **3.2 Kautsky: Asymmetrie der ökonomischen Entwicklung**

Lenins Ausführungen über den Imperialismus fußen auf einer langen innermarxistischen Debatte über dessen Charakteristika und Ursachen. Auch wenn Lenins Publikation als eine der wichtigsten Erklärungsversuche gilt, ist festzuhalten, dass es keine einzelne marxistische Imperialismustheorie gibt, sondern sich die Auseinandersetzungen mit diesem Thema inhaltlich unterscheiden. Einer der Ersten der sich mit diesem Thema beschäftigte, war Karl Kautsky. Er definierte den Imperialismus als expansionistische Bestrebung innerhalb des kapitalistischen Systems (Kautsky 1961:103, 111). Ursprünglich sah er dessen Ursache in der weiter bestehenden vorkapitalistischen aristokratischen Herrschaftsform begründet. Die Aristokratie, als landbesitzende Klasse, versucht in Kooperation mit dem Bankkapital, durch die Inbesitznahme von neuen Gebieten und deren wohnhaften Bevölkerung ihre Profite zu mehren (Kautsky 1961:105, 107f, 114). Im weiteren Verlauf der anhaltenden Diskussion über den Imperialismus verfeinert Kautsky seine Kritik. Er attestiert den industriell entwickelten Gebieten eine Überlegenheit gegenüber den agrarisch geprägten Territorien. Für einen agrarischen Staat besteht die Gefahr, seine Unabhängigkeit und Souveränität zu verlieren, weswegen diese danach streben, auch selbst eine möglichst umfassende Industrialisierung einzuleiten. In diesem Prozess wird die vorkapitalistische Produktionsweise zerstört und die dort zuvor gebundenen Arbeitskräfte dienen nun der neuen Industrie als Lohnarbeiter. Die Industrialisierung erfolgt durch Kapitalimporte aus wirtschaftlich höher entwickelten Gebieten, in denen die Kapitalisten nach externen

Investitionsmöglichkeiten suchen (Kautsky 1914:10). Der Kapitalexport fließt hauptsächlich in den Ausbau der Infrastruktur des Agrargebietes, welches durch diese effizientere Anbindung an das Zentrum höhere Erträge erzielt. Der gestiegene Profit wird wieder in die Industrialisierung reinvestiert und lässt dadurch den Austausch zwischen Zentrum und Peripherie anwachsen. Investitionen in Gebiete außerhalb der eigenen Staatsgrenzen bringen für den Kapitalisten große Risiken mit sich. Daher ist es sein Bestreben sein eingesetztes Kapital bestmöglich zu schützen. Hierbei ist er auf die Unterstützung der Staatsgewalt angewiesen, da nur sie seine Interessen wahren kann. In dieser Situation zeigt es sich, ob ein Staat in die Abhängigkeit eines anderen gerät oder, ob er selbst die Kraft besitzt, sich zu behaupten. Ist das Verhältnis zwischen Peripherie und Zentrum stark asymmetrisch, wird es der unterlegenen Seite nicht gelingen, durch protektionistische Maßnahmen seine entstehende Industrie zu schützen und in der Folge zu einer metropolitanen Konkurrenz zu erwachsen. Die Kapitalsteller aus dem bereits industrialisierten Staat verfolgen aus dieser für sie bestehenden Gefährdung einer etwaigen Marktabschottung das Ziel einer direkten Kontrolle jener Territorien, aus welchen sie ihre Profite akkumulieren. Den größtmöglichen Einfluss erlangen sie durch die Schaffung kolonialer oder halbkolonialer Staaten. In dieser Form haben sie direkten Zugriff auf das agrarische Gebiet und können gleichzeitig Kapitalisten anderer Länder den Zugang verwehren (Kautsky 1914:11). Dem Imperialismus wohnt aus diesen Mechanismen heraus ein besonderes Konfliktpotential inne, welches eine Militarisierung der Staaten fördert. Die militärische Aufrüstung dient der Durchsetzung expansiver kapitalistischer Interessen aber auch als Absatzmarkt zur Überwindung einer sinkenden Nachfrage nach Konsumgütern. Insbesondere die Agrargebiete in ihrem Bestreben, ihre staatliche Souveränität zu erhalten, verschulden sich in diesem ungleichen Wettrüsten. Doch selbst nach dem Verlust der Selbstständigkeit tragen die geschaffenen Kolonialgebiete die Kosten für die imperialistischen Kriege. In beiden Fällen kommt es zu einer Verarmung der Bevölkerung (Kautsky 1907:34f).

Entgegen seiner ursprünglichen Definition sieht Kautsky den Imperialismus als ein Produkt des hoch entwickelten Kapitalismus an. Es handle sich hierbei um eine Episode der kapitalistischen Entwicklung, die im Interesse des zu einer Einheit gewordenen Bank- und Industriekapitals der Industrienationen öffnend auf die agrarischen Märkte wirkt (Kautsky 1961:114ff). Der Kern seiner Analyse bleibt jedoch bestehen. In beiden



Definitionen findet sich das Finanzkapital im Zentrum und als Auslöser der Expansion. Im Gegensatz zu Lenin sieht Kautsky den Imperialismus nicht als eine Bedingung des Kapitalismus an, wobei das Finanzkapital die Ursache dieser Veränderungen, der Imperialismus selbst jedoch nur deren Wirkung ist. Die Eroberungen von Kolonien sind somit auch keine Notwendigkeiten der Entwicklung, sondern dienten einzig der Ausbeutung dieser Gebiete (Kautsky 1927:554).

Auch abseits der „klassischen Marxisten“ orientierten sich Philosophen und Wissenschaftler an der marxistischen Auslegung, indem sie Teile übernahmen, aber in anderen Bereichen Kritik übten und Erweiterungen vornahmen. Wallerstein zweifelt die Rolle der Kolonien als neue Märkte an, wenn er über die Hintergründe des Imperialismus schreibt:

Gebiete außerhalb des historischen Kapitalismus waren insgesamt zögernde Käufer seiner Produkte, zum Teil, weil sie sie in Hinblick auf ihr eigenes Wirtschaftssystem nicht 'brauchten' und zum Teil, weil ihnen die relevanten Mittel fehlten, um sie zu kaufen.[...] Wann immer bestimmte Orte militärisch erobert wurden, klagten kapitalistische Unternehmer regelmäßig über das Fehlen realer Märkte in diesen eroberten Gebieten und operierten mittels kolonialer Regierungen, um den 'Geschmack anzuregen'. Die Suche nach Märkten tut es einfach nicht. Eine sehr viel plausible Erklärung ist die Suche nach billigen Arbeitskräften (Wallerstein, 1984:33).

Diese Konzentration auf die Verfügbarkeit neuer Arbeitskräfte argumentiert Wallerstein mit den Wellenbewegungen des kapitalistischen Wachstums:

[...] dass Neueingliederungen in das Weltsystem des Kapitalismus tendenziell mit Phasen der Stagnation in der Weltwirtschaft korrelierten, wird klar, daß die geographische Ausdehnung des Weltsystems dazu diente, den profitreduzierenden Prozeß der wachsenden Proletarisierung auszugleichen, indem neue Arbeitskräfte eingegliedert wurden, die halbproletarisch sein sollten (Wallerstein, 1984:34).

Im Gegensatz zu Lenin und Marx lehnt Wallerstein die historische Fortschrittlichkeit des kapitalistischen Systems ab. Die Verteilung der Güter habe sich nicht zu einer gerechteren Form entwickelt, noch hätten die Menschen im kapitalistischen Weltsystem mehr politische Freiheiten. Besonders die von Wallerstein argumentierte kontinuierliche Verfügbarmachung neuer Arbeitskräfte führt zu einer negativen Nivellierung der Löhne. Um Arbeitskräfte frei zu setzen und die Löhne auf einem geringen Niveau zu belassen, richtet sich die Politik in den kolonisierten bzw. abhängigen Gebieten auf die Schaffung und Förderung eines Halbproletariats aus, um gleichzeitig die Tendenzen einer umfassenden Proletarisierung zu verhindern (Wallerstein 1984:33ff).

### **3.3 Gramsci: Macht durch Hegemonie**

Antonio Gramsci, 1891 in Ales Sardinien geboren, entwickelte die Theorie der kulturellen Hegemonie, mit welcher er den Aufstieg des Faschismus in Italien und das gleichzeitige Scheitern der europäischen sozialistischen Bewegungen zu analysieren versuchte. In seiner Kindheit war Gramsci schwer erkrankt, ein Umstand der tiefe psychische und physische Narben bei ihm hinterließ. Aufgrund einer Haftstrafe seines Vaters und der dadurch entstandenen finanziellen Probleme innerhalb der Familie, hätte Gramsci, trotz guter schulischer Noten, beinahe nicht an ein Gymnasium gehen können. Die Erkenntnis, dass alleine finanzielle Möglichkeiten für den weiteren Lebensverlauf entscheidend sein können, prägte ihn schon in frühen Jahren. Während seines Studiums wurde er im Jahr 1913 Mitglied der italienischen sozialistischen Partei (PSI) und ein Bewunderer Lenins. Er kritisierte die PSI für ihre Distanz zu der kommunistischen Bewegung, stellte sich gegen die bürgerlichen Elemente innerhalb der Partei und forderte, als Ausdruck seiner steigenden Radikalisierung, die Gründung von Fabriks- und Bauernräten. Gramscis Einfluss in der PSI blieb jedoch sehr gering, er konnte sich aber auf eine kleine Gruppe an Unterstützern verlassen (Gaedt 2007:204-208). 1921 erfolgte die Abspaltung der linken Kräfte innerhalb der PSI. Gramsci schloss sich dieser Gruppierung an und war an der Gründung der italienischen kommunistischen Partei (PCI) beteiligt. Seine politischen Einstellungen unterlagen insofern einem Wandel, da er die Revolution nicht mehr als nahe und erreichbare proletarische Bestimmung betrachtete. Er erkannte die vom aufkommenden Faschismus ausgehende Bedrohung und bezeichnete diesen als Hauptgegner seines politischen Wirkens. Sein erklärtes Ziel war die Bildung eines Bündnisses mit anderen antifaschistischen Parteien und Gruppierungen, eine Überlegung die von der Führung der PCI nicht geteilt wurde. Im Jahr 1923 weilte Gramsci in Moskau, als die faschistischen Kräfte die politischen Entscheidungsträger der PCI verhaften ließen. Von Wien aus versuchte Gramsci die Partei neu zu organisieren. Zurück in Italien übernahm er ab 1924 die Leitung der PCI. Es ereilte ihn jedoch 1926 das gleiche Schicksal wie sein Vorgänger, Gramsci wurde verhaftet und in einem Schauprozess zu 20 Jahren Haft verurteilt. Bedingt durch seine schlechte gesundheitliche Verfassung und die harten Haftbedingungen verstarb er 1937, nur wenige Tage nachdem er aufgrund einer Amnestie wieder seine Freiheit erlangt hatte (Gaedt 2007:209-214). Während seiner Zeit im Gefängnis war er mit wenigen

Ausnahmen von den Vorgängen in Italien isoliert (Hoare 1971:87). Gramsci begann im Gefängnis zu schreiben, mit dem Ziel etwas bleibendes zu erarbeiten, was sein Leben überdauern sollte und ihm für seine Zeit des eingesperrt seins, als psychische Stütze dienen sollte (Hoare 1971:92). So entstanden die Gefängnishefte, bestehend aus Notizen und Gedankengängen die er schnell notierte, um sie später, wieder in Freiheit, zu einem Gesamtwerk zu verbinden (Gaedt 2007:216).

Die kommunistische Bewegung in Westeuropa ist in den 1920er Jahren stark geschwächt. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen nach der Russischen Revolution von 1917 kommt es weder zu einer Weltrevolution, noch breitet sich der Sozialismus in den, wie Lenin sie bezeichnet, kapitalistisch hoch entwickelten Gebieten aus. Nach Ansicht der marxistischen Theorie sollte gerade in diesen Gebieten der Kapitalismus überwunden werden. Stattdessen findet eine fordistische Umwälzung der Gesellschaft statt und die Macht des Bürgertums verfestigt sich noch weiter. Gramsci sieht die Ursache darin, dass in diesen Staaten eine Zivilgesellschaft als stabilisierende Kraft einwirkt, die eine proletarische Revolution unmöglich macht. Er schließt daraus, dass als erster Schritt die politisch-kulturelle Hegemonie zu erlangen wäre, bevor eine Regierungsbeteiligung in einem Staat möglich sei. Gleichzeitig erteilt er, anhand dieser Reflexion der Entwicklung von Machtverhältnissen, der Idee des gewaltsamen Umsturzes in einer Phase der staatlichen und ökonomischen Schwäche eine Absage (Candeias 2007:17f). Der Grundgedanke, auf dem Gramscis Begriff der Hegemonie aufbaut ist die Annahme, dass sich politische Macht nicht allein auf die Möglichkeit stützt, Zwang oder Gewalt auszuüben, sondern auch auf die Kraft jener Ideen, die in einer Gesellschaft vorhanden sind (Bates 1975:351). Dies bedeutet für Gramsci, dass eine Hegemonie erst dann besteht, wenn es gelingt, subalterne Gesellschaftsschichten zu einer aktiven Zustimmung hinsichtlich ihrer eigenen Unterwerfung zu bringen. Neben dem Zwang ist dazu die Herstellung eines Konsenses unabdingbar. Dieser ist jedoch erst dann zu erringen, wenn die sich um Hegemonie bemühende Gruppe oder Klasse als ein progressiver Faktor wahrgenommen wird (Candeias 2007:19). Erreichbar ist dies einzig durch die Öffnung der eigenen Gruppierung über die ihr innewohnenden Interessen hinaus. Sie muss sich auch die Bedürfnisse und Interessen anderer Klassen aneignen, so dass vormals externe Gruppen ihre eigenen Ziele vertreten sehen. In dieser Theorie geht somit das Bündnis mit anderen Klassen über die ursprüngliche Vorstellung

einer rein politischen und zeitlich begrenzten Kooperation, wie sie Lenin vertreten hatte, hinaus hin zu einer Integration klassenfremder Werte und Ideen in die eigene Identität (Laclau; Mouffe 2006:102). Zur Durchsetzung des hegemonialen Projekts ist die Kontrolle von Produktivgütern bedeutsam, indem sie verstärkend auf Ideen und Interessen einwirken. Dies gibt dem Bürgertum einen Vorteil gegenüber seinen Herausforderern (Candeias 2007:20). Eine zentrale Rolle in Gramscis Theorie der Machtverhältnisse nehmen die Intellektuellen ein. Sie sind es, die legitimierend wirken und auch neue Machtverhältnisse erschaffen. Für subalterne Gruppen bedeutet dies, dass sie ihre eigenen Intellektuellen bilden müssen (Landy 1986:53). Erst durch sie kann es ihnen gelingen, eine dominante Position in der Eingrenzung und Definition des gesellschaftlichen Diskurses zu erreichen. Erst wenn eine Klasse sich ihrer selbst bewusst wird und ihre Identität begründet, kann sie auch Menschen außerhalb ihrer eigenen Gruppierung erreichen und mittels einer solidarischen Basis gemeinsam Ziele definieren und anstreben. Die Gründung einer Identität erfolgt nicht grundlegend neu, sondern ist ein Prozess aus kultureller Kritik, externer Aneignung und interner Gestaltung (Merkens 2004:16f). Anstatt die Führerschaft einer Partei oder den Gewerkschaften zu überlassen, sah Gramsci die Notwendigkeit, breite Bevölkerungsgruppen basisdemokratisch zu organisieren. Aus dieser Selbstorganisation sollten gewählte (Fabriks-) Räte hervor gehen, über die eine Kultur der Eigenverantwortung, sowie ein universelles Bewusstsein, über die Grenzen der eigenen ökonomischen Interessen hinaus, entstehen sollte. Es kommt dadurch auch zu einer Verschmelzung von Politik und Ökonomie, die Arbeiterklasse welche zuvor eine reine zweckgebunden Bildung erfahren hatte, eignet sich nun ihr Wissen in der täglichen Praxis selbst an und bildet in Form der Räte zukünftige Intellektuelle aus. Da diese eine organisierende und erziehende Bedeutung haben, bezeichnet sie Gramsci als *organische Intellektuelle* (Merkens 2004:20ff). Die Bedeutung dieser *organischen Intellektuellen* liegt in ihrer Aufgabe, die sie in der Zivilgesellschaft übernehmen. Gemeint ist damit jener Bereich, der nicht unter direkter staatlicher Kontrolle steht, wie Zeitungen, Vereine, Wissenschaftler, Schulen, Parteien und Gewerkschaften, die dazu beitragen, gesellschaftliche Ideen und Überzeugungen zu entwickeln und zu transportieren (Bates 1975:353). Diese Zivilgesellschaft definiert die Legitimität von gesellschaftlichen Diskursen und erzeugt dadurch ein hohes Maß an Konformität (Candeias 2007:23). Der

Staat in seiner engeren Definition in Form von Polizei, Gericht und Regierung, kontrolliert die Zwangselemente, hat aber auch die Aufgabe, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten. Dazu agiert der Staat als Erzieher, er öffnet Räume für die Entfaltung der Individuen oder unterdrückt diese gezielt, um den gesellschaftlichen Anforderungen der herrschenden Klasse gerecht zu werden. Er agiert nicht neutral, sondern greift in die Kämpfe um die Hegemonie innerhalb der Zivilgesellschaft ein, indem er Kampagnen startet und die Intellektuellen in seinem Interesse organisiert. Der Kampf um die Hegemonie bedeutet auch, dass die herrschende Gruppe nicht alle ihre Ziele durchsetzen kann. Der Diskurs in der Zivilgesellschaft sowie die Notwendigkeit, Anliegen anderer Gruppen zu übernehmen, führen immer wieder zu dem Punkt, dass die herrschende Gruppe klassenfremden Interessen die Möglichkeit gibt, umgesetzt zu werden. Diese Kompromisse werden aber nie die Kernziele der herrschenden Gruppe betreffen (Candeias 20-23). Andererseits führt diese Notwendigkeit zur Fähigkeit, von anderen Gruppen zu lernen und sich so an die sich kontinuierlich verändernden Produktionsprozesse anzupassen (Merkens 2004:12). Gramsci nennt diesen Vorgang *passive Revolution* und betont ihren ökonomischen Zusammenhang wie auch die der Gesellschaft inne wohnenden Gründe:

1. *that no social formation disappears as long as the productive forces which have developed within it still find room for further forward movement*

2. *that a society does not set itself tasks for whose solution the necessary conditions have already been incubated, etc* (Gramsci 2010:106).

Die passive Revolution ist die Transformierung politischer und institutioneller Strukturen, ohne einen Machtwechsel in Bezug auf die herrschende Klasse oder starke gesellschaftliche Prozesse hervorzurufen. Vielmehr handelt es sich durch die Neuausrichtung um einen Prozess der politischen Restauration (Fatton 1986:731).

### **3.4 Französischer Imperialismus**

Nachdem Frankreich aus dem Siebenjährigen Krieg wie auch aus den Napoleonischen Kriegen als Verlierer hervor gegangen war, beschränkten sich die kolonialen Besitzungen auf einige wenige außereuropäische Gebiete (Todd 2011:164). Den Niederlassungen an der senegalesischen Küste, welche zu diesen Resten des ehemaligen Empires zählten, galt nur die bedingte Aufmerksamkeit der Regierung. Obwohl Oberst Louis Faidherbe in seiner Eigenschaft als Gouverneur des Senegals große Fortschritte in

der Stabilisierung der europäischen Herrschaft machte (Sarr 2011:143ff), blieben die staatlichen Anstrengungen hinsichtlich der Errichtung eines afrikanischen Kolonialreiches auf einem geringen Niveau (Newbury 1969:256). Faidherbes Ernennung, die auf den Einfluss französischer Handelsunternehmen zurückzuführen ist, offenbart die zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden ökonomischen Interessen an einer steigenden kolonialen Durchdringung (Sarr 2011:144). Des Weiteren markiert diese Bestellung auch den Übergang von einer Markterschließung durch ökonomische Kräfte, hin zu einer Durchsetzung kapitalistischer Interessen mittels Ausübung militärischer Macht (Newbury 1969:255). Trotz dieser Relevanz fokussierten sich der innenpolitische Diskurs und die gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf die kontinentalen Themen und führte zur Fortführung des unter Napoleon I. entstandenen Nationalismus, der sich zu einem Hexagonalnationalismus entwickelte. Große Teile der Bevölkerung standen der Idee einer Neugründung des alten Kolonialreichs ablehnend gegenüber:

Colonies were regarded as an inconsequential factor in the French economy, and their possession evoked little enthusiasm within France itself. Moreover, a considerable body of public opinion, pointing to the burden of colonial administration and the expense of foreign wars, argued against foreign involvement (July 2004:29).

Das alte Empire wurde als vergangenes königliches Prestigeobjekt angesehen, zu dem keine weitere emotionale Verbindung bestand. Allerdings überdauerte in der Bourgeoisie die Erfahrung der Stärke und Macht, die dieses weltumspannende Reich Frankreich gegeben hatte (July 2004:29). Die Niederlage gegen Preußen (1871) sowie das damit verbundene Ende des *Second Empire* ließen einen Diskussionsprozess über die Gründe der Niederlage wie auch über eine Neuausrichtung Frankreichs entstehen (Sarr 2011:149). Neben jenen Strömungen, die auf eine baldige Revanche gegen das nun geeinte Deutschland bestanden, konnten die Vertreter des Kolonialismus an politischen Einfluss gewinnen:

The absence of substantial colonial holdings was blamed by military men for that combination of military and commercial weakness in the war with Prussia, to say nothing of long-standing and pronounced colonial inferiority compared with Britain (Said 1978:218).

Nach heutigen Forschungen ist die Rentabilität der Kolonialwirtschaft und damit auch die Bedeutung der ökonomischen Interessen in Frage zu stellen, dennoch war sie in den Diskussionen eine immer wieder angeführte Argumentation, um die Unabdingbarkeit

des Imperialismus zu unterstreichen. Jules Ferry versuchte am Anfang seiner Rede in der französischen Deputiertenkammer (1885) ihre Notwendigkeit zu betonen: „Kolonien bedeuten für die reichen Länder eine ganz besonders vorteilhafte Kapitalanlage“ (Ferry 1885), um nur wenige Sätze später auf die besondere Bedeutung der daraus entstehenden Pflichten der französischen Zivilisation zu verweisen: „Es gibt für die höheren Rassen ein Recht, weil es für sie auch eine Pflicht gibt. Sie haben die Pflicht, die niederen Rassen zu zivilisieren...“ (Ferry 1885). Ferry führt in dieser Rede aber noch einen weiteren interessanten Punkt an, erinnert er doch sehr an auch heute noch gebräuchlichen Erklärungsmustern:

Wer kann sagen ob nicht eines Tages die Bevölkerung unsere Niederlassungen angreifen wird? Was wollen Sie dann tun? [...] Sie werden gewaltsam Widerstand leisten, und Sie werden gezwungen sein, um ihrer eigenen Sicherheit willen diesen rebellischen Stämmen ihr Protektorat aufzuzwingen (Ferry 1885)!

Dieser Glaube an die eigene historische Sonderstellung ist kein europäisches Alleinstellungsmerkmal. Dazu wird es erst in seiner Form als Rechtfertigung einer rassistisch geprägten Unterwerfung großer Teile der Erde:

Die Überzeugung der eigenen kulturellen Überlegenheit ist keine Erfindung der europäischen Völker. Jedoch ist der aggressive Expansionismus, eingebettet in einem rassistischen Diskurs, welcher ganze Kontinente auf Grundlage einer angeblichen zivilisatorischen Unterlegenheit versklavte, ein Novum in der Geschichtsschreibung (Osterhammel 1995:20).

Erst diese nationalchauvinistischen Argumentationen ermöglichten das metropolitane Meinungsbild so weit zu beeinflussen, dass diese Handlungen auch in einem großen Stil umsetzbar wurden, hinter denen zumindest große Teile der in die Entscheidungsprozesse eingebundenen Bevölkerungsteile standen. Erst wenn man den Imperialismus als ein ideologisches Vorhaben zur Begründung einer neuen nationalen Identität begreift, werden die Interaktionen zwischen Ökonomie und Zivilgesellschaft offensichtlich. Durch die Eroberungen und die Exklusion der neu unterworfenen Menschen bildete sich ein Zusammengehörigkeitsgefühl über die Klassengrenzen hinweg und ermöglichte das Verdecken interner Ungleichheiten. Pierre Rosanvallon beschreibt dies als „[...] den Ersatz des demokratischen Projekts positiver Gleichheit durch eine negative Gleichheit“ (Rosanvallon 213:169). Nichtstaatliche Organisationen wie die *Parti colonial* agierten (Keller 2008:107) als hegemoniale Elemente zur Veränderung des gesellschaftlichen Konsens (Candeias 2007:22f). Diese erzeugten die

gesellschaftliche Konformität als dessen Resultat die Ausbeutung fremder Völker vonstatten gehen konnte. Die von Jules Ferry aufgezählten Rechtfertigungen dienen der Unterteilung der Welt in zivilisierte und nichtzivilisierte Gebiete. In Zusammenarbeit mit „*Lehrern, Richterinnen, Psychiatern, Journalistinnen, Wissenschaftlern etc. wird ein spezifisches Wissen produziert, welches definiert und normiert, welche Diskurse als legitim anerkannt geführt werden dürfen*“ (Candeias 2007:23). Daraus ergibt sich eine Abgrenzung, die auch den nicht direkt profitierenden Gruppierungen in der Gesellschaft das Gefühl verleiht, dass es eine ihrer dringlichen Interessen ist, diese Werte zu verteidigen.

[...] die Barbarei der anderen, das Unterbinden von Praktiken, die universelle Werte verletzen, die Verteidigung Unschuldiger inmitten der grausamen Anderen sowie die Schaffung der Möglichkeit universelle Werte zu verbreiten (Wallerstein 2007:15).

Das in der Metropole verbreitete Bild von den Kolonisierten änderte sich mit den Bedürfnissen des innerfranzösischen Diskurses. Während der expansiven Phase des Imperialismus wurden die Afrikaner als wilde, Furcht einflößende Wesen zwischen Mensch und Tier dargestellt. Der Einsatz französischer Gewalt wurde als notwendige Maßnahme für die Befriedung und den Schutz projiziert und in Form von Zeitungen, Publikationen, Filmen aber auch durch Werbungen verbreitet (Ginio 2006: 186). Es gelang hierbei auf alten Stereotypen aufzubauen, welche im Rahmen der kolonialen Eroberung neu gefördert wurden. In Folge des Ersten Weltkriegs stellten sich diese als sehr kontraproduktiv heraus. Die vormals als blutrünstig und biologisch unterlegenen klassifizierten Afrikaner sollten nun als Soldaten und Arbeiter das Vaterland verteidigen. Das Ziel war nun mit Hilfe der Zivilgesellschaft, aber insbesondere unter Ausnutzung der Medien, den Diskurs dahin zu beeinflussen, dass der Afrikaner anhand von noch älteren Stereotypen als „edler Wilde“ in den nationalen Konsens eingehen könne (Lunn 2009:127). Nach dem Krieg wandelten sich die Darstellungen abermals, hin zu einer kindlichen Form des friedlichen Untertanen, der aber noch Anleitung und Hilfe zur Erlangung seiner Zivilisiertheit benötigte (Ginio 2006: 186). Der französische Imperialismus war somit in seiner Begründung rassistisch geprägt, reproduzierte und förderte diesen aber noch zusätzlich durch sein weiteres Bestehen.

Just as the development of racist thinking served as justification for colonial expansion, the colonial reality fertilized racism in metropolitan France during the first half of the twentieth century. Colonial wars and conquests and later the need to control huge populations



encouraged racist images of colonial subjects in metropolitan France (Ginio 2006: 185f).

Als Ergebnis der politischen Entwicklung erreichte die Kolonialexpansion zwischen 1876 und 1890 einen neuen Höhepunkt. Suret–Canale beschreibt sie als Phase der vorbereitenden Eroberung. Jedoch ist der durch die französische Regierung betriebene Aufwand weiterhin als relativ niedrig einzustufen, da die Bevölkerung der Metropole nicht geschlossen hinter dieser imperialistischen Politik stand. Die „patriotisch“ geprägte Opposition sah in den Kolonien eine Ablenkung von dem wahren Gegner in Form des Bismarck'schen Deutschland, während die sozialistischen Kräfte die Instrumentalisierung des Staates zum Wohle einiger weniger Handelsunternehmen und Militärs kritisierten (Suret-Canale 1966:240f).

Ab dem Jahr 1890 sieht Samir Amin die Fremdherrschaft als soweit gefestigt an, dass der Kolonialismus in seine formelle Phase übergeht. Diese ist geprägt von einer dauerhaften Stabilisierung der ungleichen Abhängigkeitsverhältnisse aufgrund der absoluten Beherrschung Westafrikas durch die Europäer (Amin 1972:505f). Im Vergleich zu anderen Gebieten Afrikas war der Westen des Kontinents besonders stark in das koloniale Handelssystem eingebunden, weswegen es von Amin auch als *Africa of the colonial trade economy* (Amin 1972:504) bezeichnet wird. Der Imperialismus und die mit ihm verbundenen kapitalistischen Mechanismen führen zu einer Dreiteilung:

This integrated whole is clearly divisible into three sub-regions: (i) the coastal zone, which is easily accessible from the outside world, and which constitutes the 'rich' area; (ii) the hinterland, which mostly serves as a pool of labour for the coast, and as a market for the industries which are being established there; and (iii) the Sudan [...]. (Amin 1972:504).

Der Grundgedanke der französischen Kolonialdoktrin bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges folgt durch seine Konzentration auf den Ausbau des Schienennetzes der Analyse von Karl Kautsky. Man erhoffte sich daraus, das Hinterland infrastrukturell an die Küstenregion anzubinden und so die Entstehung eines Halbproletariats zu begünstigen (Conklin 1997:6). Die westliche Wissenschaft und die überlegenen technologischen Erkenntnisse waren einer der Eckpfeiler des europäischen Gefühls, einer überlegenen „Rasse“ anzugehören. Es war naheliegend, diese Überzeugung auch zur „Zivilisierung“ der Kolonisierten anzuwenden und damit das Ziel eines höheren Lebensstandards nach europäischem Vorbild zu erfüllen. Die diesbezüglich erfolgten Anstrengungen, vor allem in der medizinischen Versorgung und im Bereich der

Hygiene, hatten einen ökonomischen Hintergrund. Diese Gleichsetzung von Zivilisation und Technologie bzw. Ökonomie, ohne dies zu hinterfragen, unterstreicht die geringe öffentliche Bedeutung der Kolonien für die Bevölkerung der Metropole. Die reale Macht bündelte sich in den Händen der Koloniallobby und dem mit ihr verbundenen Militär (Conklin 1997:70f). In Kautskys Betrachtungen kommt den militärischen Komponenten eine hohe Bedeutung zu, insbesondere die Verteidigungsfähigkeit des agrarischen Gebiets, unabhängig von dessen politischen Status. Das Agrargebiet ist als Folge der imperialistischen Aggression gezwungen, große Anstrengungen in der Militarisierung seines Territoriums zu unternehmen. Westafrika unter französischer Herrschaft veranschaulicht dies in besonders eindrucksvoller Weise. Jene afrikanischen Gebiete, welche ökonomisch erfolgreich waren und eine Modernisierung anstrebten, wurden die ersten Opfer der europäischen Expansion. Die noch verbleibenden afrikanischen Herrscher sahen sich somit gezwungen, ihre Militärausgaben zu erhöhen, um die eigene Macht mit konkurrenzfähigen Waffen zu sichern<sup>5</sup> (Marx 2004:122f, 141). Aus den Reihen der unterworfenen Afrikaner wurden Soldaten rekrutiert, die einerseits die Metropole und deren Besitzungen zu verteidigen hatten, andererseits aber auch für weitere Eroberungen herangezogen wurden. Diese Soldaten sollten in der Theorie des französischen Imperialismus noch weitere Funktionen erfüllen. Eine kulturelle Assimilation der Afrikaner vor Augen, erhoffte man sich durch die Bildung einer *armée noire*, diesem Ziel näher zu kommen und treue Unterstützer für die Verwaltung der Territorien zu gewinnen.

In Guinea, for example, it was thought that the process of French military training would create a corps, thousands strong, of francophone Africans, culturally assimilated to modern forms of administration, who at the end of their four years' service would function as loyal and efficient agents of the colonial authorities. Wherever possible they would be used to replace traditional village and canton chiefs. They would thus solve, at a stroke, the perennial problem of the choice between direct and indirect methods of colonial rule: a conflict between Republican political principle and administrative convenience on the ground which seemed, at the time that conscription was being introduced, in danger of concluding to the advantage of the traditional African authorities in many areas of Guinea (Summers, Johnson 1978:26).

Die Frage nach einer für Frankreich vorteilhaften Strukturierung der Kolonien wurde

---

5 Samori Touré (ca. 1830-1900) führte zwischen 1888 und 1898 Krieg gegen Frankreich. Die Kontrolle der Goldbergwerke von Bure, sowie der Gold und Sklavenhandel ermöglichten ihm eine Armee zu bilden, die von den Europäern nur unter großen Anstrengungen besiegt werden konnte (Marx 2004:141f).

mit dem Anwachsen der beherrschten Gebiete immer dringlicher.

Verantwortliche Funktionäre wollten unbedingt ein System vermeiden, in dem die einzelnen Kolonien über mehr Entscheidungsfreiheit oder gar Autonomie verfügen konnten. Die günstigste Lösung bestand darin, die westafrikanischen Gebiete in zwei Territorialeinheiten *Afrique Occidentale Française* (AOF) und *Afrique Equatoriale Française* (AEF) zu gliedern (Sarr 2011:147).

Jeder dieser territorialen Einheiten stand ein *Gouverneur Général* vor. Dessen Regierungsteam setzte sich aus den dem *Gouverneur Général* untergebenen Lieutenant-Gouverneurs sowie aus Vertretern der Wirtschaft zusammen. Der Generalgouverneur hatte weitreichende Befugnisse und konnte Gesetze nach seinen eigenen Vorstellungen erlassen (Sarr 2011:147ff), wobei sich die formale Form der Machtausübung grundlegend von jener in der Metropole selbst unterschied: „[...] *decrees, arrêtés, and informal administrative decisions regulated matters over which the local elective institutions had no jurisdiction*“ (Johnson 1971:63). Über dieser, in den Kolonien existierenden Struktur, stand der Kolonialminister in Paris. Er arbeitete Erlässe aus und diese wurden vom Präsidenten unterzeichnet. Prinzipiell bestand die Möglichkeit einer parlamentarischen Einflussnahme, die aber in der Realität kaum vorkam (Johnson 1971:63). Im politischen Alltag bedeutete dies, dass die Kolonien zentralistisch geführt wurden. Eine parlamentarische Kontrolle und die damit einhergehende Öffentlichkeitswirksamkeit waren in der Regel nicht vorhanden.

#### **4. Beginnende afrikanische Politisierung: Partizipation durch Assimilation**

Die Jahre zwischen militärischer Eroberung und Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren geprägt von einem hohen Maß an Frustration innerhalb der afrikanischen Bevölkerung (Johnson 1971:123). Widerstand gab es von Seiten der traditionellen Herrscher kaum mehr zu verzeichnen, einzig die schwer kontrollierbaren Waldgebiete Französisch-Westafrikas waren noch nicht vollständig unterworfen (Suret-Canale 1969:170). Zusammen mit der Veränderung der kontinentalen Lebensrealitäten änderte sich auch die Art des Aufbegehrens. Bereits 1874 kam es zu einem ersten Streik der Hafentarbeiter in Sierra Leone, eine Entwicklung, die sich in den folgenden Jahrzehnten auf den gesamten Erdteil ausdehnte (Seddon 2002:65-70). Auch in Senegal kam es 1914 zu ersten Streikbewegungen. Im Mittelpunkt stand das Verlangen nach besseren Arbeitsbedingungen und Fragen der kulturellen Identität (Sarr 2011:237). Die französische Kolonialverwaltung erkannte diese Spannungen und schätzte sie als gefährlich genug ein, um ihre Herrschaft als nicht gesichert zu bezeichnen (Johnson 1971:123).

Die Entstehung des afrikanischen Nationalismus wird häufig mit der ersten Pan-Afrikanischen Konferenz (1900) datiert. Diese markiert eine Internationalisierung der afrikanischen Bestrebungen insofern, da sie sich der europäischen Handlungsmuster bedienten und dadurch auch in den metropolitanen Diskursen als Akteure wahrgenommen wurden (Uzoigwe 1988:3). Definiert man Panafrikanismus als eine gesellschaftliche Strömung mit dem Ziel der politischen und kulturellen Selbstbestimmung aller Afrikaner und den daraus resultierenden Zusammengehörigkeitsgefühl, unabhängig vom vorherrschenden Lebensmittelpunkt, kann man von einer Entstehung im 17. bis 18. Jahrhundert ausgehen (Geiss 1968:9, 31).

The year 1900 is not the beginning of the absolute African struggle. To suggest that the genesis of the Pan-African movement occurred in 1900 is a historical and geopolitical misconception and is due to the conceptual incarceration of African and Black scholars who engage in a Eurocentric analysis of the Pan-African nationalist struggle (Nantambum 1998:566).

Im Mittelpunkt der heutigen Forschung stehen vor allem jene politischen Organisationen, welche sich in den zwei Dekaden vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges gründeten. Über die Jahrzehnte zuvor gibt es kaum Aufzeichnungen betreffend der von Afrikanern betriebenen Politik und deren Ziele. In den letzten Jahren

des 19. Jahrhunderts gelingt es einer assimilierten elitären Schicht, vermehrt in privilegierte Positionen innerhalb der europäisch dominierten Gesellschaft vorzustoßen. Dies ermöglichte es ihnen, ihre politischen Ideen und Interessen zu verfolgen. Die Basis dafür bildete die langsam voranschreitende Durchdringung der urbanen französischen Kolonialgesellschaft durch das europäische Bildungssystem (Johnson 1971:123). Indem es Inhalte und Ansprüche transportierte, die nicht der Realität entsprachen, verdeutlichte es die fortdauernde Diskriminierung der Kolonisierten und trug damit, gemeinsam mit einer anwachsenden ökonomischen Durchdringung der peripheren Zentren zu einem politischen Erwachen bei. Die Steigerung der wirtschaftlichen Vernetzung war deswegen von Bedeutung, da es manchen *assimilés* die Möglichkeit bot, in Positionen zu gelangen, die ihnen im Kolonialapparat verschlossen waren und so zu einem höheren Selbstbewusstsein führte (Johnson 1971:124, 143).

Abseits der städtischen Gebiete gewann der politische Islam an Bedeutung. Das Machtvakuum, entstanden durch die Entmachtung der ehemaligen lokalen Herrscher, wurde von Geistlichen sehr geschickt ausgenutzt, um ihren Einfluss auszuweiten. Die Religion diente als Verteidiger einer eigenen nichteuropäischen Identität und stand in Konfrontation zur französischen Herrschaft (Johnson 1971:124f). In den *quatre Communes* nahm der Islam eine andere Rolle ein. Ed Hadj Malick Sy (1855-1922) war in diesem Zusammenhang ein Unterstützer des Kolonialismus. Seine Anhängerschaft umfasste hauptsächlich Angehörige der senegalesischen Elite, wodurch er einen stark integrativen Faktor darstellte (Sarr 2011:172ff). Gleichzeitig unterstreichen diese unterschiedlichen Grundhaltungen die divergierenden Entwicklungen innerhalb des Kolonialgebietes.

Die Ausformung eines politischen Bewusstseins und die aktive Mitbestimmung an den Entscheidungsprozessen manifestierten sich auf sichtbare Weise in der Person von Blaise Diagne (Sarr 2011:236). 1914 wurde er zum ersten afrikanischen Deputierten gewählt, ein Amt welches er bis zu seinem Tod im Jahr 1934 ausübte (Ansprenger 1961:44). Die *Jeunes Sénégalais* unterstützten Diagne während seiner Kandidatur und ebenso wie auch er selbst, definierten sie sich als französische Bürger (Johnson 1971:178f). Seine außergewöhnliche Popularität ist auf seine einigende Wirkung für eine zuvor tiefst zerstrittene Kolonialbevölkerung zurückzuführen. Er schaffte es, die französische und kreolische Vorherrschaft zu brechen und als politische Basis eine

eigene Partei nach europäischen Grundzügen zu erschaffen, die gleichzeitig auch einen bedeutenden Anteil an der Politisierung der Bevölkerung für sich verbuchen konnte. Seine teilweise nationalistisch geprägten Ansichten können aber nicht darüber hinweg täuschen, dass er ein Verteidiger des Kolonialismus war und in Frankreich aufgrund seines hohen Assimilationsgrads auch als gelungenes Beispiel der *Mission civilisatrice* galt (Johnson 1966:235f). In Konfrontation mit seinen Gegnern nutzte er seine Bekanntheit und die Unterstützung seiner Anhänger, um mittels der eigenen Parteizeitung scharfe Angriffe zu führen. Seinen institutionellen Einfluss wandte er ebenso im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen an, indem er oppositionelle Publikationen ruhig stellte und deren Betreiber in die Armee einberufen ließ (July 2004:403). Diagnes Wirken ist eng mit der Wechselbeziehung zwischen Militär und Politik verbunden. Der Beginn des Ersten Weltkrieges, der sich für Frankreich schnell negativ entwickelte und große Verluste an Menschenleben mit sich brachte, eröffnete für Diagne vorteilhafte politische Handlungsspielräume. Er erkannte die Verknüpfung zwischen Wehrpflicht und Bürgerrechten und erklärte daher, wohl wissend um die angespannte militärische Situation, dass auch jene Bewohner der *quatre Communes* ohne französische Staatsbürgerschaft, von nun an in der regulären französischen Armee dienen wollen (Johnson 1971:185). Diagne konnte hierbei auf eine bereits ältere Diskussion zurückgreifen, die noch immer fort dauerte. Seit der Marokkokrise (1905/06) stieg in Europa die Erkenntnis einer möglichen neuerlichen Auseinandersetzung zwischen den Großmächten. In der medial geführten Debatte wurde die französische Unterlegenheit im Bereich der Bevölkerungsentwicklung, verglichen mit Deutschland, thematisiert. Es war naheliegend, diesem Nachteil im Kräftegleichgewicht mit umfangreichen Rekrutierungen in den Kolonien zu begegnen. Die Vorstellung einer *armée noire*, wurde insbesondere in Anlehnung an das Buch *La Force Noire*<sup>6</sup> von Charles Mangin vertreten. Diesbezügliche Pläne scheiterten aber an der Rekrutierungsproblematik, da sich nicht genügend freiwillige Afrikaner finden

---

6 Mangin, Charles: *La Force Noire*, Librairie Hachette, Paris 1910. Darin empfiehlt der damalige Oberstleutnant und spätere General [im Falle eines Krieges auf europäischem Boden] den raschen und massiven Einsatz von kolonialen Truppen. Dabei sollte es sich generell um die sogenannten *Tirailleurs Sénégalais* [Senegal-Schützen] handeln. Eine solche Kolonialarmee bezeichnete Mangin als „Schwarze Streitmacht“. So sprach er von der Realisierung eines für die nationale Verteidigung unabdingbaren Projekts (Mangin 1910:100).

ließen. Der Grundgedanke, freiwillige Meldungen mit der Erlangung der vollen Bürgerrechte zu verbinden, scheiterte an internen rassistischen Widerständen (Koller 2001:66-70). Blaise Diagne sah nun in dieser Konstellation seine Chance. Der Metropole versprach er ihren Bedarf an Soldaten zu erfüllen, um über diesen Umweg die Situation der Senegalesen zu verbessern. Am 19. Oktober 1915 erreichte er die Anerkennung einer von ihm betriebenen Gesetzesvorlage, nach welcher auch die Afrikaner der *quatre Communes*, die noch keine Bürgerrechte besaßen, in der französischen Armee dienen konnten und nicht wie zuvor als Teil der Kolonialtruppen galten (Conklin 1997:155). In einem zweiten Gesetz im September 1916 wurde ergänzend festgehalten, dass die Regelung aus dem Jahr 1915 auch auf die Nachkommen der Freiwilligen zu gelten habe, die noch keine volle gesetzliche Gleichberechtigung genossen und von nun an in allen Bereichen als Staatsbürger anzusehen wären (Johnson 1971:191). Hatten Diagne und seine Unterstützer zuvor noch versucht, die Senegalesen so lange von einem Eintritt in die Armee abzuhalten, wie deren Status nicht geklärt war, musste er nun die Wirksamkeit der Gesetze, in Bezug auf die Zahl neuer Rekruten, unter Beweis stellen (Johnson 1971:185f). Um mehr Rekruten zu gewinnen, stattete Georges Clémenceau Diagne mit dem Titel eines Hochkommissars für die Rekrutierung, im Rang eines Generalgouverneurs, aus. Daraus erhoffte man sich für die von Diagne vorgenommene Propagandareise durch Afrika, mehr Männer für den Kriegsdienst begeistern zu können (Suret-Canale 1969:181f). Seine diesbezüglichen Erfolge festigten seine Stellung in Frankreich, wie auch in den *quatre Communes*, brachten ihm aber auch Kritik ein, er würde sich den Interessen der Weißen unterordnen (Sarr 2011:246). Nach Kriegsende wurde Diagne vorgeworfen, seine Tätigkeiten im Rahmen der Anwerbung von Kolonialsoldaten hätten seiner persönlichen Bereicherung gedient, was jedoch nie nachgewiesen werden konnte. Er selbst sah seine Träume von einer politischen, sozialen und kulturellen Gleichstellung als erfüllt an. Als Folge des Krieges würden nun alle Franzosen, unabhängig von ihrer Herkunft und Hautfarbe, sowohl die Bedeutung des Vaterlands als auch den hohen Stellenwert der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen für eine Gesellschaft erkennen (July 2004:404). Diese Fokussierung auf die nationale Verteidigung sowie die Einstellung der offiziellen Debatte über die Rechte der *Originaires*, ließen in den *quatre Communes* die Kritik am Kolonialismus verebben (Sarr 2011:243f).

Der Erste Weltkrieg war Auslöser für dramatische Veränderungen in Westafrika. In gewisser Weise fungierte er als Verstärker und Beschleuniger in einer sich verändernden Welt. Die Einhebung von Kriegssteuern und die Aushebung der Truppenkontingente verschlechterten die Lebensbedingungen in den Kolonien und führten zu neuen gesellschaftlichen Umwälzungen:

The intensity of recruitment and the accompanying increase in wartime taxation and general labour demands often led to the revolt or flight of whole villages into the bush or across borders (Thomas 1975:57).

Besonders an den Rändern der Protektorate löste die sich verschärfende Kolonialherrschaft große Wanderbewegungen in Gebiete aus, die ohne Rekrutierungen und hohen Steuern auskamen (Suret-Canale 1969:187). Die Zwangsrekrutierungen ließen in den Jahren 1915 und 1916 den passiven Widerstand sprunghaft ansteigen und führten schließlich zu offenen Rebellionen, die bis zum Waffenstillstand in Europa andauerten. Dabei waren in Regionen mit noch traditionellen Herrscherfamilien eine geringere Rate an Aufständen zu verzeichnen als dort, wo die Kolonialherrscher die alten Strukturen durch neue Gefolgsleute ersetzt hatten. Dies erklärt sich daraus, dass der Krieg von der präkolonialen Aristokratie als Gelegenheit wahrgenommen wurde, einen Teil der verlorenen Autorität und Macht durch das Zeigen einer hohen Loyalität, wieder zu erlangen (Conklin 1997:147f).

Gleichzeitig führte der Weltkrieg zu einer weiteren Zersetzung der angestammten Hierarchien und Herrschaftsformen. Vor 1914 bestanden die Senegalschützen hauptsächlich aus kriegserfahrenen Männern. In ihrer Organisation glichen sie einer Berufarmee. Die Soldaten wurden gefördert und waren innerhalb der Kolonialgesellschaft eine privilegierte Gruppe. Der Bedarf an immer mehr Soldaten als Konsequenz der Materialschlachten in Ostfrankreich, bewirkte eine Veränderung innerhalb der Senegalschützen. Für die Rekrutierung waren lokale Herrscher verantwortlich, die verständlicherweise im Angesicht der hohen Ausfälle kein Interesse daran hatten, ihre „besten Männer“ in die Armee zu schicken. Stattdessen sendete man nun die Ärmsten der Region aus, Menschen die teilweise noch in Sklavenabhängigkeit lebten oder früher welche gewesen waren. Den Soldaten wurde auch weiterhin ein System aus Anreizen geboten. Dies umfasste die Reservierung höherer Dienststellen für die Zeit nach ihrer Rückkehr und der Erhalt von Pensionen. Am Ende des Krieges, als



die ehemaligen Sklaven zurückkehrten, waren einige von ihnen plötzlich auf derselben oder gar höheren gesellschaftlichen Stufe wie ihre ehemaligen Beherrscher (Suret-Canale 1969:182f).

In many areas of West Africa, most of the recruits were actually slaves, because recruitments were made by chiefs who wanted to avoid drafting relatives or simply free men in general. But when these slaves returned from the war, with the prestige of veterans of the Great War, most refused to acknowledge the authority of their former masters (Manchuelle 1989:101).

Während der Kriegsjahre erlebten die in Europa kämpfenden Afrikaner ein relativ tolerantes Miteinander mit ihren weißen Kameraden. Dabei kamen sie auch in Kontakt mit marxistischen Ideen, ein Umstand der zu einer intensivierten Politisierung und Vernetzung führte (Geiss 1968:237). In Folge der angespannten Situation in den Kolonien und der Furcht vor einem neuerlichen Erstarken des afrikanischen Widerstandes verweigerte die Regierung manchen demobilisierten Soldaten die Heimreise nach Afrika. Auf diese Weise sollte die Ausbreitung marxistischer Theorien auf die Protektorate verhindert werden (Egonu 1981:249). Der jahrelange Krieg und die bedrängte Lage des französischen Staates wirkten auf die Kolonialsoldaten desillusionierend ein. Sie erkannten die theoretische Verwundbarkeit der bisher als unbesiegt geltenden Metropole (Marx 2004:158f). Europa hatte das selbst konstruierte Bild einer zivilisatorischen Überlegenheit auch wieder selbst zerstört.

## **5. Die Kolonialfrage in der sozialistischen Theorie**

### **5.1 Marx und Engels über Kolonialismus**

Marx und Engels widmeten der kolonialen Frage kein eigenes in sich geschlossenes Programm, trotzdem wird der Kolonialismus in ihren Schriften immer wieder thematisiert, wobei über die Jahre eine Veränderung ihrer Positionen feststellbar ist (Scharinger 2003:19f). Karl Marx sah im Imperialismus positive Aspekte für die Entwicklung der Menschheit im Rahmen einer gemeinsamen Weltgeschichte. Am Beispiel von China analysiert er die Zusammenhänge der europäischen Aggression und dem Überwinden der feudalen Strukturen.

Vor den britischen Waffen ging die Autorität der Mandschu-Dynastie in Scherben; das abergläubige Vertrauen in die Unvergänglichkeit des Reichs des Himmels brach zusammen; die barbarische hermetische Abschließung von der zivilisierten Welt wurde durchbrochen [...]. [...] Es ist kaum nötig, noch zu bemerken, daß in gleichem Maße, in dem das Opium Herrschaft über die Chinesen erlangt hat, der Kaiser und sein Gefolge pedantischer Mandarine ihrerseits der Herrschaft verlustig gegangen sind. Es hat den Anschein, als habe die Geschichte dieses ganze Volk erst trunken machen müssen, ehe sie es aus seinem ererbten Stumpfsinn aufrütteln konnte (Marx 1960:96).

Somit sind es die imperialistischen Kräfte, welche ein „Erwachen“ der Bevölkerung in den peripheren Gebieten ermöglichen oder zumindest beschleunigen. Eine Entwicklung in der Marx aber auch direkte Auswirkungen auf Europa sieht.

Zur Erhaltung des alten Chinas war völlige Abschließung die Hauptbedingung. Da diese Abschließung nun durch England ihr gewaltsames Ende gefunden hat, muß der Zerfall [...] sicher erfolgen [...]. Die Frage ist jetzt, nachdem England die Revolution über China gebracht hat, wie diese Revolution mit der Zeit auf England und - über England - auf Europa zurückwirken wird (Marx 1960:97).

Die Destabilisierung eines großen Rohstofflieferanten und Absatzmarktes für Industriegüter hat erodierende Wirkungen auf das kapitalistische Zentrum. Dieses ist auf eine kontinuierliche Ausdehnung angewiesen, um die Produktionssteigerungen aufnehmen zu können.

Unter diesen Umständen, da der britische Handel den größeren Teil des normalen Wirtschaftszyklus bereits durchlaufen hat, darf man getrost voraussagen, daß die chinesische Revolution den Funken in das übervolle Pulverfaß des gegenwärtigen industriellen Systems schleudern und die seit langem heranreifende allgemeine Krise zum Ausbruch bringen wird, der dann beim Übergreifen auf das Ausland politische Revolutionen auf dem Kontinent unmittelbar folgen werden (Marx 1960:100).

Die Kolonialgebiete sind daher bei Marx ein entscheidender Faktor der zukünftigen

Revolution, ohne dass er diesen aber die Möglichkeit einräumt, selbst der aktive Teil der Veränderung zu sein. Dem Kolonialismus spricht er eine progressive Rolle zu, aber aufgrund seiner Ausformungen ist er, entschieden abzulehnen. Der wie auch am Beispiel Chinas dargelegten Zerstörung alter Gesellschaftsstrukturen folgt als Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung die Gründung einer modernen Gesellschaftsform und Produktionsweise (Scharinger 2003:17). In späteren Werken von Marx und Engels konzentrieren sie sich vermehrt auf die Auswirkungen der Fremdherrschaft für die direkt betroffenen unterdrückten Menschen. Die Führungsposition der Revolution wird weiterhin dem „modernen Proletariat“ zugesprochen, aber es kommt insofern zu einer Adaption, dass nun auch die Bauern der „unterentwickelten“ Staaten einen Beitrag leisten können, der einen positiven Charakter für die Revolutionen in den Industriestaaten hat. Marx geht sogar so weit, dass er die Notwendigkeit einer kapitalistischen Phase zum Erreichen der sozialistischen Gesellschaft als nicht mehr zwingend erachtet (Scharinger 2003:20f).

## **5.2 Bernstein über das Recht der zivilisatorisch Überlegenen**

Das Ziel, den Kapitalismus und die Ungleichheit zwischen den Klassen zu überwinden, ließ sich nicht in kurzer Zeit erfüllen. In der täglichen politischen Auseinandersetzung führte dies zu der Notwendigkeit, Kompromisse eingehen zu können, um zumindest punktuelle Verbesserungen der sozialen Realitäten zu erreichen. Die Revisionisten<sup>7</sup> waren der Ansicht, dass gerade diese Taktik der kleinen Reformen und Zugeständnisse der Weg zu einer sozialistischen Ordnung wäre, ermöglicht durch die entstandene Macht der sozialistischen Bewegung. Aus dieser Position heraus erwartete man, mit der Staatsmacht Verhandlungen und Gespräche auf gleicher Ebene führen zu können. Revisionisten wie Eduard Bernstein sahen den Übergang zum Sozialismus als eine evolutionäre Entwicklung an und standen daher im direkten Gegensatz zu den revolutionären Marxisten (Hoffrogge 2011:146-148). Die Anhänger der orthodoxen-marxistischen Auslegung griffen diese Ansichten vehement an und versuchten

---

7 Der Revisionismus kritisierte die marxistische Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung, welcher sie die Wissenschaftlichkeit absprachen. Durch den Neukantianismus sollte dies überwunden werden. Die Autonomisierung des Politischen, daher die Lostrennung von der Ökonomie, sollte die Möglichkeit geben, auf den sich verändernden Kapitalismus und einer sich differenzierenden Gesellschaft angemessen zu reagieren (vgl. Laclau, Mouffe 2006:63- 72)

aufzuzeigen, dass die revisionistischen Ideen der Grundlehre des Marxismus widersprachen:

Wie die Dinge jetzt liegen, werden der gewerkschaftliche und der parlamentarische Kampf als Mittel aufgefaßt, das Proletariat allmählich zur Besitzergreifung der politischen Gewalt zu führen und zu erziehen. Nach der revisionistischen Auffassung sollen sie, angesichts der Unmöglichkeit und Zwecklosigkeit dieser Besitzergreifung, bloß im Hinblick auf unmittelbare Resultate, d.h. die Hebung der materiellen Lage der Arbeiter, und auf die stufenweise Einschränkung der kapitalistischen Ausbeutung und die Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle geführt werden (Luxemburg 1899).

Das Ende des 19. Jahrhundert war geprägt von einer voranschreitenden Globalisierung, angetrieben von einem sich verfestigenden Imperialismus, der sich auf eine beschleunigende koloniale Durchdringung der Welt stützte. Die thematische Auseinandersetzung mit Krieg und Kolonialismus rückt auch innerhalb der Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt. Die unterschiedlichen Ansichten in diesen Fragen zwischen „linken“ und „rechten“ Sozialisten, wird am Kongress der II. Internationale in Amsterdam (1904) unübersehbar. Den sozialdemokratischen Parteien wurde per Resolution der Auftrag erteilt, sich für die Unabhängigkeit der kolonisierten Völker einzusetzen. Gleichzeitig merkte man an, dass dabei zu beachten wäre, wie viel Freiheit und Selbstbestimmung diese momentan noch unterdrückten Völker schon ertragen würden. Die Reformisten sahen selbst nach einem Sieg über den Kapitalismus die Notwendigkeit, viele Gebiete in Abhängigkeit zu belassen, bis sie ein höheres kulturelles Niveau erreicht hätten und soweit wären, sich selbst zu regieren. Die internen Widersprüche verdeutlichen sich zusätzlich an einer Resolution über die Siedlerbewegungen, in welcher den Siedlern aus zivilisierten Ländern explizit das Recht eingeräumt wird, sich in unzivilisierten Gebieten nieder zu lassen (Scharinger 2003:25-27). Der interne Streit um die Haltung gegenüber der Kolonialpolitik verschärfte sich in den folgenden Jahren und sollte seinen Höhepunkt am Kongress in Stuttgart (1907) finden. Gleichzeitig gaben diese Differenzen einen Ausblick auf die getrennte Zukunft der Arbeiterbewegung. In der Abschlussresolution wird zum ersten Mal über die Möglichkeit einer positiven Kolonialpolitik gesprochen, welche einen erziehenden Einfluss ausüben sollte. Eduard Bernstein, als einer der bedeutsamsten Wortführer der Reformisten, hatte in einem 1899 veröffentlichten Buch *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* eine Annäherung an das bürgerliche Lager vorgenommen, indem er die koloniale Fremdherrschaft in

bedeutenden Positionen als unterstützungswürdig befand. Seine Ansätze fanden in Teilen der Internationale zunehmend Anhänger und stellten eine Bedrohung für die revolutionäre Ausrichtung der Internationale dar. Dem Gegenüber brachten die linken Vertreter die Forderung nach einer Konzentration auf das Wohlergehen der gesamten Menschheit ein, gleichzusetzen mit der Abkehr von einer Fokussierung auf die kapitalistischen Zentren. Dem Kolonialismus wurde, im Gegensatz zu den Revisionisten, jegliche positive Eigenschaft abgesprochen (Scharinger 2003:35ff). Diese unterschiedlichen Zielsetzungen lassen sich durch die verschiedenen politischen Realitäten erklären. Sozialisten aus imperialistischen Ländern sahen sich einer anderen Herausforderung konfrontiert, als jene die aus agrarisch geprägten Ländern kamen. Ebenso war die Entwicklung der einzelnen Bewegungen hinsichtlich Größe und politischer Bedeutung divergierend. Bernstein argumentierte im vermeintlichen Interesse der von ihm vertretenen deutschen Arbeiter. Die ökonomischen Hintergründe sprach er nur indirekt an, in den Vordergrund stellte er die Frage nach der Kultur eines Volkes.

Aber die Kolonialfrage ist viel mehr, als bloss eine Menschlichkeitsfrage. [...] Sie ist die Frage der Ausbreitung der Kultur und, solange es große Kulturunterschiede gibt, der Ausbreitung oder, je nachdem, Behauptung der höheren Kultur. Denn früher oder später tritt es unvermeidlich ein, dass höhere und niedere Kultur aufeinander stossen, und in Hinblick auf diesen Zusammenstoss, diesen Kampf ums Dasein der Kulturen ist die Kolonialpolitik der Kulturvölker als geschichtlicher Vorgang zu werten (Bernstein 1907:989).

Bernstein wandte sich gegen die Vorstellung des Rechts auf Selbstbestimmung aller Völker, im Gegenteil sah er die Notwendigkeit einer Vormundschaft über *Nichtkulturvölker*, ausgeübt von den *Kulturvölkern*. Seiner Ansicht nach ist dies auch keine Frage von Kapitalismus oder Sozialismus, da dies auch ohne die kapitalistische Dominanz eine Tatsache wäre (Bernstein 1907:989). Kautsky stellt sich der Theorie von den zwei Arten an Völkern entgegen und hält Bernstein vor, er würde sich derselben Argumentation bedienen wie Despoten, Sklavenhändler oder Aristokraten, die so ihre privilegierte Stellung zu legitimieren versuchten (Kautsky 1907). Kolonialismus ist in jeder Form abzulehnen, die Völker können nur durch die Erlangung ihrer Freiheit in eine bessere Zukunft eintreten:

Kommt man aber, um sie zu unterdrücken und zu unterjochen, sollen sie unter die Bevormundung eines wenn auch wohlwollenden Despotismus gebracht werden, [...] dann kommt es zu Kämpfen und Verwüstungen. So sehen wir, daß überall, wo Kolonialpolitik

besteht, es nicht zur Hebung, sondern zur Depression der Völker kommt. Auch ein sozialistisches Regime könnte daran nichts ändern. [...] Wenn wir zivilisatorisch auf Naturvölker wirken wollen, so ist die erste Notwendigkeit, daß wir ihr Vertrauen gewinnen. Und dieses gewinnen wir nur dadurch, daß wir ihnen die Freiheit geben (Kautsky 1907).

Bernsteins Forderungen gehen sogar noch weiter. Um den deutschen Bedarf an Kolonialprodukten zu erfüllen, ohne auf andere Länder angewiesen zu sein, forderte er die Errichtung von Kolonien ein. Seiner Ansicht nach stellt sich die Frage nach der moralischen Verwerflichkeit nicht, da Kolonien nicht zwingend der Bevölkerung dieser Gebiete Schaden zufügen würden und er keinen Unterschied darin erkennen könne, wieso der Konsum von tropischen Gütern akzeptabel sei, aber die selbst vorgenommene Pflanzung im Gegenzug abgelehnt wird (Bernstein 1902:150). Seine Auffassungen über das Wesen und die Rechte der indigenen Bevölkerung gleichen jenen der vermeintlichen politischen Gegnerschaft:

Zudem kann nur ein bedingtes Recht der Wilden auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt werden. Die höhere Kultur hat hier im äußersten Falle auch das höhere Recht. Nicht die Eroberung, sondern die Bewirthung des Bodens giebt den geschichtlichen Rechtstitel auf seine Benützung (Bernstein 1902:150).

Neben der kulturellen Frage ging es ihm aber auch um die ökonomische Teilhabe der Arbeiter an den Profiten der Kolonien. Der Kolonialismus erzeugt einen höheren gesellschaftlichen Wohlstand, welcher eine Erleichterung für die gesellschaftliche Transformation hin zum Sozialismus darstellt. Die Ausbeutung könne nur in Kooperation zwischen Arbeitern und Kapitalbesitzern geschehen (Scharinger 2003:31). Diese Zusammenarbeit mit dem nationalen Bürgertum distanzierte die den Gedanken Bernsteins folgenden sozialistischen Parteien vom ursprünglichen Internationalismus. In einer Zeit, in der sich als Folge des Imperialismus die Klassenkämpfe weltweit ausbreiteten, gingen diese ursprünglichen Verteidiger einer uneingeschränkten Solidarität dazu über, sich in nationale sozialistische Parteien zu wandeln. Diese Gegensätze ließen die Gefahr einer Spaltung offensichtlich werden, eine Tatsache die die Orthodoxie zu vermeiden versuchte, da man eine Isolierung des marxistischen Internationalismus befürchtete. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs vollzog schließlich das Ende der Zweiten Internationale und führte zum endgültigen Bruch der beiden Lager (James 1993:41ff, 70).

### **5.3 Die Kommunistische Internationale: Ideen der nationalen Befreiung**

Lenin beschäftigte sich vor 1917 mit der Frage einer zukünftigen Revolution und deren Abläufe. Die Welt in drei große Regionen teilend, kann seiner Theorie nach die Revolution im entwickelten Europa nur durch das Proletariat erfolgen, während in den Kolonien und Halbkolonien, insbesondere in Asien, die Bourgeoisie verantwortlich für die zukünftige revolutionäre Veränderung ist. Diese sei im Gegensatz zu der europäischen Bourgeoisie noch den Interessen des Volkes verbunden und hätten damit einen positiven Einfluss. Russland nimmt eine Sonderrolle ein. Die kleine proletarische Schicht ist selbst noch zu schwach, weswegen sie sich mit den Bauern zu verbünden habe (Lenin 1977:82). Bezugnehmend auf die außereuropäischen Gebiete implizieren diese Unterscheidungen die nicht vorhandene Relevanz des kolonialen Proletariats für eine zukünftige Neugestaltung der Gesellschaft. Stattdessen betont die Konzentration auf die Besitzenden, Lenins Überzeugung der Unmöglichkeit eines Sozialismus ohne vorhergehend die Phase des Kapitalismus durchlaufen zu haben (Scharinger 2003:62ff). Eine besonders deutliche Trennung gegenüber den Positionen der Zweiten Internationale nimmt Lenin in Bezug auf die Frage nach dem Recht der nationalen Selbstbestimmung und der historischen Bedeutung der Völker ein. Er verurteilt Kautskys Glaube an die Möglichkeit eines friedlichen Imperialismus und hebt die Grundpfeiler der marxistischen Kritik hervor:

Als Gegengewicht zu dieser spießbürgerlichen opportunistischen Utopie muß das Programm der Sozialdemokratie als das Grundlegende, Wesentliche und Unvermeidliche beim Imperialismus die Einteilung der Nationen in unterdrückte und unterdrückende hervorheben (Lenin 1971:149).

Der antiimperialistische Kampf kann nur durch eine internationalisierte Arbeiterbewegung erfolgen. Um bestehen zu können, muss diese eine demokratische Struktur aufweisen, die alle Arbeiter als gleich betrachtet, damit die imperialistischen Rechtfertigungsmechanismen überwunden werden können.

Die Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten bei vollständiger Gleichberechtigung der Nationalitäten und konsequentem Demokratismus des Staates - das ist unsere Losung, wie es auch die Losung der gesamten internationalen revolutionären Sozialdemokratie ist (Lenin 1977:100).

Die Ablehnung jeglicher Form von Kolonialismus und Unterdrückung beinhaltet die Selbstbestimmung der Völker. Die Kolonisierten sollen selbst entscheiden können, ob sie die territoriale Selbstständigkeit für sich beanspruchen wollen.

Als Demokraten sind wir unbedingt gegen jegliche, selbst die geringste Unterdrückung irgendeiner Nationalität, gegen jegliche Privilegien der einen oder anderen Nationalität. Wir fordern als Demokraten die freie Selbstbestimmung der Nationen in der politischen Bedeutung dieses Wortes (siehe das Programm der SDAPR), d. h. die Freiheit der Lostrennung (Lenin 1977:99).

Der Antiimperialismus bezieht seine Gültigkeit nicht auf die Taten anderer Nationen, vielmehr erfordert diese Überzeugung den Einsatz eines jeden Proletariers, sich auch gegen die ausbeuterische Politik seiner eigenen Nation zu richten und den politischen Kampf zum Wohl der in diesem asymmetrischen Konflikt schwächeren Völker einzusetzen.

Es kann sich des Kampfes gegen die gewaltsame Zurückhaltung der unterjochten Nationen in den Grenzen des vorhandenen Staates nicht enthalten, und eben dies heißt für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen kämpfen. Das Proletariat muß die Freiheit der politischen Abtrennung der von „seiner“ Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu leeren Worten; weder Vertrauen noch Klassensolidarität unter den Arbeitern der unterdrückten und der unterdrückenden Nation sind möglich; [...] (Lenin 1971:149).

Lenins Ausführungen kann man als ein positives Signal an die Kolonisierten interpretieren. Im Vergleich zu den Positionen der Zweiten Internationalen ist es ein starkes Bekenntnis für die Rechte der Unterdrückten. Seine Überzeugung von der Alternativlosigkeit des Kapitalismus in der historischen Entwicklung ist jedoch für jene Menschen, die unter der Ausbeutung und Brutalität des Imperialismus leiden, eine ernüchternde Offenbarung.

Der Erste Kongress der Kommunistischen Internationalen (Komintern) (1919) gestand der Kolonialfrage nur wenig Raum zu. In den Beschlüssen spiegelt sich die Trennung von der Zweiten Internationalen wieder und auch Lenins Einfluss wird ersichtlich, doch eine radikale Umorientierung hin zu einer Ebenbürtigkeit des internationalen Proletariats wird nicht vollzogen (Claudin 1977:284).

Den kleinen Völkern eine freie Existenzmöglichkeit zu sichern, vermag nur die proletarische Revolution, welche die Produktivkräfte aller Länder aus der Enge der Nationalstaaten befreit, die Völker im engsten wirtschaftlichen Zusammenarbeiten auf der Grundlage eines allgemeinen Wirtschaftsplanes vereinigt und auch dem kleinsten und schwächsten Volk die Möglichkeit gibt, frei und unabhängig die Angelegenheiten seiner nationalen Kultur zu führen, ohne Schaden für die vereinigte und zentralisierte Wirtschaft Europas und der ganzen Welt (Komintern 1920:10).

Europa steht folglich weiter im Zentrum der künftigen Revolution, nur dort findet die proletarische Revolution statt. In der Konzeptionierung der zukünftigen sozialistischen



Weltordnung wird explizit auf die „Gefahrlosigkeit“ einer kolonialen Befreiung für die europäische Wirtschaft hingewiesen. Einerseits zeigt dies die angesprochene Zielgruppe, andererseits aber auch die anhaltende Prägung aus den Revisionistenstreitigkeiten der Vorkriegszeit, ohne deren Positionen weiter zu übernehmen. Im Verlauf des Manifests wird nochmals nachdrücklich auf die Momente der Befreiung hingewiesen.

Die Befreiung der Kolonien ist nur zusammen mit der Befreiung der Arbeiterklasse in den Metropolen möglich.“ [...] bekommen die Möglichkeit einer selbstständigen Existenz erst dann, wenn die Arbeiter Englands und Frankreichs Lloyd George und Clemenceau gestürzt und die Staatsmacht in ihre Hände genommen haben (Komintern 1920:11).

Die gewählte Formulierung ist auch als eine Berücksichtigung der Asymmetrie der militärischen Kräfte zu verstehen. Ein Widerspruch in sich ist jedoch die Ausklammerung einer kolonialen Überwindung des Kapitalismus auch deswegen, weil Russland in seiner europäischen Stellung ebenso ein abhängiges und peripheres Land war. Scharinger erklärt dies damit, dass Trotzki, der die Theorie der *permanenten Revolution*<sup>8</sup> geschaffen hatte, diese nur für den aus seiner und auch Lenins Sicht, russischen Sonderfall als anwendbar gesehen hatte. (Scharinger 2003:70).

Am Zweiten Kongress der Kommunistischen Internationale (1920) macht die Themensetzung die weltpolitischen Veränderungen seit der Russischen Revolution deutlich. Die Revolution in Westeuropa war ausgeblieben und die Stellungen der jeweiligen kommunistischen Bewegungen schwächten sich merklich ab. Hinzu zeichnete sich im Jahr 1920 die Niederlage der Roten Armee gegen Polen ab. Einerseits barg dies für die Sowjetunion die Gefahr einer zunehmenden Isolierung, andererseits bildeten sich in den Kolonien nationale Befreiungsbewegungen. Auch in der Sowjetunion selbst stellte sich die Frage nach einem geeigneten Umgang mit den

---

8 Trotzki arbeitete in seiner Theorie der permanenten Revolution die Auswirkungen der Globalisierung in Bezug auf die revolutionäre Entwicklung heraus. Er ging davon aus, dass die Internationalisierung der Ökonomien und das Herausbilden eines Weltmarktes es den nationalen bürgerlich-demokratischen Kräften unmöglich mache, die durch den Imperialismus entstandene Abhängigkeit sowie den Feudalismus zu überwinden. Diese Rolle müsse vom Proletariat übernommen werden, welches in einer Allianz mit der Bauernschaft die Macht ergreift und den Staat in die Phase der sozialistischen Revolution übergehen lässt. Die Weltrevolution ist nicht abhängig von der nationalen Entwicklung und Eignung, sondern erfolgt als Resultat der Globalisierung in vorbereitender Weise über den Weltmarkt. Der Abschluss des Sozialismus könne nur in einem internationalistischem Rahmen vonstatten gehen (Trotzki 1993:7ff, 183-187)

internen Peripherien und Nationalitäten. Als Reaktion auf diese Dynamiken sind die Teilnahme kommunistischer Delegierter aus den Kolonien und abhängigen Territorien zu sehen, sowie der inhaltliche Schwerpunkt auf deren revolutionäres Potential (Claudin 1977:285). Während der vierten Sitzung berichtete Lenin über die vorgenommenen Änderungen an den Leitsätzen für die sowjetische Bewegung. Das wichtigste Grundprinzip ist die Unterscheidung zwischen den Unterdrückten und unterdrückenden Nationen, da sich diese Differenzierung durch alle folgenden Leitsätze hindurch zieht. Der zweite Punkt handelt von den Beziehungen der Völker zueinander. Dieses ist dominiert vom Kräftemessen zwischen „[...] imperialistischen Nationen gegen die Sowjetbewegung und die Sowjetmächte mit Sowjetrußland an der Spitze“ (Komintern 1921:138). Der dritte Leitsatz ist die Frage nach der Unterstützung bürgerlich-demokratischer Bewegungen. Über diese Bezeichnung entbrannte eine lange Diskussion, vor allem zwischen Lenin und dem aus Indien stammenden mexikanischen Delegierten Roy. Roy stellte sich gegen diese gewählte Bezeichnung, da sie ihm zu nahe an den Revisionisten war und forderte die Unterstützung für nationalistisch-revolutionäre Bewegungen. Lenin entgegnete dem mit seiner Definition einer nationalistischen Bewegung:

Es unterliegt keinem Zweifel dass jede nationalistische Bewegung nur eine bürgerlich-demokratische Bewegung sein kann, weil die große Masse der Bevölkerung der zurückgebliebenen Länder aus der Bauernschaft besteht, die die Vertreterin der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse ist (Komintern 1921:139).

Lenin zweifelte auch die Möglichkeit der Entstehung proletarischer Bewegungen in agrarischen Ländern an. Sollten sie doch entstehen, wären sie wohl nicht in der Lage, die sowjetischen Ideen und Politiken, auch anzuwenden und wirkungsvoll durchzuführen (Komintern 1921:139). Lenin erkennt aber an, dass sich, entgegen seinen ursprünglichen Ansichten, auch die Bourgeoisie in den Kolonien sich mit den imperialistischen Vertretern verbunden hat und sie somit selbst wenn sie nationalistische Ziele verfolgt, ihren revolutionären Charakter und die Verpflichtung dem eigenen Volk gegenüber verloren hätte.

Es ist eine gewisse Verständigung zwischen der Bourgeoisie der ausgebeuteten und der kolonialen Länder eingetreten, so dass sehr oft, vielleicht sogar in den meisten Fällen, die Bourgeoisie der unterdrückten Länder, trotzdem sie auch nationale Bewegungen unterstützt, dennoch in gewissem Einvernehmen mit der imperialistischen Bourgeoisie, d.h. zusammen mit ihr, gegen alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen

kämpft (Komintern 1921:129f).

Daraus ist der Schlussfolgerung zu ziehen, dass nur noch nationale Bewegungen zu unterstützen seien, welche auch nachweislich revolutionär handeln würden und gleichzeitig auch das Bestreben einer revolutionären Erziehung der Bauern und Arbeiter nicht unterlaufen (Komintern 1921:140). Dies beinhaltet auch, dass die Bildung von Räten und die Förderung einer Politisierung der Menschen sich nicht mehr auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern auch auf die Bauern ausgeweitet werden. Die Kommunistische Internationale erwartet sich daraus die Überwindung feudaler Herrschaftssysteme, unabhängig von der weltpolitischen Stellung der jeweiligen Nation. Das Durchlaufen des Kapitalismus als Grundbedingung einer höheren Gesellschaftsordnung ist nicht mehr zwingend, sondern kann durch sowjetische Hilfe vermieden werden (Komintern 1921:141f). Roy beschreibt dies als direkte Folge des Klassenbewusstseins:

Auf diese Weise werden die Volksmassen in den rückständigen Ländern nicht durch die kapitalistische Entwicklung, sondern durch die Entwicklung des Klassenbewusstseins, unter der Führung des bewußten Proletariats der fortgeschrittenen Länder dem Kommunismus angeschlossen werden (Komintern 1921:148f).

In den von Roy vorgetragenen Ergänzungsthesen wird die Basis der imperialistischen Macht erörtert. Er sieht die Schwäche des momentanen Kapitalismus in seiner Globalisierung, da auf dieser der Reichtum der Zentren beruht:

Der europäische Kapitalismus schöpft seine Kraft in der Hauptsache weniger aus den europäischen Industrieländern als aus seinen Kolonialbesitzungen. Zu seiner Existenz bedarf er der Kontrolle über die umfangreichen Kolonialmärkte und ein weites Feld der Ausbeutungsmöglichkeit (Komintern 1921:146).

Lenin hatte 1916 in seiner Imperialismustheorie die Anschauung vertreten, dass der Imperialismus durch den erzielten Profit aus den Kolonien einen Teil der Arbeiterschaft für sich gewinnen kann. Eine Theorie die scheinbar durch die Reformisten indirekt bestätigt wurde und nun auch von Roy als Erklärung angeführt wird. Er schließt daraus, dass der Umsturz in Europa erst dann gelingen kann, wenn den Kapitalisten diese Möglichkeit der Bildung und Aufrechterhaltung einer *Arbeiteraristokratie* verunmöglicht wird (Komintern 1921:146). Es stellt sich aber nun die Frage der realen Umsetzung der Befreiung, wenn in den abhängigen Gebieten kaum eine proletarische Klasse vorhanden ist. Roy anerkennt die Gegebenheiten und erklärt, dass zu Beginn der

Revolution diese wohl keine kommunistische sein werde (Komintern 1921:149). Jedoch steht das Ziel der Befreiung im Mittelpunkt und die kommunistische Bewegung muss sich der bürgerlich-demokratische nationalistische Bewegung bedienen, auch wenn diese „[...] *das Programm der politischen Unabhängigkeit unter Beibehaltung der kapitalistischen Ordnung verfolgt; [...]*“ (Komintern 1921:148). Erst die Überwindung der Fremdherrschaft kann zur Befreiung des Einzelnen führen.

Die Fremdherrschaft hemmt beständig die freie Entwicklung des sozialen Lebens; daher muß der erste Schritt der Revolution die Beseitigung dieser Fremdherrschaft sein. Den Kampf zum Sturz der ausländischen Herrschaft in den Kolonien unterstützen heißt also nicht, die nationalen Bestrebungen der eingeborenen Bourgeoisie unterschreiben, vielmehr bedeutet es, dem Proletariat der Kolonien den Weg zu seiner Befreiung zu ebnen (Komintern 1921:148).

Die Befreiung erfolgt danach aus dem unter sowjetischen Einfluss entstandenen Klassenbewusstsein. Die Führung der Nation darf nicht den bürgerlichen Kräften überlassen werden, sondern muss von den Revolutionären ausgehen (Komintern 1921:149f).

#### **5.4 Die Gründung der Parti Communiste Français**

Der Erste Weltkrieg belastete schwer den internen Zusammenhalt der französischen Sozialisten. Seit 1906 befanden sie sich auf einem politischen Rechtskurs und zählten daher zu dem Lager der Reformisten (Adereth 1984:15). Die Arbeiterbewegung organisierte sich hauptsächlich innerhalb der *Section Française de l'Internationale Ouvrière* (SFIO) und der Gewerkschaft *Confédération Générale du Travail* (CGT). Beide Organisationen, welche nicht miteinander kooperierten, waren von ihrer Stärke und Struktur ihren deutschen und englischen Pendanten unterlegen. Die französische Kriegsbeteiligung unterstützten beide Organisationen als Verteidigung der Republik gegen das imperialistische Deutsche Reich. Die Erlebnisse und Traumatisierungen des Weltkrieges ließen jedoch die Arbeiter an der sozialistischen Führung zweifeln. Sie waren enttäuscht über den Kriegsforgang und uneinig bezüglich des nicht Erreichens revolutionärer Ziele (Mortimer 1984:20, 25, 36). Diese Entwicklung setzte bereits ab dem Sommer 1915 ein und führte zu einer internen Spaltung der SFIO in die zwei Gruppen der *majoritaires* und *minoritaires*. Letztere stellten sich gegen die *Sacred Union* und einer Unterstützung des Krieges, waren aber im Gegensatz zu ihren Kritikern, bereit auch über die Grenzen der Kriegsblöcke hinweg internationale

Gespräche zu führen (Fortescue 2000:157). Ab 1917 stieg die Kriegsmüdigkeit unter den Soldaten und Arbeitern in den Fabriken weiter an. Mit Blick auf die revolutionären Vorgänge in Russland wurden die Forderungen nach Frieden lauter. Die Entscheidungen der Regierung Clémenceau, Soldaten nach Russland zu entsenden, um das alte System neu zu errichten und auch das rigorose Vorgehen gegen die französischen Pazifisten ließen den Unmut unter den Sozialisten steigen. Die SFIO verlor im Krieg die Mehrheit ihrer Mitglieder. Erst ab 1918, als sich die *minoritaires* in der Partei durchzusetzen begannen, konnte dieser Trend umgekehrt werden. Der Friedensschluss mit Deutschland und die steigenden Preise auf Lebensmittel, bei gleichzeitigem Verfall der Währung bzw. Anwachsen der Börsenwerte, offenbarten der Arbeiterklasse den imperialistischen Charakter des Krieges. Bei den Wahlen 1919 musste die SFIO eine schwere Niederlage eingestehen, vor allem verursacht durch die Streitigkeiten der beiden politischen Ausrichtungen innerhalb der Partei. Verbunden mit diesem nationalen Einflussverlust war der schwindende Glaube an die Möglichkeit, Reformen im Interesse der Arbeiter durchsetzen zu können (Mortimer 1984:36-39, 44-50). Der Parteikongress der SFIO von 1920 ließ diese in drei Gruppierungen aufsplintern. Unter dem Eindruck des Gründungskongresses der Dritten Internationale und deren Aufruf an alle revolutionären Parteien, man möge sich ihnen anschließen, bildeten sich in der SFIO ein antikommunistischer rechter Flügel, eine Mitte-Gruppierung mit dem Ziel die Zweite Internationale wieder zu errichten und der linke Flügel aus Anhängern des Kommunismus. Schließlich wurde entschieden, die Zweite Internationale offiziell zu verlassen, aber auch nicht der Komintern beizutreten, sondern nur eine Delegation zu entsenden. Die SFIO schickte Cachin und Frossard, zwei Vertreter der Mitte, nach Russland. In Moskau angekommen, wurden sie dazu eingeladen, dem zweiten Weltkongress der Komintern beizuwohnen (Adereth 1984:19). Das Angebot annehmend, richteten sie der eigenen Partei aus, dass sie zu der Überzeugung gelangt wären, dass eine Übereinkunft mit der Kommunistischen Internationale möglich sei (Mortimer 1984:59). Aus Sicht der Bolschewiki war nicht damit zu rechnen, dass die Weltrevolution ihren Ausgangspunkt in Frankreich nehmen würde. Zu schwach war die Arbeiterbewegung, um dies als glaubhafte Option erscheinen zu lassen, insbesondere im Vergleich zu der Lage in Deutschland. Die Zerwürfnisse der französischen Sozialisten und die weiter bestehenden

Auflösungserscheinungen der Reste der Zweiten Internationalen boten jedoch die Möglichkeit eine revolutionäre französische Partei nach den Vorstellungen der Bolschewiki zu formen (Mortimer 1984:54). In diesem Sinne übergab der Weltkongress seine Forderungen, welche die SFIO zu erfüllen hatte, um in die Dritte Internationale aufgenommen zu werden. Viele dieser Bedingungen widersprachen den bisherigen Grundsätzen der französischen Sozialisten. Das politisch nun geschwächte Zentrum und die Rechten sahen die Forderungen als unannehmbar an, während die Linken nicht selbst eine Spaltung riskieren wollten (Mortimer 1984:61-64). Die Entscheidung wurde auf einen eigens einberufenen Kongress der SFIO im Dezember 1920 verlagert, der in Tours abgehalten wurde. Letztlich konnten sich dort die Kommunisten gegen die Reformisten durchsetzen. Die Unterlegenen formten eine sozialistische Partei und behielten den Namen bei, während die ehemalige SFIO in SFIC unbenannt wurde (Fortescue 2000:160). Erst im Oktober 1921 wurde diese in *Parti Communiste Français* (PCF) abgeändert (Mortimer 1984:68).

Punkt Vier und Punkt Acht der Bedingungen für die Aufnahme in die Internationale betreffen den Umgang mit den Kolonien. Am Weltkongress wurde auch besonders betont, welche Funktion diese für den erst vergangenen Weltkrieg hatten: „*Der letzte Krieg, der nicht zuletzt ein Krieg wegen der Kolonien gewesen, war gleichzeitig ein Krieg mit Hilfe der Kolonien*“ (Komintern 1920:10). Ein Thema, welches gerade für die sich formierenden französischen Kommunisten nicht widerspruchsfrei war.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heer in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationalen sein (Komintern 1920:390).

Punkt Acht streicht den Abbau von Hemmschwellen und Stereotypen zwischen metropolitaner und kolonialer Bevölkerung besonders hervor, bezieht sich aber auch nochmals auf die Bedeutung, zumindest Teile des Heeres für sich zu gewinnen.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitz von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe „ihrer“ Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen

Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen (Komintern 1920:391).

In den ersten Jahren der PCF lebten innerhalb der Partei viele Vorurteile gegen die Kolonialbevölkerung weiter (Moneta 1968:13). Dies wurde auch am Ersten Kongress der PCF (1921) deutlich: „Eine [...] Schwierigkeit beruht in der fast vollständigen Unfähigkeit der Eingeborenen, sich selbst zu befreien (PCF 1922:15).“ Als Schwerpunktsetzung, um dieses und andere vermeintlichen Probleme zu überwinden, gründete die PCF 1921 die *Section Coloniale*. Deren konstituierende Sitzung wohnten auch viele Asiaten und Afrikaner bei und bezeugten so eine entstehende Internationalität der Arbeiterbewegung (Taoua 2003:151). Die *Section Coloniale* war ein Sonderorgan der Partei mit beratender Aufgabe. Sie sollte es der PCF durch Sammeln von Informationen in den Kolonien ermöglichen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen (PCF 1922:15).

## 6. Kooperativer und Militanter Panafrikanismus

Die panafrikanischen Bewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren stark geprägt von den Entwicklungen in den USA. Seit dem 19. Jahrhundert gab es unter den afrikan-amerikanischen Bürgern ein zunehmendes Interesse an ihrer historischen Heimat. Die im Alltag widerfahrenen Erlebnisse der Rassentrennung, den gewalttätigen Übergriffe und allgemeinen Diskriminierungen sowie die bleibenden Erinnerungen an die Sklaverei förderten eine Rückbesinnung auf die Wurzeln des eigenen Volks. Die erste Pan-Afrikanische Konferenz in London (1900) konkretisierte die Idee der afrikanischen Solidarität, unabhängig von staatlichen Grenzen oder geographischen Hindernissen (July 1980:517f). In der weiteren Entwicklung ist die Entstehung zweier konkurrierender Ideenmodelle feststellbar, die sich in ihrer Radikalität und Militanz, so wie in ihrer Zielsetzung unterschieden. Ein Aufeinandertreffen unterschiedlicher Weltanschauungen, das auch die Afrikaner unter französischer Fremdherrschaft entscheidend beeinflussen sollte.

Die radikale Gruppierung an Panafrikanisten wurde von Marcus Garvey (1867-1940) verkörpert. 1914 gründete Garvey in seiner Heimat Jamaica die *Universal Negro Improvement Association* (UNIA). Nachdem er 1916 seinen Lebensmittelpunkt in die USA nach Harlem verlegt hatte, konnte er dort schon bald auf eine große Anzahl an Anhängern zurückgreifen. Der *Negro Worker* wurde ab 1918 zum Sprachrohr der UNIA und versuchte, durch Übersetzungen in verschiedenste Sprachen auch Afrikaner außerhalb der USA zu erreichen (Geiss 1968:205-208). Garvey vertrat mit seinem Ausspruch „*Africa for the Africans*“ die Ansicht, dass Afrikaner nach ihren eigenen Prinzipien leben sollten. Europäische Werte lehnte er ab. Er sah in ihnen keinen universalistischen Anspruch, sondern gestand jeder „Rasse“ ihre eigene Lebensweise zu. Seinen inhaltlichen Schwerpunkt widmete er den Problemen der afrikan-amerikanischen Bevölkerung. Er suchte aber nicht nach einer Lösung mittels Reformen oder Kompromissen, sondern sah die Zukunft in der Heimkehr nach Afrika [*Back to the Roots*]. Nach dem Grundsatz: „*One God, One Aim, One Destiny*“ gedachte er ein freies panafrikanisches Afrika zu erschaffen, unter der Leitung von Afrikan-Amerikanern. Gleichzeitig war ihm bewusst, dass nicht alle in den USA lebenden Afrikaner in diesen neuen Staat folgen würden. Durch die Entwicklung einer starken „schwarzen“ amerikanischen Ökonomie erhoffte er sich die Ungleichheiten bezüglich der



Lebensbedingungen auszugleichen (Derrick 2008:83f). Garvey gründete nach diesem Gesichtspunkt eigene Unternehmen in den USA, unter anderem auch um die UNIA unabhängig agieren zu lassen. Sein panafrikanischer Staat sollte kapitalistisch geprägt sein. Dies zeigt, dass eine Kritik an der vorherrschenden ökonomischen Ordnung und deren Auswirkungen auf marginalisierte Gesellschaftsschichten nicht Teil seiner theoretischen Überlegungen war. Seine politische Idee der afrikanischen Emanzipation verknüpfte er engstens mit dem politischen Kampf der Afrikaner in den USA (Langley 1973:69). Durch die Entwicklung eines eigenen „Rassenstolzes“, unter anderem mittels großen Inszenierungen und einer „Afrikanisierung“ fast aller Lebensbereiche, erwartete er sich die von den Afrikanern ausgehende Überwindung der Benachteiligungen. Seine Agitation beschränkte sich allerdings auf „echte Schwarze“ und war rassistisch geprägt (Derrick 2008:85f). Dem gegenüber standen die Positionen der Pan-Afrikanischen Kongresse, insbesondere verkörpert durch William Eduard Burghardt Du Bois (1868-1963) und der von ihm mitbegründeten *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP). Du Bois, der bereits an der ersten Pan-Afrikanischen Konferenz in London teilgenommen hatte, sah in den Friedensverhandlungen der europäischen Kriegsparteien die Gelegenheit, die afrikanischen Anliegen öffentlichkeitswirksam vorzubringen. Die Forderungen waren reformistischer Natur und beinhalteten keine radikalen Positionen (Langley 1973:65f). Die Möglichkeit, den Kongress abzuhalten, war in gewisser Weise dem französischen Ministerpräsidenten G. Clémenceau zu verdanken. Da die meisten Teilnehmer aus den USA kamen und die Diskriminierung und Unterdrückung der afrikan-amerikanischen Bevölkerung ein Thema war, bot sich für die französische Regierung die Möglichkeit, dem amerikanischen Präsidenten Wilson eine zumindest unangenehme Situation zu bereiten. Clemenceau ermutigte Blaise Diagne, Teil des Kongresses zu sein, mit dem Ziel die Vorzüge der französischen Kolonialpolitik zu preisen (Suret-Canale 1969:573). Diagne sollte dieser Aufforderung nachkommen und lobte auch bei späteren Kongressen, wie zum Beispiel am Dritten Pan-Afrikanischen Kongress 1923 in Paris, wo er unterstützt von Lamine Guèye<sup>9</sup> als Vorsitzender agierte, die angeblich existierende vollkommene

---

9 Amadou Lamine Guèye profitierte von den Diagne-Gesetzen indem er in Paris studierte und als erster Westafrikaner ein französisches Doktorat der Rechtswissenschaften erreichte. Guèye gründete Anfang der 1920er Jahre eine oppositionelle Gruppierung gegen Diagne. Auch wenn sie Konkurrenten waren, verband sie die Überzeugung über die Richtigkeit der Assimilation. Nach dem

Gleichstellung aller französischer Bürger (Derrick 2008:89f). Du Bois Politik ähnelte in vielen Bereichen den Positionen von Diagne. Er verfolgte die Idee eines demokratischen sozialistischen panafrikanischen Staates, geführt von afrikanischen Intellektuellen, aber in Verbindung mit den europäischen kapitalistischen Staaten. Er forderte die ökonomische und kulturelle Entwicklung Afrikas durch die Europäer, bis in einer baldigen Zukunft die Afrikaner selbst in der Lage wären, die Verantwortung zu übernehmen (Langley 1073:59f). Du Bois und Diagne verband auch die gemeinsame Gegnerschaft zu Marcus Garvey. Im Gegensatz zu ihm sah Du Bois die Afrikaner-Amerikaner als Amerikaner an, für die es kein Zurück nach Afrika gäbe. Du Bois und Diagne versuchten ihre Politik, die von einem strikten Gewaltverzicht geprägt war, durch Kollaboration mit den metropolitanen Eliten durchzusetzen. Diese Akzeptanz gegenüber dem europäischen Führungsanspruch gab ihnen einen größeren Handlungsspielraum, schwächte aber gleichzeitig die emanzipatorisch-nationalistische Bewegung. Garvey hatte in Senegal kaum Erfolge vorzuweisen. Dies beruhte auf einem restriktiven Vorgehen der französischen Kolonialverwaltung, die sich auf eine Kooperation mit englischen Regierungsstellen stützen konnte, aber auch in der ablehnenden Haltung seitens der assimilierten Bevölkerung. Die *assimilés* bewerteten Garveys Pläne als eine direkte Gefährdung ihrer Position und befürchteten eine afrikaner-amerikanische Dominanz. Du Bois vermied ganz gezielt das Thema der „Rassenfrage“, erst diese Ausklammerung ermöglichte ihm die Beibehaltung seiner Politik der Assimilation (Sarr 2011:186-189).

---

Zweiten Weltkrieg konnte Guèye ein Gesetz durchsetzen (*Loi Lamine Guèye*), das die Bürgerrechte auf alle Bewohner der Kolonien erweiterte (July 2004:412ff).

## **7. Beginn eines neuen afrikanischen Nationalismus**

### **7.1 Blaise Diagne: Symbol der hegemonialen Dominanz**

Manche Historiker, wie Edward T. Wilson, bezeichnen den Grabenkrieg an der französischen Ostfront als Geburtsstunde des afrikanischen Nationalismus (Wilson 1974:111). Afrikanische Soldaten kämpften in den großen Abnutzungsschlachten gegen das Deutsche Reich, beteiligten sich an den Soldatenaufständen von 1917, meuterten als Angehörige der Marine im Mittelmeer und verweigerten die Einsatzbefehle gegen die sowjetische Truppen im Osten Europas (Suret-Canale 1968:557f). Wenn auch viele von ihnen traumatisiert zurückkehrten, hatten sie doch ihre politischen und gesellschaftlichen Beobachtungen und Ideen gemacht, welche ihnen einen neuen Blick auf sich selbst und das eigene Volk ermöglichten (Wilson 1974:111). Die Struktur der französischen Kolonien war der Entstehung nationalistischer Bewegungen hinderlich. Das Fehlen ökonomischer und kultureller Zentren von landesweiter Bedeutung und die damit verbundene Dezentralisierung der Arbeitsplätze, wie auch das nicht Vorhandensein einer ländlichen überregionalen Struktur, verhinderten unter den Rückkehrern aus Europa das Eintreten eines organisierten politischen Diskurses. Die französische Regierung war sich der theoretisch vom Bolschewismus ausgehenden Gefahr bewusst und unternahm große Anstrengungen, eine weitere Politisierung der Kolonisierten zu verhindern (Suret-Canale 1968:558). Die in Frankreich gebliebenen Afrikaner arbeiteten hauptsächlich in den Häfen oder für die Eisenbahnen, wo sie gut organisierbar waren. Ihre Mittellosigkeit und gesellschaftliche Ausgrenzung machten sie umso empfänglicher für Unterstützung und Zuspruch der PCF (Sarr 2011:100f). Besondere Bedeutung unter diesen größtenteils ehemaligen Soldaten kommt deren Verhältnis zu Blaise Diagne zu. Seine Kollaboration mit der Metropole brachte ihm den Vorwurf der Assimilation ein (Sarr 2011: 254), zu prägend waren die Erinnerungen an seine Rekrutierungsauftrufe während des Krieges. Diagne, der in Frankreich studiert hatte (Sarr 2011:236), zweifelte die prinzipielle Richtigkeit der Kolonisation nie an. Er war unter anderem Mitglied der französischen sozialistischen Partei und verteidigte in seiner späteren Karriere Zwangsmaßnahmen gegen die Kolonialbevölkerung (Johnson 1978:112). In seiner Haltung glich er einem sozialistischen Reformisten, der das Recht der Metropole gegenüber der Peripherie anerkannte. Man kann ihn, rückblickend auf sein politisches Wirken, als Teil jener Zivilgesellschaft bezeichnen, die einen

hegemonialen Diskurs der Fremdherrschaft gestützt und in der Folge auch innerhalb der Kolonie ausgebreitet hat. In seiner Person wird ein Grundproblem der afrikanischen Emanzipationsbewegung deutlich. Unter den Angehörigen der Bildungselite war die Assimilation weit verbreitet, wobei sich diese Gruppe in der Schaffung einer eigenen Identität nicht auf eine nationale Form berief, sondern auf die bereits existierenden sozialen Einheiten zurückgriff, welchen die einzelnen Personen entstammten. Die Bedeutung der westlichen schulischen Bildung und damit zusammenhängend die erforderlichen Kenntnisse der Amtssprache als ein Grundpfeiler des westeuropäischen Wertesystems, ermöglichten es sowohl dem Kolonialapparat als auch dieser indigenen Elite, die Mehrheit der Bevölkerung auszugrenzen. Diese Privilegierten übernahmen damit dieselben Machtmechanismen, wie sie auch das Zentrum zur Absicherung der eigenen Stellung anwandte. Ein Unabhängigkeitsstreben aus der kolonialen Bourgeoisie konnte folglich kaum oder nur sehr gering ausgeprägt sein (Marx 2004:224f). Das Handeln der assimilierten Bevölkerung bestätigt Roys Einschätzung, dass sich die Bourgeoisie der kolonisierten Länder mit jener der Metropole verbündet. Für die Bevölkerungsmehrheit bedeutete dies, verstärkt noch durch restriktive Maßnahmen von Seiten der Unterdrücker, die Unmöglichkeit sich sichtbar zu artikulieren und in den hegemonialen Diskurs einzubringen. Dazu wäre die Schaffung *organischer Intellektueller* notwendig, was jedoch ohne die Kontrolle von Produktionsmitteln, noch als anerkannter Teil der Zivilgesellschaft, ein schwieriges Unterfangen darstellt. Eine Möglichkeit ergibt sich erst in Verbindung mit oppositionellen Kräften des Zentrums, wobei sich dann die Frage stellt, inwiefern diese *organischen Intellektuellen*, im Sinne von Gramsci, noch aus der Mitte der Gesellschaft kommen und deren Interessen vertreten. Es handelt sich somit um eine zweifache Entfremdung, ein Vorgang den Babacar Sine treffend beschreibt. Auch er stellt den Verlust der ursprünglichen Identität, ausgelöst durch assimilatorische Vorgänge, in den Mittelpunkt seiner Betrachtung:

Notre malheur actuel est double. L'intrusion coloniale chez nous fait de plus en plus perdre à nos peuples jusqu'à la mémoire de leurs œuvres, si ce n'est leur disposition à créer; d'autre part, nous manquons – comme dit Gramsci – d'être „les intellectuels organiques“ de nos peuples, car nous sommes englués dans le marais d'une esthétique d'emprunt insipide qui, en prétendant nous former à ses goûts, nous déforme et nous désarticule par rapport à la sensibilité de nos peuples (Sine 1983:162f).

Der Widerstand gegen den Kolonialismus in Form einer Nationalisierung der Bewegung findet somit nicht in den Zentren statt. Weder in den wichtigen Kolonialstädten, nicht in Europa selbst. Stattdessen verlagert er sich in die ländlichen Gebiete der Kolonien. Fanon beschreibt dies am Beispiel der sich spaltenden nationalistischen Kräfte. Während die eine Gruppierung ihre Ziele in der Kooperation und Assimilation erfüllt sieht, erkennt die Andere, dass sie in den Städten keine Möglichkeit der Unterstützung finden wird. Die Zukunft der Nation bestimmt einzig die Landbevölkerung (Fanon 1981: 107f).

[...] dass die ländlichen Massen nie aufgegeben haben, das Problem ihrer Befreiung in der Anwendung der Gewalt, in der Vertreibung der Fremden vom Land, im nationalen Kampf, im bewaffneten Aufstand zu sehen. [...] ein kohärentes Volk, das in einer Art Unbeweglichkeit dahinlebt, aber dessen moralische Werte, dessen Verbundenheit mit der Nation intakt geblieben sind (Fanon 1981, 108).

Eine Schlussfolgerung die auch für die weitere Strategie der Komintern entscheidend sein sollte.

## **7.2 Hunkanrin: Ein assimilé gegen das System Diagne**

Louis Hunkanrin war einer der frühesten afrikanischen Nationalisten, die in Paris ihre politischen Ideen verbreiteten und auch eine historische Wirkung entfalten konnten. Er wurde 1887 in Porto Novo, Dahomey [aktuell Benin] geboren und studierte in Senegal an der *Ecole Normale de Saint Louis* (Geiss 1968:238). Als einer der ersten Afrikaner schloss er dort seine Ausbildung als Lehrer ab (Suret-Canale 1969:563). 1914 ging er zurück in seine Heimat und gründete einen Ableger der *Ligue Française pour la Défense des Droits de l'Homme et du Citoyen* (LDH), was sein hohes politisches Engagement unterstreicht (Derrick 2008:122). Seine Tätigkeit brachte ihn bald mit der Kolonialadministration in Konflikt. Er verließ noch im selben Jahr seine Heimat, um in den Senegal zurück zu gehen, wo er Blaise Diagne unterstützte und für dessen Zeitung arbeitete. Allerdings zog es ihn schon bald abermals nach Dahomey. Er musste jedoch in die Illegalität abtauchen, da er dort von den Behörden gesucht wurde. Erst 1918 wurde seine Verurteilung auf Betreiben von Diagne, der gerade auf einer seiner Afrikareisen war, zurückgenommen. Hunkanrin meldete sich freiwillig zur Armee (Suret-Canale 1969:563). Diagne verschaffte ihm in der Folge eine Arbeitsstelle im Kriegsministerium in Paris, von wo aus er bei der Rekrutierung und Anwerbung neuer Soldaten aus den Kolonien behilflich war. Diese Zusammenarbeit hatte aber keine lange

Dauer. Bereits kurz nach Kriegsende kam es zu Streitigkeiten zwischen den Beiden (Geiss 1968:238), da er in Paris an Treffen anarchistischer Gruppen teilnahm und auch seine Kontakte zu der LDH, die ebenso gegen das Kolonialsystem agierte, wiederbelebte (Ballard 1965:61-68). Es stellt sich die Frage nach den Hintergründen der Zusammenarbeit von Diagne und Hunkanrin. War Hunkanrins Meldung zur Armee Ausdruck seiner persönlichen Überzeugung oder Resultat seiner schwierigen persönlichen Situation, hervorgerufen durch seine Verurteilung? Aus Diagnes Sicht war die Einbindung Hunkanrins von großem Vorteil. Er konnte sich auf diese Weise einen Kritiker seiner Politik direkt kontrollieren, was den Schluss eines Zweckbündnisses naheliegend erscheinen lässt (McDougall 1989:295). Hunkanrin hatte das Ziel, in Paris zu bleiben und ein Studium zu beginnen. Das Ansuchen dazu wurde aber von den Behörden abgelehnt und es drohte ihm die Abschiebung nach Afrika (Derrick 2008:122). 1920 setzte er sein aktives politisches Wirken fort und gründete mit *Le Messenger Dahoméen* die erste in Frankreich erscheinende afrikanische Zeitung. Er stand der PCF sehr nahe, einer seiner Mitarbeiter, Max Bloncourt, war auch kommunistischer Funktionär. Die Blattlinie unterstützte die Assimilation, ohne jedoch das Kolonialsystem selbst zu verschonen. Er forderte in seiner Kritik die vollkommene Gleichstellung zwischen allen Menschen unter französischer Herrschaft (Geiss 1968:238). Im selben Jahr kehrte er in seine Heimat zurück, wo er wegen subversiven Handlungen eingesperrt wurde. Dies ließ ihm jedoch nicht davor zurückschrecken, gleich nach seiner Freilassung eine neuerliche Pressekampagne gegen den Lieutenant Gouverneur zu starten (Conklin 1997:160). Im Jahr 1921 bemühte er sich um die Gründung einer Organisation für Westafrikaner und nahm am Zweiten Panafrikanischen Kongress teil. Den Ansichten von Marcus Garvey stimmte er in vielen Belangen zu und er gehörte auch zu der Gruppe der *Action Coloniale*, aus welcher sich noch im selben Jahr die *Union Intercoloniale* bilden sollte. Diese fungierte als eine Sammelorganisation für Emigranten aus dem Kolonialreich (Geiss 1968:238f). Ob er selbst an ihrer Gründung, bevor er nach Afrika zurückging, direkt beteiligt war, ist nicht gesichert, aber sehr naheliegend (Derrick 2008:127). In der *Union Intercoloniale* versammelten sich viele Akteure, die auch später eine aktive Rolle übernehmen sollten, unter ihnen z.B. Lamine Senghor, Tiémoko Garan Kouyaté, Nguyen Ai Quoc, der als Ho Chi Minh berühmt wurde, oder Emile Faure. Die Gruppe hatte gute Kontakte zur PCF. Sie

besuchten Abendkurse die von der kommunistischen Partei angeboten wurden (Geiss 1968:239) und Ho Chi Minh war bei der Gründung der *Section Coloniale* anwesend (Taoua 2003:152). Die *Union Intercoloniale* agierte antikolonialistisch, vor allem mittels der von ihr und durch Unterstützung der PCF publizierten Zeitung *Le Paria*, an welcher auch René Maran mitarbeitete (Geiss 1968:239). Die erste Ausgabe beschäftigte sich unter anderem mit dem Wirken von Hunkanrin, was seine Verbundenheit zu diesen politischen Akteuren unterstreicht (Derrick 2008:131). 1923 wird Hunkanrin in seiner Heimat in Folge von Protesten gegen die Kolonialverwaltung verhaftet und verurteilt (Suret-Canale 1969:564).

### **7.3 Die Hochphase des organisierten französischen Antimperialismus**

Der französischen Regierung blieben diese Anfänge antikolonialistischer Bewegungen nicht verborgen. Die Existenz kolonialer Migranten in der Metropole wurde als direkte kommunistische Bedrohung gewertet und polizeilich überwacht. Verbunden mit den revolutionären Entwicklungen in Indochina führte dies zur Überzeugung für eine Gefährdung des französischen Imperiums. 1922 war sich die Regierung sicher, sechs Gruppierungen mit antikolonialer Ausrichtung identifiziert zu haben, die alle in engem Kontakt zur PCF standen. Lamine Senghor, Ho Chi Minh und Max Bloncourt standen im Mittelpunkt dieser Überwachungen (Thomas 2005:944ff). Diese Reaktionen der Regierung bestätigen die Annahme, dass die prinzipielle antikolonialistische und antimilitaristische Ausrichtung der französischen Kommunisten zu einer direkten Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat führen musste. In der Entwicklung der PCF zeigt sich, dass die Zunahme antiimperialistischer Handlungen in einer direkten Korrelation mit dem Erstarken des linken Flügels der Partei stand. 1921<sup>10</sup> und 1923<sup>11</sup> waren erste Höhepunkte des politischen Kampfes gegen den Militarismus. Die Verbindung dieses Anliegens mit dem Thema der Kolonialpolitik erfolgte 1925 durch die kriegerische Auseinandersetzung, im Rahmen des Rif-Krieges, in Marokko. Hatte

---

10 Junge Mitglieder der PCF fürchteten 1921 den Ausbruch eines neuen Krieges. Ihrer antimilitaristischen Überzeugung folgend, forderten sie die zukünftigen Rekruten dazu auf, die Einberufung zu verweigern und sich nicht zur Bekämpfung von Streikbewegungen bzw. gegen ein revolutionäres Deutschland oder Russland einsetzen zu lassen (Moretimer1984:152).

11 Angeführt von den Jungen Kommunisten, aber mit Unterstützung der PCF, wurde eine Kampagne gegen die Besetzung des Ruhrgebiets gestartet. Das Ziel war, durch kommunistische Propaganda die Soldaten gegen einen Krieg zu stimmen und für den Fall eines neuerlichen Kriegsausbruchs, die Militärpläne mittels Streiks und Sabotage zu durchkreuzen (Moretimer1984:152f).

die PCF in den vorangegangenen Jahren noch Probleme, ihre Mitglieder von der Unterstützungswürdigkeit kolonialer Befreiungsbewegungen zu überzeugen, setzte sie nun geeinte Schritte (Moretimer 1984:152ff). Dieser Prozess ist in einem engen Zusammenhang mit den Beschlüssen der Kommunistischen Internationalen zu sehen. Der Dritte Weltkongress (1921) war vordergründig von den zunehmenden Problemen der europäischen Sektionen in Zusammenhang mit der Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung in Europa dominiert. Der revolutionären Bedeutung der Kolonialgebiete wurde nur wenig Aufmerksamkeit<sup>12</sup> zuteil (Claudin 1977:289). Am Vierten Weltkongress der Komintern (1922) sollte der Kampf gegen den Imperialismus wieder eine gewichtigere Rolle einnehmen. Besonders in Bezug auf die PCF gab es eine intensive Diskussion über die ausbleibenden Anstrengungen, revolutionäre Bewegungen in den Kolonien aufzubauen. Trotzki verlas einen Brief aus der Sektion Sidi-bel-Abbas, in welchem ein in Algerien lebender Franzose gegen eine Revolution in Nordafrika argumentierte. Der Schreiber warnte eindringlich vor der Gefahr eines Rückfalls in den Feudalismus, sollte die Revolution nicht zuvor in Europa stattfinden. Auch verbat sich die Sektion jegliche Einmischung durch die Komintern und reklamierte die Entscheidungshoheit, über das Vorgehen in den Kolonien, in ihre eigene Zuständigkeit. Trotzki nahm diesen Beweis der chauvinistischen Einstellung der PCF und ihrer Sektionen, sie hatte bis zum Weltkongress nicht auf dieses Schreiben reagiert, zum Anlass, auf ihre Mängel hinzuweisen. Er forderte sie nun auf, sich vermehrt um die Kolonisierten zu bemühen und sie auch bestmöglich zu unterstützen. Anstatt Kooperationen mit Gruppierungen einzugehen, die nationalistische und kapitalistische Ansichten in sich tragen würden, wie der verlesene Brief nahe legte, sollte der programmatische Schwerpunkt auf der proletarischen Jugend liegen (Scharinger 2003:124f). Diesen Kritikpunkten wurden am Dritten Kongress der PCF (20.-24. Jänner

---

12 Claudin sieht den Grund hierfür darin, dass die sowjetische Führung kurz zuvor die Neue Ökonomische Politik (NEP) implementiert hatte. Man erwartete sich von ihr ausländische Investitionen anziehen zu können, insbesondere aus England, mit welchem man ein Handelsabkommen unterzeichnet hatte. Eine öffentliche antiimperialistische Diskussion hätte diesem Vorhaben und auch den vertraglichen Bedingungen widersprochen (Claudin 1977:292). Scharinger widerspricht dieser Ansicht, da diese Begründung nicht mit dem kurz danach stattgefundenen Kongress der Werktätigen des Fernen Ostens in Einklang steht. Auch sei der Einfluss der sowjetischen Politik auf den Weltkongress zu diesem Zeitpunkt noch nicht groß genug gewesen, um eine Debatte, die frei und offen abgehalten wurde, in solch einer Weise kontrollieren zu können (Scharinger 2003:100f).



1924) in Form eines Berichts Rechnung getragen. Eine Einteilung der Kolonialgebiete in unterschiedlichste Kategorien, sollte adäquate Formen kommunistischer Aktionen ermöglichen, wobei Senegal aufgrund seiner gesellschaftlichen Entwicklung mit der Metropole gleich gestellt wurde. Besonders erwähnt wurde auch das Thema der kolonialen Migration nach Frankreich. Aus Sicht der PCF barg diese die Gefahr, eine „*schädliche Konkurrenz des Proletariats der Metropole zu werden und die guten Beziehungen zwischen Eingeborenen und Europäern zu beeinträchtigen*“ (PCF 1924a:93-96). Die Zuwanderung wurde als Folge der kapitalistischen Produktion bezeichnet, mit dem Ziel die revolutionären Bestrebungen der französischen Arbeiter zu schwächen. Dieser Tatsache könne nur durch eine Politisierung und Organisation der Kolonisierten entgegnet werden. Zusätzlich dazu beinhaltete der Bericht eine Reihe von Sofortmaßnahmen, die auch in den Kolonien wirksam werden müssten (PCF 1924a:93-96). Insbesondere müsse das koloniale Proletariat von der antiimperialistischen Tätigkeit der Kommunisten überzeugt werden:

Trotz des hohen Prozentsatzes von Analphabeten, der mageren Pressefreiheit, der sehr begrenzten Mittel verbaler Propaganda, die Schwierigkeiten verursachen, ist es deshalb leicht, durch eine groß angelegte und beständige Agitation, indem man sich aller Mitteln bedient, die uns zur Verfügung stehen [...] zu beweisen, dass die KP weder im Dienste des französischen Kapitalismus steht, noch in dem der eingeborenen Bourgeoisie, sondern dass sie im Gegenteil eine Kampforganisation gegen alles ist, was der Ausbeutung der Arbeiter dient oder sie unterstützt (PCF 1924a:93-96).

Wenige Tage vor dem Fünften Weltkongress der Komintern beschloss der erweiterte Parteivorstand der PCF nochmals eine Resolution. Darin wurde unter Anderem die Fortsetzung der Erziehungsarbeit in der kolonialen Frage angeführt, aber auch die „*Einbeziehung der eingeborenen politisch Verurteilten in die Forderung nach allgemeiner Amnestie*“ (PCF 1924b). Der Rechtsbeistand für bedrängte Afrikaner, war eine Hilfe, die immer wieder angewandt wurde und auch bei den hier behandelten Akteuren ersichtlich wird.

Während die wenigen Sektionen im französischen Kolonialreich von weißen Siedlern dominiert waren, gelang es der PCF in der Metropole vermehrt, Unterstützer aus der Gruppe der Migranten für sich zu gewinnen. Dies kann man als Folge der zuvor aufgezeigten Schritte in Richtung einer internationalisierten Politik ansehen. Einen endgültigen Bruch mit dem PCF Engagement der frühen Jahre brachten die ausbrechenden Kolonialkriege von 1925 mit sich. (Moretimer 1984:154). Gleichzeitig

markieren sie den Beginn der Hochphase kommunistischer Beteiligung am aktiven antikolonialen Diskurs (Derrick 2008:151).

Nach dem Ersten Weltkrieg verlor Spanien die Kontrolle über den Nordteil Marokkos, wo sich nach der Niederlage der spanischen Armee ein neuer unabhängiger Staat gebildet hatte. 1924 entschied sich die französische Regierung, geführt vom *bloc national*, der ehemaligen spanischen Kolonialmacht zu Hilfe zu kommen. Das Ziel war die Rif-Kabylen, als Führer dieses befreiten Marokkos, zu stürzen und die alte Ordnung wieder herzustellen. Auch der Wahlsieg des *Cartel des Gauches*, bestehend aus Sozialisten, Radikalen und Republikanischen Sozialisten, änderte nichts an dieser imperialistischen Politik. 1925 weitete sich diese Unterstützung zu einem erbittert geführten Kolonialkrieg aus, der erst ein Jahr später enden sollte. Seit 1924 mehrte sich aber auch in Syrien der Unmut gegen die französische Fremdherrschaft. Wie in Marokko, wurde Frankreich auch in Syrien in eine kriegerische Auseinandersetzung verwickelt. Nachdem sich Teile der Protektoratsbevölkerung bewaffnet hatten, versuchte die Kolonialmacht unter Anwendung von Luftschlägen gegen Damaskus wieder die Kontrolle zu erlangen (Moneta 1968:24).

Die Proteste gegen den Krieg nahmen im Herbst 1924 ihren Ausgang mit einem Aufruf der französischen und spanischen kommunistischen Jugendorganisationen. Sie riefen die Soldaten dazu auf, die Aggression einzustellen und sich dem Befreiungskampf anzuschließen. Die Ausweitung auf eine landesweite Kampagne erfolgte durch die PCF im Frühjahr 1925. Sie forderte sofortigen Frieden, den Abzug aller Truppen aus Marokko, die Unabhängigkeit des Rif – Gebietes und eine Verbrüderung zwischen den Soldaten. Die Bewegung manifestierte sich in der Abhaltung einer Vielzahl von öffentlichen Versammlungen, mit dem Ziel eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen. Zum größten Teil scheiterte man mit diesem Vorhaben. Es gelang zwar, einen Teil der linken Mitglieder der SFIO dafür zu gewinnen, aber insgesamt war die Stellung des Militärs zu sehr in der Bevölkerung verankert, um eine dominante Oppositionspolitik formen zu können. Die Analyse der kommunistischen Anstrengungen offenbart auch die überproportionale Gewichtung des Antimilitarismus im Vergleich zu den antikolonialistischen Elementen. Abd el-Krim, der Anführer des Unabhängigkeitskampfes, wurde auch von linken Intellektuellen, besonders bei assimilierten Akteuren, als Despot wahrgenommen. Eine Ablehnung, die sich noch

zusätzlich mit der Angst vor einem Erstarren des Islams verband. Die Proteste blieben somit vorwiegend auf die PCF und ihre Sympathisanten beschränkt. Mit Hilfe eines Generalstreiks, der jedoch erst für den Herbst 1925 geplant war, erhoffte man eine Dynamisierung auszulösen (Derrick 2008:152-156). Die relativ lange Vorbereitungsphase für den Streik gab der Regierung die Möglichkeit, gegen die PCF vorzugehen und die politische Agitation so weit zu schwächen, dass der Streik den letzten Höhepunkt dieser Kampagne markierte (Mortimer 1984:156). Den Kommunisten wurde vorgeworfen, sie würden die Gegner Frankreichs mit Geld und Waffen versorgen, eine Anschuldigung, die nie bewiesen werden konnte. Den Aufruf zur Arbeitsniederlegung folgten weit weniger Arbeiter, als man von Seiten der PCF erhofft hatte. Gleichzeitig ist dieser Streik der Einzige in der europäischen Geschichte, der gegen einen Kolonialkrieg gerichtet war (Derrick 2008:155f).

Von Seiten der Kolonisierten gab es vor allem am Ende viel Kritik an den von der PCF durchgeführten Aktionen. Einerseits vermissten sie eine breitere Solidarisierung und mehr Bereitschaft, sich direkt in Konfrontation mit dem System zu begeben, andererseits sahen sie die fehlende Einbindung afrikanischer Aktivisten als Problem an. Es verfestigte sich bei den Kritikern der Eindruck, dass für die europäische kommunistische Bewegung nicht die Befreiung der Kolonien im Vordergrund stand, sondern dass die Mobilisierung der Massen in erster Linie der Durchsetzung metropolitaner Interessen diene. Als direkte Konsequenz zerbrach die *Union Intercoloniale*, womit die PCF ihr bislang effektivstes Element in der Organisation der kolonialen Zuwanderer verlor (Moretimer 1984:157).

#### **7.4 *Les Continents*: politische Internationalisierung in der Diaspora**

Die Kampagne gegen den Rif-Krieg bedeutete nicht nur einen Höhepunkt der antikolonialen Aktion der PCF, sondern führte auch bei vielen Afrikanern zu einer erhöhten politischen Aktivität. Unter anderem fand sich eine Gruppe Afrikaner unter der Leitung von Marc Kodjo Tovalou Houénou zusammen und gründeten die *Ligue Universelle de Défense de la Race Noire* (LUDRN) (Derrick 2008:141). Houénou der als Fremdsprachen französisch, englisch und deutsch fließend beherrschte, wurde 1887 in Porto Novo, Dahomey, geboren. Er entstammte einer elitären Familie und war angeblich verwandt mit dem ehemaligen König von Dahomey (Langley 1973:291). Sein Vater, ein wohlhabender Händler, unterstützte und profitierte direkt von der Eroberung

Dahomeys durch die Franzosen (Geiss 1968:239). Tovalou Houénou ging in Bordeaux zur Schule und studierte danach Medizin und Rechtswissenschaften (Derrick 2008:142). 1911 wurde er in die Pariser Anwaltskammer aufgenommen und erhielt 1915 die französische Staatsbürgerschaft (Geiss 1968:239). Ebenso war er ein gerne gesehener Gast in gehobenen metropolitanen Gesellschaftskreisen. Für ihn implizierte dies einen persönlichen Konflikt. Einerseits betonte es seinen hohen Grad an Assimilation und seine Verbundenheit zur französischen Nation, andererseits war er sich aufgrund seiner Familiengeschichte, der besiegte König von Dahomey wurde von Frankreich in das Exil verbannt, früh den Unzulänglichkeiten der existierenden politischen Ordnung bewusst. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, bei welchem er sich zur Armee gemeldet hatte, blieb er in Paris und veröffentlichte 1921 sein erstes Buch *L'involution des métamorphoses et des métempsychoses de l'univers*<sup>13</sup>. Langley bezeichnet es als einen Vorgänger der späteren *Négritude*<sup>14</sup>. Die zentralen Themen sind die Verbundenheit zwischen Sprache und Kultur, wobei er den vorherrschenden Eurozentrismus und dessen Überzeugung der europäischen kulturellen Überlegenheit kritisierte. Houénou vertrat die Überzeugung, dass jede Kultur ein Teil eines gemeinsamen Ganzen sei und damit zu einer universellen Zivilisation beitragen würde (Langley 1973:291f). Im selben Jahr noch kehrte er in seine Heimat zurück. Die koloniale Situation und Gespräche mit Weltkriegsveteranen bestärkten seinen Zweifel an der französischen Kolonialpolitik. Nach seiner Rückkehr engagierte er sich vermehrt in politischen Fragen und knüpfte auch Kontakte mit der PCF (Geiss 1968:239), blieb aber gegenüber Frankreich loyal. Er setzte sich für eine engere Bindung zwischen Kolonien und Metropole ein und forderte eine gesellschaftliche Modernisierung Afrikas, sowie die politische Gleichberechtigung für alle Afrikaner (Derrick 2008:142). Eine entscheidende Wendung brachte ein Vorfall im Jahr 1924. Houénou wurde Opfer eines rassistischen Übergriffs durch US-amerikanische Touristen, die so geschockt waren, einen Afrikaner in Abendgarderobe zu sehen, dass sie ihn der Lokalität verwiesen (Langley 1973:294f). Als Folge trat

---

13 Houénou, Kojo Tovalou (1921): *L'involution des métamorphoses et des métempsychoses de l'univers*. Paris

14 Die Entstehung der *Négritude* ist als „[...] eine Reaktion auf den rassistischen Charakter des Kolonialsystems bzw. der Herrschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und seinen Kolonien (...)“ (Sarr 2011:233) zu sehen. Die *Négritude* war eine Emanzipationstheorie mit starkem literarischem Bestandteil. Das Ziel war die Rehabilitierung der Afrikaner im Rahmen einer transnational aufgebauten Ideologie, die sich auf eine positive Besetzung des „Schwarz seins“ bezog (Sarr 2011:40, 230-233).

Houénou der *Union Intercoloniale* bei und verarbeitete seine Erlebnisse in Beiträgen der *Action Coloniale*. Gemeinsam mit René Maran hielt er unter dem Titel *Le problème de la Race Noire* Vorträge für Afrikaner in der Diaspora. Die Gründung der LUDRN erfolgte am 30. April 1924. Er wurde deren Vorsitzender und Maran unterstützte ihn in der Position des Stellvertreters (Geiss 1968:239). Im Rahmen der LUDRN wurde auch die Zeitung *Les Continents*, die erste Ausgabe erschien im Mai 1924, herausgegeben. Darin wurden die französischen republikanischen Ideale vertreten, aber gleichzeitig Frankreichs Politik der kolonialen Unterdrückung verurteilt. Insbesondere Blaise Diagne war immer wieder Ziel neuer Angriffe. Egonu beschreibt die Ausrichtung und Ziele der *Ligue* im Vergleich zu Diagnes organisatorischem Wirken:

The Ligue and its organ were vocal, militant and anti-colonialist in their defense of black identity and dignity and contemptuous of pseudo- black associations such as the Association Panafricaine, led by black Deputies Diagne [...] who wanted to promote French colonialism in Africa (Egonu 1981:252).

Houénou forderte in einem der ersten Artikel die vollkommene politische Gleichstellung, ansonsten gebe es nur die Alternative der Selbstverwaltung und Loslösung der Kolonien von der Metropole (Derrick 2008:144f). Bereits im Juli 1924 gelangten einige der Zeitungen nach Westafrika und wurden von der Kolonialverwaltung als antikolonialistische Bedrohung eingestuft (Langley 1969:75). Houénou war auch ein Befürworter der Theorien von Garvey, dessen Reden er in der *Les Continents* abdrucken ließ und um Unterstützung für Garveys Projekte warb (Geiss 1968:239). Der Anspruch der Zeitung, ein verbindendes Element zwischen den Kontinenten zu sein und damit auch den unterschiedlichsten afrikanischen emanzipatorischen Bewegungen zu dienen, wird in dieser Kooperation deutlich (Egonu 1981:247). 1924 unternahm Houénou eine Reise in die USA, wo er Teilnehmer am Kongress der *Universal Negro Improvement Association* (UNIA) in New York war. In der von ihm gehaltenen Ansprache verteidigte er Frankreich für dessen Gerechtigkeit, die eine Garantie dafür wäre, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe den gleichen Stellenwert hätten. Diese angebliche Abwesenheit von Rassismus ließ ihn Paris als Zentrum der afrikanischen Diaspora beschreiben<sup>15</sup> (Langley 1969:76f). Auch

---

15 Neben Houénou verbreiteten auch René Maran und einige andere afrikanische Intellektuelle das Bild des toleranten Paris. Im Kontrast zu den rassistischen Gesetzen und Übergriffen in den USA erschien Paris als geeigneter Zufluchtsort. Gerade für jene Afrikaner die von der Idee der *Mission*

mit Du Bois gab es ein Treffen in den USA und Gespräche über dessen panafrikanistischen Positionen. Während der Abwesenheit von Houénou veröffentlichte die *Les Continents* einen Artikel über Diagne, in dem ihm unter dem Titel *Le Bon Apôtre* persönliche Bereicherung auf Kosten der Afrikaner vorgeworfen wurde (Derrick 208:145). Blaise Diagne klagte die Zeitung und gewann den Rechtsstreit für sich. Er beschuldigte die LUDRN der bolschewistischen Agitation und warf den Mitgliedern mangelnden Patriotismus vor. Gleichzeitig war das Verfahren der erste öffentliche politische Auftritt für Lamine Senghor, der gegen Diagne aussagte. Obwohl das Urteil nur in einer Geldstrafe endete, wurde die Zeitung nicht mehr weiter publiziert. Basierend auf der französischen Einschätzung ihrer marxistisch-revolutionären Haltung und den Unruhen, die in Teilen Westafrikas zunahmen, wofür man unter anderem *Les Continents* verantwortlich machte, wurde sie und ihre Trägerorganisation in die Illegalität getrieben. Die LUDRN und ihr Medium hatten keinen sonderlich großen realen Einfluss auf die Politik, auch nicht auf die Kolonien, da sie dort sehr schnell verboten wurden. Es gelang ihnen aber, in Gestalt von Maran, Kouyaté und Senghor, die Integrität von Blaise Diagne nachhaltig zu untergraben (Langley 1973:299f). Sein Ansehen und Prestige war insbesondere unter den nationalistischen Akteuren nachhaltig erschüttert. Houénou musste 1925 auf Betreiben der Behörden nach Dahomey zurückkehren (Geiss 1968:240). Während seines Aufenthalts in den USA wurde er Zeuge des gelebten Rassismus. In seinem Bestreben, sich für seine „Rasse“ einzusetzen und desillusioniert von der Kolonialmacht, versuchte er 1925 gemeinsam mit einer Gruppe anderer Afrikaner erfolglos Dahomey zu befreien (Langley 1973:300). Während er als Folge dieser antikolonialen Aktion in Togo eingesperrt war, ergriff die LUDRN und auch die *Commission Coloniale* der PCF Partei für ihn. Seine politischen Aktivitäten konzentrierten sich später auf Senegal. Bei den Wahlen 1928 und 1932 unterstützte er den oppositionellen Diouf<sup>16</sup> gegen Diagne (Langley 1969:79). Nachdem Diouf an die Macht kam, brach er mit diesem und schloss sich der politischen Kampagne von dessen Herausforderer Lamine Guèye an (Person 1979:86). Die

---

*civilisatrice* überzeugt waren implizierte das französische Modell zumindest in der Theorie mehr Freiheiten und Rechte als das englische Kolonialsystem (Sharpley-Whiting 2002:32).

16 Galandou Diouf (1875-1941) war ein senegalesischer Politiker, der die Kandidatur von Diagne (1914) unterstützte. 1928 gründete er die *Parti de Galandou Diouf* (Sarr 2011:117, 176) und wurde ein Herausforderer von Diagne. Nach dessen Tod wurde er Deputierter, unterschied sich aber in seinen politischen Ansichten kaum von Diagne (July 2004:413).

Bedeutung von Houénou und seiner Zeitung liegt insbesondere darin, dass sie als Vorbild und Bezugspunkt für die später folgenden Organisationen und Publikationen dienten (Geiss1968:240).

### **7.5 Lamine Senghor: Marxistischer Kampf gegen die nationale Bourgeoisie**

Im März 1926 gründete eine kleine Gruppe an Gegnern Diagnes und der von ihm vertretenen Kolonialpolitik, das *Comité de Défense de la Race Nègre* (CDRN) (Langley 1973:300). Unter der Leitung von Lamine Senghor, ein 1889 in Joal geborener Senegalese, stieg sie zur Nachfolgeorganisation der LUDRN auf. L. Senghor war Sohn einer Bauernfamilie und besuchte höchstwahrscheinlich nie eine Schule, seine Kenntnisse der französischen Sprache erlernte er während seiner Zeit als Soldat. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurde ihm durch seine Erlebnisse als Laufjunge in Dakar und seiner Zugehörigkeit zu den *Sujet français*, der diskriminierende Charakter des herrschenden Systems bewusst (Sarr 2011:32). Die gesellschaftliche Dynamik in Folge der Rekrutierungsaufrufe durch Diagne ließ auch ihn eine freiwillige Meldung für die französische Armee abgeben. Da er kein Mitglied der privilegierten Gruppe der *Originaires* war, wurde er den *Tirailleurs Sénégalais* zugeteilt. Die Kriegsteilnahme überlebte er mit einer bleibenden Verwundung, ermöglichte ihm aber in Dakar die französische Staatsbürgerschaft anzunehmen. 1921 ging Senghor, zu diesem Zeitpunkt noch kaum politisiert, nach Paris und heiratete die Französin Eugénie Comont (Sarr 2011:34). Durch die Bekanntschaft mit zwei Senegalesen trat er 1924 der *Union Intercoloniale* bei. Fungierte er noch in den ersten Monaten als Polizeispitzel für die Überwachung dieser kommunistischen Organisation, zeigt sich mit dem Jahr 1925 ein radikaler Wechsel seiner Ansichten. Seine Beendigung der Kooperation mit dem Sicherheitsapparat und sein Eintritt in die PCF zeugen von einem sich rapide herausbildenden emanzipatorischen Bewusstsein. L. Senghors Engagement in der PCF wird in Gestalt seiner Kandidatur für den Pariser Gemeinderat deutlich, auch wenn er nicht die notwendigen Stimmen für ein Mandat erhielt. Ab Dezember 1925 übernahm er den Unterausschuss der *Commission Coloniale* für Westafrika. Er war der Überzeugung, dass sich die PCF in ihrer politischen Arbeit betreffend der Kolonisierten, nicht auf die Verbreitung antikolonialistischer Ansichten beschränken dürfte, sondern die Bekämpfung des Kapitalismus selbst und der legitimierenden assimilationistischen Kolonialdoktrin im Mittelpunkt zu stehen hätten. Daraus folgte sein Bestreben, aus der

Kolonialbevölkerung militante Kommunisten zu formen und die nationale Unabhängigkeit durch eine internationalistische Bewegung zu erreichen (Sarr 2011:32-37). Seine Ansichten mussten ihn zwangsweise in Gegnerschaft zu Blaise Diagne bringen. Senghors Rede zur Verteidigung von Maran während des Prozesses mit Diagne, basierte noch auf dem emotionalen Muster des enttäuschten ehemaligen Soldaten, der sich und seine Kameraden um den gerechten Lohn betrogen fühlte. Er arbeitete diese Erfahrung in Form eines Beitrags für *Le Paria* auf, in dem sein Hass und seine Wut gegen Diagne, aus seiner Sicht ein Verräter am eigenen Volk, spürbar wurde. Politisch wirkte er insbesondere in der *Union Intercoloniale* weiter, für welche er Reden und Vorträge mit dem Ziel hielt, die Hintergründe der *Mission civilisatrice* zu entlarven (Sarr 2011:48f). Die Erfahrung einer eingeschränkten Rechtssicherheit, die er während des Diagne Prozesses in sich aufnahm, ließ ihn die *Ecole Coloniale Communiste* besuchen und ermöglichte ihm, seine Reden nach marxistischen Argumentationslinien aufzubauen sowie seine Kritik auf eine theoretische Ebene zu heben (Sarr 2011:34,50). Senghors Bekanntheit als Politiker ließ ihn, den ehemaligen Spitzel, nun selbst unter ständiger Polizeiüberwachung stehen. Als er 1925 nach Senegal zurückkehren wollte<sup>17</sup>, brach er dieses Vorhaben im letzten Moment ab, da er befürchten musste, dort der Willkür des Generalgouverneurs ausgesetzt zu sein. In der Metropole boten ihm seine Bekanntheit und seine politische Zugehörigkeit einen gewissen Schutz, auch wenn von Seiten der Administration die Aberkennung seiner zivilen Rechte betrieben wurde (Sarr 2011:36). Senghors politisches Schaffen war nationalistischer Natur und konzentrierte sich auf seine Heimat Senegal. Eingebettet in einen Internationalismus, der den gemeinsamen revolutionären Kampf von Afrikanern und Franzosen gleichermaßen vorsah, versuchte er von Paris aus kommunistische Strukturen in der Kolonie aufzubauen. Eine sich verändernde revolutionäre Theorie innerhalb der europäischen Kommunisten ließ die Frage nach der Vereinbarkeit seiner Überzeugungen mit jenen der PCF aufkommen. Stalins Machtergreifung brachte einen Wandel mit sich, der jegliche Kooperation mit nationalistischen Gruppierungen ausschloss und somit in einem direkten Widerspruch zu der bisherigen Politik der Komintern stand. Für Senghor

---

17 Über die Hintergründe seiner geplanten Rückkehr ist wenig bekannt. Die zeitlichen Überschneidungen mit einem Streik afrikanischer Eisenbahner, mit welchem sich auch europäische Arbeiter solidarisierten, gibt zu der Vermutung Anlass, dass er die Chance gesehen hatte in diesem politischen Klima Wirkungskräfte zu entfalten (Sarr 2011:56).



stiegen die Unvereinbarkeiten mit seiner Partei aber auch außerhalb der Thematik revolutionärer Bündnisstrategien an. Die Protestaktionen gegen den Rif-Krieg offenbarten ihm die eurozentristische Sichtweise der PCF. Zusätzlich dazu bedeutete die strukturelle Angleichung der PCF an die KPdSU eine Hinwendung auf europäische nationale Themen. Fragen der nationalen Befreiung wurden eine interne Angelegenheit der kommunistischen Partei, Bewegungen außerhalb dieser wurden als bourgeois diffamiert. Senghors persönlicher Bruch mit der PCF geschah als Reaktion auf deren Verbot der Teilhabe ihrer afrikanischen Mitglieder am *American Negro Labour Congress* (ANLC) (Sarr 2011:58-62). 1926 gründete Senghor, nachdem er aus der PCF ausgetreten war, die CDRN und die von ihr herausgegebenen Zeitung *La Voix des Nègres* (Derrick 2008:217). Bei der CDRN handelte es sich um eine Sammelbewegung für alle „Schwarzen“. Sie fühlte sich programmatisch dem Gleichheitsprinzip und damit einhergehend dem Kampf gegen Rassismus verpflichtet. Indem er den Begriff *Nègre* selbst aktiv verwendete, versuchte er dessen negativer Konnotation zu entgehen. Gleichzeitig sollte es als einendes Element für alle „Schwarzen“ fungieren, unabhängig der politischen Gesinnung (Sarr 2011:63f). Den Kolonialismus gedachte er, durch ein Bekenntnis zur eigenen „Rasse“ und einer Politisierung des Zentrum-Peripherie-Verhältnisses zu bekämpfen. In dieser Hinsicht sah er auch das Erlernen der metropolitanen Sprache als einen Akt der Assimilation an, den es abzulehnen galt (Sarr 2011:44, 65). Die Öffnung der CDRN auch für die assimilierte Bourgeoisie unterstreicht seine Abwendung von der kommunistischen Politik. Dazu gehörte auch die Entideologisierung seiner politischen Aktion und einer Ausklammerung des Zieles der Lostrennung von der Metropole. Nationalismus definierte Senghor im Kontext des Panafrikanismus und der internationalen Solidarität. So konnte er eine Organisation ohne ethnischer Abgrenzung oder Differenzierungen anhand politischer Machtrealitäten erschaffen. Die Wiedererlangung der Würde des eigenen Volks sollte dazu beitragen, der vorherrschenden Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht im Angesicht der Ungleichheit der Kräfte zwischen Kolonisierten und Unterdrückern zu überwinden. Diese Form des Nationalismus hatte die Funktion einer Spezifizierung des „Schwarzen“ Selbstbildes im Gegensatz zur dominanten Stellung des europäischen kapitalistischen Selbstverständnisses. Es ging somit um die Konstruktion einer nationalistischen Ideologie, ausgehend von einem gelebten Antikolonialismus (Sarr 2011:71f).

Da der Entwicklungsprozess auf dem afrikanischen Kontinent durch das Kolonialsystem unterbrochen worden war, musste eine ethnische wie auch sprachliche Gemeinschaft konstituiert werden, um die Entfaltung eines gemeinsamen antikolonialistischen Diskurses zu ermöglichen (Sarr 2011:72).

Die Bildung einer Nation, als Gesamtheit einer Schicksalsgemeinschaft, ist als Ergebnis der nationalistischen Bewegung anzusehen, ohne dass die nachfolgende Existenz einer Nation zwingend wäre (Sarr 2011:72, 114).

Die Integration assimilierter Akteure in die CDRN, die weiterhin kommunistisch geprägt war, bedingte ihre interne Heterogenität. Die Frage nach kolonialer Unabhängigkeit, ein Thema dem die *assimilés* ablehnend gegenüber standen, führte 1927 zur Spaltung der CDRN (Sarr:2011:74). Zuvor hatte Senghor noch am Brüsseler Kongress der *League Against Imperialism* teilgenommen, wo er die *Kommission für die Negerfrage* leitete. Dies zeigt, dass er trotz seines Austrittes aus der PCF, sich der kommunistischen Bewegung weiterhin verbunden fühlte (Geiss 1968:241). Im Mai desselben Jahres gründete Senghor mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung der PCF die *Ligue de Défense de la Race Nègre* (LDRN). In ihr wirkten viele Kommunisten des linken Flügels mit, wodurch sie zu der afrikanischen Organisation mit dem größten kommunistischen Einfluss der französischen Zwischenkriegszeit werden sollte. Diese Stellung der PCF ergab sich vor allem aufgrund der finanziellen Abhängigkeit von Seiten der LDRN. Mittels einer eigenen Zeitung, *La Race Nègre*, publizierten Senghor und seine Gleichgesinnten (Derrick 2008:219) Artikel mit militanter Ausrichtung. Dabei bedienten sie sich einer vorkolonialen Identität und versuchten den politischen Kampf von der Metropole in die Kolonien zu verlagern (Sarr 2011:76). Die Gründung von LDRN-Sektionen in Senegal und anderen unter Fremdherrschaft stehenden Gebieten, war ohne Zweifel eine von Senghors organisatorischen herausragenden Leistungen (Sarr 2011:117). Unter Anderem schlossen sich diesen Zellen des nationalistischen Widerstandes Galandou Diouf, Tovalou Houénou und Lamine Guèye an (Derrick 2008:222). Im Juni 1927 veröffentlicht Senghor sein Buch *La Violation d'un pays*<sup>18</sup>. Gleichnishaft beschrieb er darin, unter Bezugnahme auf Diagne, die koloniale Wirklichkeit und rief gegen die Rekrutierung afrikanischer Soldaten auf. Die Schrift endet mit der Revolution der

---

18 Senghor, Lamine (1927): *La Violation d'un pays*. Mit einem Vorwort von Paul-Vaillant Couturier. Bureau d'Editions, de Diffusion et de Publicité, Faubourg Saint-Denis: Paris

Unterdrückten (Derrick 2008:220). Lamine Senghor starb am 25. November 1927 an den Folgen seiner Kriegsverletzung (Sarr 2011:118). In den wenigen Jahren, die ihn zur Verwirklichung seiner politischen Ziele zur Verfügung standen, erschuf er einen fundamentalen Beitrag für den emanzipatorischen Prozess Afrikas. Die Betonung des ethnischen Charakters des politischen Kampfes und die Notwendigkeit einer nationalistischen Organisation für die „Schwarzen“ machten ihn zu einem Vorläufer der *Négritude* Bewegung (Sarr 2011:65). Seine besondere Bedeutung besteht darin, dass er sich für die Formulierung seiner Kritik europäischer Theorien bediente, ohne jedoch die afrikanischen Besonderheiten, hervorgehend aus der Situation der Unterdrückung, außer Acht zu lassen (Sarr 2011:115). Er erkannte und bekämpfte die durch die Fremdherrschaft entstandenen kulturellen Machtstrukturen, die beginnend mit der Sprache, bis hin zu der Bewertung einer angeblichen zivilisatorischen Reife bzw. Unreife, als Instrument der Verfügbarmachung einer elitären Bevölkerungsgruppe, diente. Erst dies ermöglichte der Metropole die Ausbeutung eines ganzen Volkes (Sarr 2011:91).

#### **7.6 Kouyaté: Fortsetzung des Emanzipationskampfes**

Nach Lamine Senghors Tod übernahm Tiémoko Garan Kouyaté, aus dem heutigen Mali stammend, als Generalsekretär die Leitung der LDRN (Langley 1973:307). Zur Seite stand ihm als Vorsitzender dieser Organisation Emile Faure. Faure stammte aus Saint Louis, einem Teil der *quatre Communes*. Sein Vater war im Senegal Manager eines französischen Unternehmens. Dadurch war es ihm möglich, eine schulische Ausbildung in Frankreich zu absolvieren und diese mit dem Erhalt eines Ingenieurdiploms abzuschließen (Derrick 2008:223). Beide Führungspersönlichkeiten der LDRN waren zuvor bereits aktive Mitglieder der CDRN gewesen (Langley 1973:307). Kouyaté versuchte 1928 einen eigenständigen Weg, ohne direkter Bindung an die PCF, zu gehen. Durch eine Annäherung an Marcus Garvey und dessen Bewegung, sowie durch Unterstützung der *League Against Imperialism* (LAI) sollte die finanzielle Handlungsfähigkeit auch ohne die Zahlungen der französischen Kommunisten gewährleistet bleiben (Derrick 2008:221). Kouyatés Motivation für diese Distanzierung lag in seiner Sorge über einen möglichen Verlust der politischen Unabhängigkeit, hervorgerufen durch einen beständigen Einflussgewinn der PCF (Sarr 2011:120). Programmatisch orientierte sich die LDRN in dieser Phase, sie sollte nur ein knappes

Jahr andauern, auf die Unterstützung panafrikanischer Ideen und der senegalesischen Opposition während des Wahlkampfes gegen Blaise Diagne. Innerhalb der militanten afrikanischen Gruppen in Frankreich gab es hinsichtlich der politischen Zielsetzungen viele Überschneidungen mit dem Programm der PCF, obwohl viele der afrikanischen Akteure sich selbst nicht als Kommunisten bezeichneten. Für die PCF war es ein deklariertes Ziel, diese Organisationen und Aktivisten in ihren Einfluss zu integrieren, da sie sich daraus einen direkten Zugriff auf die Kolonien erwartete (Derrick 2008:222). Ab den Jahren 1928/29 kam es zu einer Intensivierung kommunistischer Tätigkeiten in den Kolonialgebieten, ein Umstand der eine neuerliche Annäherung der LDRN an die PCF begünstigte (Sarr 2011:120). Auch die Tatsache, dass die kommunistische Partei finanzielle Mittel bereitstellen konnte, die auf anderem Weg nicht aufbringbar waren, Garvey hatte eine enge Zusammenarbeit zuvor abgelehnt, sicherte der PCF die Loyalität von Kouyaté (Derrick 2008:221f). Dennoch versuchte sich Kouyaté eine gewisse Autonomie zu erhalten und folgte nicht allen Vorgaben der PCF. 1930 widmet er nach einer gemeinsamen Strategiebesprechung seine Aufmerksamkeit den Hafendarbeitern von Bordeaux. Dort sollte er, so sah zumindest die Direktive der PCF aus, eine neue Sektion der LDRN gründen, mit dem Ziel das dortige afrikanische Proletariat politisch einzubinden. Stattdessen versammelte er die Arbeiter in neuen Gewerkschaften (Adi 2010:238) und trat damit in direkte Konkurrenz zur *Confédération Générale du Travail Unitaire* (CGTU). Die Reaktion der PCF folgte in der Beschuldigung, konterrevolutionäre Handlungen gesetzt zu haben (Derrick 2011:224). Inhaltlich verfolgte die LDRN viele Themen, die jenen von Garvey sehr ähnlich waren, unter anderem die Forderung nach politischer Unabhängigkeit und die Kritik an der westlichen Zivilisation, welche im Kolonialsystem sichtbar wurde. Nach der Überwindung der Fremdherrschaft sollten nationale Strukturen aufgebaut werden, mit dem anspruchsvollen Ziel, alle „Schwarzen“ in der LDRN zu vereinen. Diese Ideen basierten auf dem Grundgedanken eines afrikanischen „Zionismus“, der in der Errichtung eines modernen, den ganzen Kontinenten umfassenden Staat münden sollte. Diese panafrikanistische Nation sollte durch gelebte internationale Solidarität und der Rückbesinnung auf die historischen afrikanischen Wurzeln die Freiheit seiner Bürger gewährleisten (Geiss 1968:242f). Kouyaté vertrat die Meinung, dass die Afrikaner zu wählen hätten, welche Zukunft sie für sich anstreben: eine nach den Vorstellungen der

LDRN oder das imperialistische Modell, in erster Linie repräsentiert von Diagne, welches die Assimilation einzig als Schutz zur Durchsetzung metropolitaner Interessen betreiben würde (Langley 1973:311). In seinen Tätigkeiten war Kouyaté sehr auf die Vernetzung mit anderen Organisationen ausgerichtet. Im Juli 1929 nahm er an der LAI Konferenz in Frankfurt teil und hielt eine Rede gegen den französischen Kolonialismus. Anschließend begab er sich nach Berlin, um eine Niederlassung der LDRN zu gründen. Im August 1930 vertrat er in Moskau die LDRN am fünften Kongress der *Red International of Labor Unions* (RILU), auch Profintern genannt. Kouyaté blieb in der Folge noch drei Monate in der Sowjetunion und näherte sich in seinen Überzeugungen der sowjetischen Linie weiter an. Aus der Perspektive seiner politischen Gegner erschien die LDRN als verlängerter Arm Moskaus und manifestierte die bolschewistische Bedrohung Frankreichs (Derrick 2008:224). Während Kouyatés Abwesenheit kam es in Frankreich aber auch zu verstärkten Spannungen innerhalb der eigenen Organisation. Emile Faure, der dem konservativ-nationalistischen Flügel der LDRN angehörte und antikommunistisch agierte, übernahm die Macht, nachdem er sich bereits seit der Reintegration in den kommunistischen Einflussbereich mit der politischen Linie der LDRN unzufrieden gezeigt hatte (Sarr 2011:120f). Bereits 1928 konnte sich Faure die Namensrechte an der von der LDRN publizierten Zeitung *La Race Nègre* sichern (Derrick 2008:223), ein Umstand, der ihm nun zu Gute kam. Er verständigte die Polizei und Kouyaté wurde festgenommen und zeitweise eingesperrt (Langley 1973:318). Bei Hausdurchsuchungen in den Räumlichkeiten der LDRN und in der Wohnung des ehemaligen Generalsekretärs wurden Unterlagen und das Archiv beschlagnahmt. Es kam zum offenen Bruch zwischen den Unterstützern einer kommunistischen Orientierung und jenen Mitgliedern, die sich einer panafrikanischen Solidarität verpflichtet fühlten bzw. gegen die radikalen Positionen waren. Als Resultat des Zerwürfnisses produzierten ab 1931 beide Flügel der LDRN eigene Zeitungsausgaben der *La Race Nègre*, bis ein französisches Gericht die Rechtmäßigkeit des Anspruches von Faure auf den Titel der Zeitung bestätigte (Derrick 2008:225). Kouyaté gelang es, einen Teil seiner Sympathisanten aus der LDRN in die *l'Union Travailleurs des Nègres* mitzunehmen, mit denen er in Folge auch die Zeitung *Cri des Nègres* herausgab. Er nimmt auch am Sechsten Nationalen Kongress der CGTU teil und erklärte sich deren Absichten verbunden. Das Ziel müsse die Befreiung, aller

unterdrückter und diskriminierter Afrikaner, sowohl auf politischer wie auch ökonomischer Ebene, sein. Gleichzeitig konnte er seine Beziehung zu George Padmore, dem Leiter der Afrika-Sektion der Profintern, verbessern (Langley 1973:319). Gemeinsam kommen sie zu der Übereinkunft einer engeren zukünftigen Zusammenarbeit, die auch in dem Bestreben der Eingliederung jener afrikanischen Arbeiter in die CGTU, welche von Kouyaté in eigenen Gewerkschaften organisiert wurden, bestand (Adi 2010:239). Aus den Wahlen von 1932 ging die PCF stark geschwächt hervor. Die gemeinsame Basis zwischen Partei und Kouyaté verschlechterte sich kontinuierlich. Er stand vor der Entscheidung, trotz zunehmender Differenzen, Teil der PCF zu bleiben, oder um auch Afrikaner außerhalb der kommunistischen Organisationen ansprechen zu können, sein politisches Programm ideologisch zu öffnen. Die Wiederbelebung alter Kontakte zu nicht-kommunistischen afrikanischen militanten Gruppen, darunter auch zu seinen alten Weggefährten Maran und Faure, besiegelten das Ende seiner Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei. Die PCF warf ihm diese Wendung als Verrat vor und bezichtigte ihn betrügerischer Handlungen. Insbesondere mit Andre Ferrat, Leiter der Kolonalsektion der PCF und mit Eva Nuemann, einer Deutschen, die beratend für die PCF arbeitete, um dieser bei der Kontrolle afrikanischer militanten Gruppen zu helfen, hatten sich unüberbrückbare Auffassungsunterschiede gebildet (Derrick 2008:285). Kouyaté widmete sich nun der Ausbreitung kommunistisch-emanzipatorischer Ideen, speziell im Senegal und in seiner Heimat Französisch-Sudan (aktuell Mali). Seine Erkenntnis, dass die Bekämpfung der Assimilationspolitik durch eine radikale Bewegung der nationalen Befreiung erfolgen müsste, welche auf einem solidarischen Panafrikanismus zu beruhen hätte, um die Fremdherrschaft und Ausbeutung beenden zu können, ließ ihn zu einem Nachfolger der Theorien von Lamine Senghor werden (Sarr 2011:122f).

## **8. Stalin: von der Linkswende zur Front Populaire**

Am Vierten Weltkongress der Komintern wurde noch die Notwendigkeit einer Weltrevolution eingemahnt, um den vollständigen Sieg des Sozialismus zu ermöglichen. Sollte sich die Revolution weiterhin nur auf ein Land beschränken, würde dies nicht ausreichen. Insbesondere traf dies auf die Sowjetunion zu, da es sich bei ihr um ein Land handelte, welches eigentlich nicht die notwendige hochstehende kapitalistische Entwicklung aufwies, die zur Überwindung des Kapitalismus unumgänglich erschien. Der Boden der traditionellen marxistischen Theorie wurde mit Lenins Tod endgültig verlassen (Claudin 1977:78f). Stalin versuchte nach seiner Machterlangung die Durchführbarkeit des *Sozialismus in einem Land* nachzuweisen. Dazu stützte er sich auf aus dem Zusammenhang gerissenen Passagen aus Lenins Publikationen und revidierte nachträglich seine eigenen Schriften. Er wandte sich somit gegen die Ursprüngliche Theorie der permanenten Revolution auf Basis einer internationalistischen Ausrichtung des Klassenkampfes, hin zu einer Nationalisierung des Sozialismus. Dieses Vorgehen brachte ihn in direkte Konfrontation zu Trotzki's Ansichten (James 1993:156), der die entscheidenden Änderungen dieser neuen Ausrichtung aufzeigte. Er erkannte, dass mit der alleinigen Hinwendung der Komintern auf die Belange der Sowjetunion die Rolle zukünftiger Befreiungsbewegungen nur noch insoweit für die Komintern von Bedeutung wäre, wie es den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion entsprechen würde. Der Komintern käme in Zukunft alleine die befehlsempfängerische Aufgabe einer Schutzeinheit für den *Aufbau des Sozialismus in einem Land* zu (Trotzki 1993:43f). Stalins Sieg gegen die trotzkistische Opposition machte die Nationalisierung des Kommunismus zur tragenden Doktrin der Kommunistischen Internationale. Die UdSSR fungierte nun als ideologisches und materielles Zentrum einer zukünftigen internationalen Revolution. Auch wenn der Klassenkampf und die nationalen Befreiungsbewegungen weiterhin Themen innerhalb der Komintern blieben, waren sie mit dem sechsten Weltkongress endgültig als unterstützende Säulen für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion konzipiert. Zukünftige Revolutionen waren nach Stalins Interpretation nicht mehr zwingend notwendig. Die erstarkende Sowjetunion würde schon bald die kapitalistischen Länder in ihrer Entwicklung übertreffen, die dann aufgrund ihrer historisch determinierten Degenerierung und der Konkurrenz zum Sozialismus, von selbst eine entsprechende

Transformation durchleben würden (Claudin 1977:82, 84). Stalin konnte solch eine grundlegende Neuinterpretation des Marxismus aber nur erreichen, weil die Bolschewisierung der Komintern und der sowjetischen kommunistischen Partei bereits unter Lenin ein vorrangiges Ziel war. Ihren Ursprung nahm sie im Jahr 1920, als nach der Integration der vormals sozialistischen Parteien in die Komintern die vermeintliche Notwendigkeit entstand, einen neuen Parteitypus zu schaffen. Nachdem die reformistischen Mitglieder aus den Parteien entfernt wurden, ging man dazu über, die Zentralisierung der Macht voran zu treiben. Aus den ehemaligen sozialdemokratischen Parteien mit parlamentarischer Tradition wurde so ein straff organisierter und hoch disziplinierter Kader für die optimale Durchsetzung einer zukünftigen Revolution. Dies resultierte in einer hohen politischen Kampfkraft im Verhältnis zu relativ geringen Mitgliederzahlen (Moretimer 1984:98). In Bezug auf die Komintern war insbesondere zwischen dem Zweiten und dem Sechsten Weltkongress eine beständige Zentralisierung und damit verbundenen, eine Ausweitung der Vollmachten für das Exekutivkomitee (EKKI) zu verzeichnen. Dies umfasste u.a. die Möglichkeit für das EKKI, Mitglieder aus den nationalen Sektionen auszuschließen, Beschlüsse dieser Sektionen aufzuheben bzw. neu zu fassen. Die Entscheidungen des EKKI waren als bindend anzusehen (Claudin 1977:124). Für die PCF war dieser Prozess der Bolschewisierung ein sehr konfliktreicher. Viele ihrer Abgeordneten wollten sich der strengen Parteidisziplin nicht unterwerfen, wodurch die Partei immer wieder in Konflikt mit dem EKKI geriet (Moneta 1968:33). Der Zentralismus führte aber innerhalb der kommunistischen Bewegung zur steigenden Unfähigkeit, auf Veränderungen adäquat einzugehen bzw. sie rechtzeitig zu erkennen. Die Komintern war in ihrer Konzeption so aufgebaut, dass sie einzelne Interessen gegenüber einem übergeordneten Ziel zurückstellte. Die Konzentration auf die UdSSR bewirkte somit auch eine abnehmende Bedeutung kolonialer Themen in den internen Diskussionen. Da der Sitz des EKKI in Moskau war und die überwiegenden finanziellen Mittel auch aus der Sowjetunion kamen, ergab sich für diese eine relativ gute Möglichkeit der Einflussnahme. Diese Aspekte, verbunden mit den steigenden Befugnissen des EKKI gegenüber den nationalen Sektionen, führten zu einem Konformismus, der nicht mehr in der Lage war, die Lebensrealitäten in den verschiedensten Ländern wiederzugeben. Die Konsequenz für Befreiungsbewegungen in peripheren Ländern war, dass sie einerseits nicht mit entsprechender Unterstützung



rechnen konnten, da die Kommunikation zu zentralisiert und einseitig war, andererseits, ihre Emanzipationsbestrebung nur dann Unterstützung fand, wenn sie auch den politischen Bedürfnissen der UdSSR entsprachen (Claudin 1977:85f, 95, 125). Die finanziellen Möglichkeiten der russischen Partei gingen aber über die Einflussnahme auf die Komintern hinaus. Die Aufforderungen an die PCF, die propagandistischen Tätigkeiten zu erweitern und die Neuaufstellung der Partei, verbunden mit rückläufigen Mitgliederzahlen, brachten die PCF in zunehmende finanzielle Schwierigkeiten. 1927 benötigte die französische Sektion eine beträchtliche Subvention, um ihre Ausgaben decken zu können. Dies war im Ringen um politische Selbstbestimmung mit Sicherheit nicht vorteilhaft (Sarr 2011:52f).

### **8.1 *League Against Imperialism: Zeichen einer sich ändernden Politik***

Am Fünften Weltkongress der Komintern (1924) reagierten die Delegierten auf den ausbleibenden Erfolg in den kolonisierten und abhängigen Gebieten. In Zukunft sollten die dort stattfindenden kommunistischen Tätigkeiten zentral aus Moskau organisiert werden (Scharinger 2003:159). Aus diesem Vorhaben ging im Rahmen des Brüsseler Kongresses von 1927 die *League Against Imperialism*<sup>19</sup> (LAI) hervor. Organisator war der deutsche Kommunist Willi Münzenberg. Der Kongress wurde durch die Komintern finanziert, welche durch ihre verschiedenen Organisationen auch direkt vertreten war, aber selbst nicht die aktive Führung übernahm (Geiss 1968:253). Es war das Ziel der Komintern, dass die LAI als verbindende Organisation über Klassengrenzen hinweg in Erscheinung trat, insbesondere unter Einbindung intellektueller Akteure. In der LAI konnten somit nationale Befreiungsbewegungen und sozialistische Parteien integriert werden, mit denen man sonst keine gemeinsame Organisationsform hatte, um Ziele zu definieren und abzusprechen (Scharinger 2003:210). Der zweite Kongress der LAI im Jahr 1929 in Frankfurt, an dem auch Kouyaté teilnahm (Geiss 1968:258), war bereits von der sich verändernden kommunistischen Politik gekennzeichnet. Seit dem Fünften Weltkongress im Jahr 1924 (Claudin 1977:173) bis in das Jahr 1934/35 stand im Mittelpunkt der sowjetischen Politik die *Einheitsfront von unten*. Dies bedeutete die Verweigerung einer Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern reformistischer Parteien und Organisationen (Scharinger 2003:166). Nur ein Monat

---

19 Ihr vollständiger Deutscher Name war *Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit* (Geiss 1968:253)

nach diesem Richtungswechsel kam es nochmals zu einer Abschwächung, indem die Theorie der *Einheitsfront von unten und oben*, in Zusammenhang mit der Theorie des *Sozialismus in einem Land* von Stalin verkündet wurde. Diese ermöglichte die Weiterführung der punktuellen Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten, wie sie auch in der LAI stattfand. Die entscheidende radikale Linksorientierung innerhalb der KPdSU und der Komintern erfolgte im Rahmen des 10. Plenums des EKKI im Juli 1929<sup>20</sup>. Unter dem Begriff Sozialfaschismus<sup>21</sup> nahm man die Gegnerschaft zu den sozialdemokratischen Parteien erneut auf (James 1993:309-312). Die Komintern versuchte in der Folge am Kongress in Frankfurt jegliche Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften zu verhindern (Geiss 1968:258). Für die LAI und andere Frontorganisationen der Komintern war das Jahr 1929 daher gleichzusetzen mit deren Ende als Organisationen von relevanter Bedeutung. Für die Komintern brachte dieser Schritt die Verringerung der politischen Einflussmöglichkeiten auf Menschen und Organisationen außerhalb der direkten Einflussphäre (Scharinger 2003:161f, 210).

Nachdem die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht kamen, verlegte die LAI ihr Büro von Deutschland nach England. Durch die neue Ausrichtung der Komintern wendete sich George Padmore als einer ihrer wichtigsten afrikanischen Akteure, ähnlich wie zuvor im Fall von Kouyaté, von der kommunistischen Bewegung ab (Geiss 1968:258). Einen inhaltlichen Höhepunkt konnte die LAI im Jahr 1931 für sich verzeichnen. Gegen die Kolonialausstellung in Paris, welche von der französischen Regierung und Diagne eröffnet wurde und ein idealisiertes Bild der kolonialen Verhältnisse wiedergab, organisierte die LAI in Zusammenarbeit mit Kouyatés LDRN eine Gegenausstellung. Dieses gemeinsame Projekt verfolgte den Anspruch, die Verbrechen der Kolonialherrschaft aufzuzeigen (Derrick 2008:269).

## **8.2 Die Front Populaire und die Emanzipation des afrikanischen Proletariats**

Die Machtergreifung Hitlers ließ die linken Parteien wieder nach Möglichkeiten der

---

20 Die Zeitspanne von 1928 bis 1934 (Beginn und Ende der Linkswende) wird auch als Dritte Periode des Kommunismus bezeichnet (Wall 1986:32).

21 Trotzki machte die ausgrenzende Politik des Sozialfaschismus für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlich, da es dadurch die deutsche Arbeiterklasse auch im Moment ihrer Bedrohung gespalten blieb und dies Adolf Hitler die Zerschlagung der KPD ermöglichte (Trotzki 1996:138).

Zusammenarbeit suchen. Bereits 1933 erklärte die SFIO ihre Bereitschaft, mit der PCF ein Bündnis gegen den Faschismus einzugehen, aber die Komintern lehnte dies ab, da sie in den Sozialisten noch immer die Stütze der Bourgeoisie sahen. Erst im Juli 1934, unter dem Eindruck antiparlamentarischer Kundgebungen durch rechtsextreme Kräfte in Paris (6. Februar), entstand das lang erwartete Übereinkommen zwischen PCF und SFIO (Claudin 1977: 191-195). Diese antifaschistische Einheit beruhte darauf, dass der Faschismus allen anderen politischen Gruppierungen die offene Feindschaft erklärt hatte (Hobsbawm 2012:190). Die Front Populaire konnte bei den Wahlen von 1936 den Sieg erringen und versprach die Umsetzung vieler Reformen für die Arbeiterklasse. Noch bevor die Regierung Blum gebildet war, kam es zu spontanen Massenprotesten und Streikbewegungen durch das Proletariat. Auch wenn dieses Aufbegehren des Volkes abseits der Parteien und Gewerkschaften entstand, hatte die PCF doch einen gewissen Einfluss auf die Entscheidung, ob es zu einer proletarischen Machtergreifung und Revolution kommen würde. Maurice Thorez, Generalsekretär der PCF, wandte sich jedoch auf Anraten der sowjetischen Führung gegen die Revolution, da es nicht im Interesse Stalins war, die verbündete französische Militärmacht zu schwächen. Eine revolutionäre Politik hätte aus marxistischer Sicht nicht nur die Arbeiter befreit, sondern wäre auch ein entscheidender Beitrag für die linken spanischen Kräfte im Kampf gegen den Faschismus gewesen (Claudin 1977:222-226, 230ff).

In der Erwartung grundlegender Reformen wurde die Front Populaire in den Kolonien von vielen Entscheidungsträgern begrüßt. Man erwartete sich, zum ersten Mal in einen Dialog mit der französischen Regierung treten zu können. Alle beteiligten Parteien, die SFIO, die PCF und auch die Radikalsozialisten galten als antikolonialistisch, auch wenn bis auf die PCF keine der Parteien einer bedingungslosen Lostrennung von Frankreich gefordert hatte (Cohen 1972:368ff). Die Regierungsbeteiligung brachte nun auch bei der kommunistischen Partei eine Adaption ihrer Rhetorik. Durch die schwierige außenpolitische Lage verzichtete die PCF zur Wahrung der französischen Stabilität auf die offen ausgesprochene Forderung nach nationaler Selbstbestimmung der Kolonialgebiete. Für die Kolonisierten war diese Argumentation nicht nachvollziehbar, da sie anhand ihrer tagtäglichen Erlebnisse mit der Kolonialmacht die Ähnlichkeiten zwischen Faschismus und Kolonialherrschaft erkannten (Suret-Canale 1994:7). In den Kolonien und insbesondere in Dakar war seit den 1930er Jahren eine Zunahme

afrikanischer kommunistischer Aktivisten zu verzeichnen (Suret-Canale 1994:38f). Es sollte noch bis 1937 dauern, bis die Gründung einer senegalesischen kommunistischen Partei erlaubt wurde (Suret-Canale 1994:39), doch gab es entgegen ursprünglicher Überzeugungen innerhalb der PCF bereits 1930 die interne Absichtserklärung, eigenständige Organisationen unter der Leitung der Komintern zu ermöglichen. Dies wurde zu diesem Zeitpunkt noch insofern relativiert, dass man von der noch fehlenden ideologischen und politischen Stärke der kolonialen kommunistischen Organisationen ausging und diese in ihren Mitgliederzahlen auch noch zu klein seien (PCF 1930:439-466). Bis zur Parteigründung sammelten sich die afrikanischen Kommunisten in Gruppierungen, die auch Verbindungen in die französischen Schulen hatten und auf diese Weise innerhalb der assimilierten Bevölkerung Unterstützung gewinnen konnte (Suret-Canale 1994:38f). Dies unterstreicht die Annahme, dass der Marxismus in Afrika insbesondere im Kleinbürgertum und unter Studenten Anhänger fand (Sine 1983:86).

Während der Regierungszeit der *Front Populaire* kam es in Senegal zu einer emanzipatorischen Bewegung, die sehr eindrücklich die Probleme der Regierungsparteien in ihrer Kolonialpolitik aufzeigte.

Einer der wichtigsten senegalesischen Eisenbahnknotenpunkte ist die im Umland von Dakar liegende Stadt Thiès. An ihr führt die Trasse der Dakar-Niger Bahn vorbei, die für die koloniale Infrastruktur von hochrangiger Bedeutung war. Vor dem Zweiten Weltkrieg war ein Großteil der städtischen Bevölkerung bei dieser Eisenbahnlinie beschäftigt. Während die leitenden Positionen vorwiegend von Europäern und in einem geringen Ausmaß auch von assimilierten Afrikanern besetzt waren, stellte das Unternehmen zur Erhaltung der Infrastruktur auf die Anstellung indigener Hilfsarbeiter. Im Gegensatz zu den Europäern und *assimilés* wurde dieser überwiegend ungebildeten proletarischen Gesellschaftsschicht kaum Arbeiterrecht zugesprochen. Sie übten ihren schlecht entlohnten Beruf somit unter der Gefahr plötzlicher Kündigungen und ohne Urlaubsanspruch oder Fortzahlung im Krankheitsfall aus (Bernard-Duquet 1985:184f).

Die offiziell anerkannte Gewerkschaft *Syndicat des Travailleurs Indigènes du Dakar-Niger*, welche auch die Interessen der Hilfsarbeiter zu vertreten hatte, stand in einem Naheverhältnis zur *Front Populaire*. Ihre Rücksichtnahme auf die metropolitane Politik

fürte im Jahr 1938 zu einer steigenden Unzufriedenheit innerhalb der Hilfsarbeiter. Sie sahen ihre Lohnforderungen nicht angemessen vertreten und entschlossen sich als Reaktion darauf zur Gründung eines eigenen Berufsverbandes (Bernard-Duquet 1985:186, 189f). Dieser Schritt wurde von der Kolonialverwaltung wie auch von der offiziellen Gewerkschaft als direkte Konfrontation angesehen. Von staatlicher Seite wurde argumentiert, dass solche Themen nur über Vermittlung der bisher anerkannten Arbeitervertretungen behandelt werden konnten. Diese verweigerte aber eine weitere Zusammenarbeit mit den Hilfsarbeitern. Stattdessen begann ihr Leiter François Gning, Gegenmaßnahmen zu initiieren, die die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Vertretung bewahren und gleichzeitig auch seine Loyalität gegenüber der Front Populaire unterstreichen sollten. Dies umfasste insbesondere die Denunzierung von Mitarbeitern, die sich an der emanzipatorischen Bewegung beteiligten (Bernard-Duquet 1985:190, 195). Cheikh Diack, der zu einem Anführer der Hilfsarbeiter aufgestiegen war, wurde von der Administration aus seiner Arbeitsstelle entfernt und in eine entlegene Außenstelle des Unternehmens versetzt, in der Hoffnung dadurch den Forderungen ihre Organisiertheit zu nehmen. Das afrikanische Proletariat reagierte in Form einer zunehmenden Solidarisierung und der Ankündigung von Streikmaßnahmen durch die Hilfsarbeiter (Bernard-Duquet 1985:193, 197). Die am 27. September 1938 erfolgte Arbeitsniederlegung wurde von Einheiten der Armee und Polizei, unter Inkaufnahme von Todesopfern, gewaltsam niedergeschlagen, trotzdem gingen die Proteste am nächsten Tag weiter und ergriffen auch andere Gebiete. Die Bedeutung der Dakar-Niger Bahn und die Sorge vor einer sich vertiefenden ablehnenden Haltung des afrikanischen Proletariats gegenüber der Fremdherrschaft ließ die Behörden auf die ursprünglichen Forderungen der Arbeiter eingehen (Bernard-Duquet 1985:199, 209).

Der Konflikt zeigt eine zunehmende Politisierung der afrikanischen Bevölkerung auch außerhalb der privilegierten Gesellschaftsschichten auf. Diese war nicht mehr bereit, sich von Akteuren regieren zu lassen, die ihr Handeln auf der in ihrer Gruppe innewohnenden Interessen reduzierten. Gning muss die prekäre Lage der von ihm vertretenen Arbeiter bewusst gewesen sein, trotzdem dominierte die Verbundenheit zu den Problemen und Anliegen der Metropole. In Frankreich verdeutlichte sich bereits die drohende Kriegsgefahr mit dem Deutschen Reich, ähnlich wie im Ersten Weltkrieg stand die nationale Verteidigung im Mittelpunkt, unter welchen sich auch die Afrikaner

unterordnen mussten und als Argument auf einen Verzicht jeglicher möglicherweise destabilisierender Forderungen herangezogen wurde. Zusätzlich dazu war Gning von dem Machtanspruch geprägt, die gewerkschaftliche Einheit zu bewahren. Gning wie auch die Kolonialverwaltung handelten paternalistisch, indem sie die Selbstvertretung der Hilfsarbeiter nicht anerkannten und Gespräche mit dem Verweis auf die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Einbeziehung ablehnten. Zusätzlich dazu offenbarte sich auch die Kolonialpolitik der *Front Populaire*. Während es in Frankreich zur Durchsetzung umfangreicher Reformen des Arbeitsrechts kam, wurden die in ihrem Umfang begrenzten Ansinnen der Hilfsarbeiter zuerst mit Waffengewalt niedergeschlagen. Auch die Vermutung, dass diese Streikbewegung auf den Einfluss europäischer Agitatoren zurückgehen würde, was nicht der Realität entsprach (Bernard-Duquenet 1985:194-195), betont den Glauben an die westliche Überlegenheit. Die europäischen Mitarbeiter gaben vor allem der *Front Populaire* die Schuld an der Entwicklung, da ihre vermeintlich liberale Politik zu einer steigenden Militanz unter den Arbeitern führen würde (Bernard-Duquenet 1985:206). Es gibt noch zwei weitere Aspekte, die von großem Interesse sind. Der senegalesische Abgeordnete Galandou Diouf ergriff in der Auseinandersetzung Partei für die Hilfsarbeiter. Aus französischer Sicht wollte er sich dadurch politisch profilieren, eine Ansicht die durch Dioufs Verhalten naheliegend ist (Bernard-Duquenet 1985:193f, 197, 203). Gerade deswegen zeigt es aber die zunehmende Bedeutung der rechtlichen Gleichstellung zwischen Afrikanern und Europäern im kolonialen politischen Diskurs. Zusätzlich dazu stellt sich noch die Frage nach den Auswirkungen des emanzipatorischen Wirkens der afrikanischen Akteure in der Metropole. Einige Wochen nach dem Streik wurde ein Brief von Kouyaté an den Berufsverband der Hilfsarbeiter gefunden. In diesem war die Rede von einer zukünftigen geheimen antikolonialistischen Zusammenarbeit (Bernard-Duquenet 1985:215f). Kouyaté, das ehemalige Mitglied der PCF, wählte nach seinem Bruch mit den europäischen Kommunisten seinen eigenen Weg der nationalen Befreiung, im Rahmen einer adaptierten marxistischen Theorie. In dem Wissen, dass er dies nur dort vollbringen kann, woher der Kapitalismus seine Macht bezieht und dies auch ein vereinter nationaler Akt des Volkes sein müsse, nimmt er den politischen Kampf in Senegal bzw. seiner Heimat Französisch-Sudan auf. Das Kolonialreich wird zunehmend zum Kampfgebiet der nationalen Befreiung.

## 9. Conclusio

Die Welt war nach dem Ersten Weltkrieg von großen Gegensätzen geprägt. Zumindest teilweise hatten diese ihre Ursache im Imperialismus und der damit einhergehenden kapitalistischen Durchdringung der außereuropäischen Kontinente. Diese Extreme führten 1914 in einen Krieg, von dem fast die gesamte Weltbevölkerung direkt oder indirekt betroffen war. Die Gegensätze überdauerten diese Phase und stabilisierten sich neu. Die Sowjetunion, als Vision einer gerechteren Zukunft, manifestierte sich aus diesen Gegensätzen und bot ausgegrenzten und benachteiligten Gruppen die Möglichkeit, gegen die Dominanz der herrschenden Ordnung aktiv zu werden. Eine Superiorität, die ihre Stabilität der Konstruktion eines *Europäischen Universalismus* verdankte und deren zentraler Bestandteil eine kulturelle Hegemonie war. Die Entstehung des französischen Kolonialismus basierte auf dem Gedanken universeller Werte, welche von Frankreich für sich beansprucht wurden. Werte die dazu dienten, dem Imperialismus einen Mantel der Aufklärung umzuhängen und die Diskriminierung ganzer Völker als Akt der Wohltätigkeit erscheinen zu lassen. So konnte erreicht werden, dass die Unterwerfung anderer Länder im französischen innergesellschaftlichen Diskurs einen positiven Charakter entwickelte und als einendes Element in einem Land mit zunehmenden Widersprüchen fungierte. Die Herrschaft einer Klasse lässt sich nicht alleine durch die Anwendung von Gewalt dauerhaft sichern. Aus Sicht der französischen Elite war es von großer Bedeutung auch in den neu eroberten Gebieten eine Integration fremder Elemente in den eigenen geschichtlichen Block durchzuführen. Die Assimilationsanstrengungen in den *quatre Communes* ermöglichte die Aufnahme einer begrenzten Anzahl von Indigenen. Sie übernahmen die französischen Werte und Ideen und verteidigten diese, da sie Teil ihrer neuen Identität wurden. Die schrittweise erfolgte politische Partizipation, zum Ausdruck kommend in der Person von Blaise Diagne und der von ihm initiierten Gesetze begünstigten dieses Vorhaben. In relativer Abgeschirmtheit entstand dadurch eine kleine elitäre Gruppierung, die reproduzierend und legitimierend auf das Herrschaftsverhältnis wirkte und in der Kolonie einen vermeintlich eigenen, schwarzen, zivilgesellschaftlichen Diskurs begründete, der integrative Eigenschaften aufwies. In der Realität war dies kein afrikanischer Diskurs, sondern direkt in die metropolitane Sphäre eingebunden. Daraus folgen die geringen emanzipatorischen Ausprägungen von Diagne und anderen assimilierten Afrikanern.

Für sie waren die Bindung an Frankreich und der zivilisatorische Nachholprozess unbestritten. Sie agierten selbst als beste Repräsentanten für dessen Notwendigkeit und Gerechtigkeit. Die Möglichkeit, sich in der Herrschaftslegitimierung auf solch eine kleine Gruppe zu konzentrieren, ergab sich einerseits aus der Wechselbeziehung mit der Metropole, wo diese Akteure diskursstützend agierten und andererseits aus den Gegebenheiten der Kolonialherrschaft selbst. Dieser afrikanische Teil der französischen Zivilgesellschaft wirkte in Relation viel stärker als sein Pendant im Zentrum. Dies war bedingt durch die Abwesenheit organischer Intellektueller, die den Kampf um den Diskurs aufnehmen hätten können. Dem französischen Machtblock gelang es, sich der Akteuren des ursprünglichen afrikanischen zivilen Diskurses zu bemächtigen, indem er die Integrität und Autonomie der „Häuptlinge“ brach. Den assimilierten politischen Akteuren stand, vereinfacht und überspitzt bezeichnet, die „kommunistische Gefahr“ gegenüber. Das heißt, jene Afrikaner, die sich der kommunistischen Bewegung anschlossen oder zumindest mit dieser kooperierten. Diese agierten in der Metropole selbst, da sie dort bessere Bedingungen vorfanden als in ihrer Heimat. In Frankreich konnten sie durch ihre Kontakte zur PCF Teil des metropoliten Diskurses werden. Die Betrachtung deren Zielsetzungen ergibt ein zweigeteiltes Bild, wobei anzumerken ist, dass alle Akteure bis zu einem gewissen Grad assimiliert waren. Beginnend bei der familiären Herkunft, [viele von ihnen entstammen einem elitären Elternhaus] der Bildung durch französische Schulen in den Kolonien oder in Europa selbst, bis hin zu normierenden Faktoren, wie dem Armeedienst oder der administrativen Durchdringung des afrikanischen Kontinents, waren die Afrikaner einem Anpassungsdruck ausgesetzt. Auch die Aneignung europäischer Ideen, wie des Marxismus, die die Möglichkeit zur Artikulation nach metropoliten Normen beinhalteten, war in gewisser Weise eine assimilatorische Handlung. Hunkanrin und Houénou wiesen starke Akkommodationszüge auf, verfolgten aber im Gegensatz zu Diagne einen ausgeprägteren Antikolonialismus. Sie glichen ihm aber in der Unterstützung einer als notwendig empfundenen Modernisierung Afrikas, gleichbedeutend der Übernahme einer europäischen Sichtweise auf die Wertigkeiten unterschiedlicher Kulturen. Im Fall von Houénou ist eine Annäherung an die eigene Kultur zu sehen, indem er die Bedeutung der traditionellen Sprachen anerkennt und somit eine Ideenbrücke zu Lamine Senghor schlägt. Bei Senghor ist die Übernahme der vorherrschenden französischen



Wertekonstruktion nicht in solch einer dominanten Form ausgeprägt. Dies ermöglichte es ihm, eine ablehnende Haltung gegenüber einer französischen Form der „Westernisierung“ zu entwickeln und die metropolitane Sprache als Element der Assimilation abzulehnen. Die antikolonialistisch handelnden Afrikaner waren in Frankreich Teil einer benachteiligten Gruppe. Sie nahmen Aspekte des Herrschaftssystems in sich auf und wurden insoweit ein Teil davon, da sie dieses gegen ihre Unterdrückung einsetzen konnten. Ihre Zusammenarbeit mit europäischen Akteuren vergrößerte ihr Agitationsfeld. Es handelte sich in diesem Prozess um einen kulturellen Austausch und nicht um eine einseitige Aufnahme. Die Publikation vieler Schriften und Zeitungen durch Afrikaner in Europa führte zu einer Beeinflussung der westlichen Gesellschaft und trug ihren Teil zur europäischen Moderne bei. Die literarischen Leistungen der *Négritude* bereicherten die französische Literatur. Die europäische Kultur wird aber als Produkt weißer Menschen angesehen (Said 1993:327). Die vorhandenen Wechselbeziehungen werden überlagert und ausgeblendet und beweisen die Asymmetrie der Kräfte bzw. die „Perfektion“ eines Universalismus, der Einflüsse anderer Kulturen integriert und als sein Eigen ausgibt.

Für afrikanische Emanzipationsbewegungen war die Komintern ein Partner, der aufgrund seiner internationalistischen Grundsätze ein naheliegender Verbündeter war. Sahen die Afrikaner als einzige Möglichkeit ihres politischen Kampfes, diesen in die Zentren zu tragen, so war es für die kommunistische Bewegung unabdingbar, den Kapitalismus in jenen Gebieten zu bekämpfen, wo er seine Profite erzielte. Durch die Umlagerung der Kolonialgewinne und die Hebung des allgemeinen europäischen Lebensstandards, gelang es der Bourgeoisie, ihre Hegemonie zu festigen und sich gleichzeitig auch den Anforderungen entsprechend zu entwickeln. Die Allianz zwischen Kommunisten und Antikolonialisten war daher eine Reaktion auf die Ausweitung des kapitalistischen Systems und die Fortführung eines Systemkonflikts auf globalisierter Ebene. Gleichzeitig beinhaltete die Interpretation der marxistisch-leninistischen Ideologie durch die Komintern auch viele trennende Elemente, die eine Radikalisierung der afrikanischen Bevölkerung erschwerten. Da der Kommunismus von einer historisch materialistischen Gesellschaftsentwicklung ausging, war Afrika mit seiner fehlenden Industrialisierung und ohne ausgeformtes Proletariat für eine revolutionäre Bewegung nicht geeignet. Dies implizierte eine eurozentristische Sichtweise, die bei der

Landbevölkerung wie auch bei jenen Akteuren, die sich der kulturellen Bedeutsamkeit Afrikas bewusst waren oder solch Kategorisierungen ablehnten, als Hindernis angesehen wurde. Ebenso betraf dies die Frage nach der Bündnisfähigkeit. Diese Bewertung unterlag im Lauf der Jahre einer inhaltlichen Wandlung. Da die Kolonial- und Agrargebiete beständig als Profiteure einer zukünftigen europäischen Revolution definiert waren, die erst nach erfolgter proletarischen Machtergreifung befreit werden würden, verurteilte diese Ansicht die Afrikaner zu einer ausschließenden Passivität.

Der Universalismus war bis zur stalinistischen Umorientierung auf die nationalen Belange der Sowjetunion in seiner Konzeption das tragende Element der künftigen Weltrevolution. In der Realität hatten aber die nationalen Sektionen auch bereits zuvor anhaltende Probleme mit nationalchauvinistischen Tendenzen. Das über Jahrzehnte verbreitete Bild der Überlegenheit der „weißen Rasse“ ließ sich nicht innerhalb weniger Jahren aus der proletarischen Identität tilgen. Insbesondere den benachteiligten Gesellschaftsschichten war dies als einendes Element gegeben worden, um den Unmut über die herrschenden Verhältnisse, in welcher eine elitäre Gruppe Macht und Reichtum unter sich aufteilte, zu kanalisieren. Das Proletariat, aber auch die Landbevölkerung, erschufen sich ihre Identitäten durch negative Abgrenzungen in Form rassistischer Motive sowie der Ablehnung einer Obrigkeit, die zum Rückzug auf das Individuum und zur Entsolidarisierung der Gesellschaft führte (Gramsci 2010:272). Diese Eingrenzungen erzeugten ein nicht immer adäquates Verhalten der PCF gegenüber den Kolonisierten, verhinderten aber auch die Entstehung eines Bündnisses zwischen Bauern und Arbeitern, welches für das Aufbrechen der vorherrschenden Hegemonie notwendig gewesen wäre. Der Chauvinismus der PCF zeigte sich in ihrer Ablehnung, in den Kolonien Sektionen zu errichten und der Formulierung eines zentralistischen Führungsanspruches. Das Ende der LAI und die Hinwendung zu den kapitalistischen Demokratien leiteten den Bruch mit den kolonisierten Antimperialisten ein, dessen Höhepunkt mit der Front Populaire und dem Verzicht auf die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit erreicht wurde.

Die Bedeutung der mittels marxistischer Theorie argumentierenden Afrikaner der Zwischenkriegszeit liegt für den afrikanischen Kontinent in ihrer Leistung, eine Politisierung abseits des französischen Einflusses vollbracht zu haben. Dennoch gelang es ihnen nicht, in der Bevölkerung eine revolutionäre oder nationalistische

Massenbewegung zu gründen. Abgesehen von den Schwierigkeiten, die durch die Kolonialherrschaft und dessen Sicherheitsapparat gegeben waren, nahmen diese Agitatoren die afrikanische Wirklichkeit anders wahr, als die nicht assimilierte Landbevölkerung. Sie waren Teil einer anderen Kultur geworden, indem sie die Sprache des Kolonialherrn nutzten, eine andere Lebensweise führten und unterschiedliche ökonomische Realitäten hatten. Dadurch sowie aufgrund der fehlenden Adaption des Marxismus auf die afrikanischen Gegebenheiten, war es ihnen nicht möglich, die Landbevölkerung zu erreichen. Der Marxismus blieb eine europäische Idee und beschränkte sich folglich auf den verhältnismäßig kleinen Kreis der Assimilierten (Sine 1983:88). Dort, innerhalb ihrer eigenen Kultur, machte sich ihr Wirken in der Herausbildung politischer Gruppierungen auch bemerkbar.

Der Stellenwert von Lamine Senghor, Kouyaté und vielen anderen Antikolonisten ist unabstreitbar, doch sind sie wirklich die Ersten? In der Zusammenarbeit mit marxistischen Gruppierungen kann man dies wohl bejahen. Die Frage nach dem Beginn des Antikolonialismus selbst ist dem gegenüber ein Spiegelbild, in dem sich die historische Wahrnehmung reflektiert. Die interpretative Macht Europas wird dann ersichtlich, wenn antikolonialistische Positionen erst demjenigen zugesprochen werden, der auch zuvor den westlichen Diskurs in sich aufgenommen hat. Die aktive oder passive Akzeptanz von Werten, Begriffen und Methoden ist kein Gradmesser für die erstrebten Ziele. Diese unterscheiden sich nicht zu jenen organisierten Widerstandsformen der Vorkriegszeit, wie dem Ringen um Freiheit, der Selbstbestimmung und dem Erhalt der eigenen Herrschaftsstrukturen.

Gegenwärtig ist der „Kampf gegen den Kommunismus“ durch einen Krieg gegen den Terror ersetzt worden. Er bietet den europäisch geprägten Staaten die Möglichkeit ihren Einfluss weiter auszudehnen, Beschränkungen der Freiheit zu argumentieren und politische Gegner zu verfolgen. Militärische Interventionen erfolgen weiterhin unter dem Deckmantel universeller Menschenrechte und die Durchdringung der Welt durch die westliche Kultur hat ein Ausmaß erreicht, wie sie bis zum Ende der Sowjetunion nicht vorstellbar war. Die nationale Befreiung der abhängigen Länder ist weiter entfernt als je zuvor. Die direkte Fremdherrschaft wurde beendet, doch die ehemaligen Kolonien sind strukturelle Ebenbilder Europas geworden. Internationale Abkommen, Verträge und Organisationen, verbunden mit einer assimilierten Führungsschicht, bewahren die

alten Abhängigkeitsverhältnisse aus der Kolonialzeit. Die Schwierigkeit für die emanzipatorischen Bewegungen bestand damals wie heute in der Problematik, die Ideen des Zentrums abzulehnen und gleichzeitig durch die westliche Durchdringung nicht mehr auf ein alternatives, eigenes Ideenmodell und der damit verbundenen Kultur, zurückgreifen zu können. Der nationale Befreiungskampf gegen den Neoimperialismus muss in den Ländern des Südens erfolgen. Dort existiert noch ein revolutionärer Funke, das Leuchten eine Gesellschaft die noch nicht zur Gänze abhängig gemacht wurde. Erst dieser Aufstand gegen ein System der Passivität gibt auch den Menschen des politischen Westen die Möglichkeit zurück, ihre unsichtbaren Ketten zu durchbrechen.

## **10. Literaturverzeichnis**

**Adereth**, Maxwell (1984): French Communist Party: From Comintern to the Colors of France: A Critical History 1920-1984. Manchester: Manchester University Press

**Adi**, Hakim (2010): The Comintern and Black Workers in Britain and France 1919–37. In: Immigrants & Minorities: Historical Studies in Ethnicity, Migration and Diaspora, Vol. 28, Nr. 2-3, 224-245

**Ansprenger**, Franz (1961): Politik im Schwarzen Afrika. Die modernen politischen Bewegungen im Afrika französischer Prägung. Bonn: Deutsche Afrika-Gesellschaft

**Atlan**, Catherine und Jézéquel, Jean-Hervé (2002): Alienation or Political Strategy? The Colonised Defend the Empire. In: Chafer, Tony (u.a.) (Hg.): Promoting the Colonial Idea. Propaganda and Visions of Empire in France. Basingstoke: Palgrave, 102-115.

**Ballard**, John (1965): The Porto-Novo Incidents of 1923. Politics in the Colonial Era. In: University of Ife Journal of African Studies. Nr. 1, 52-75

**Bates**, Thomas R. (1975): Gramsci and the Theory of Hegemony. In: Journal of the History of Ideas, Vol. 36, Nr. 2, 351-366

**Bernard-Duquenet**, Nicole (1985): Le Sénégal et le Front Populaire. Paris: Editions L'Harmattan

**Bernstein**, Eduard (1902): Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart: Dietz

**Bernstein**, Eduard (1907): Die Kolonialfrage und der Klassenkampf. In: Sozialistische Monatshefte. Vol. 13, Nr. 11, S. 988 - 996

**Braudel**, Fernand (1986): Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. München: Kindler

**Candeias**, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Merkens, Andreas; Rego Diaz, Victor (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg: Argument, 15-32

**Claudin**, Fernando (1977): Die Krise der Kommunistischen Bewegung. Von der Komintern zur Kominform. Bd. 1: Die Krise der Kommunistischen Bewegung. Berlin:

Olle & Wolter

- Cohen**, William B. (1972): The Colonial Policy of the Popular Front. In: French Historical Studies, Vol. 7, No. 3, 368-393
- Conklin**, Alice L. (1997): A Mission to Civilize. The Republican Idea of Empire in France and West Africa. 1895 – 1930. Stanford: Stanford University Press
- Coquery-Vidrovitch**, Catherine (2001): Nationalité et citoyenneté en Afrique occidentale français. Originaires et citoyens dans le Sénégal colonial. In: The Journal of African History, Vol. 42, Nr. 2, 285-305.
- Derrick**, Jonathan (2008): Africa's 'Agitators': Militant Anti-Colonialism in Africa and the West, 1918-1939. London: Hurst
- Egonu**, Iheanachor (1981): Les Continents and the Francophone Pan-Negro Movement. In: Phylon, Vol. 42, Nr. 3, 245-254
- Fanon**, Frantz (1981): Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt: Suhrkamp
- Fatton**, Robert Jr. (1986): Gramsci and the Legitimization of the State: The Case of the Senegalese Passive Revolution. In: Canadian Journal of Political Science. Vol. 19, Nr. 4, 729-750
- Ferry**, Jules (1885): Recht auf Kolonisation. Debatte in der Deputiertenkammer, Juli 1885. Ursprünglich erschienen in: Delavignette, Robert; Charles, André (Hg.) (1946): Les constructeurs de la France d'outre-mer. Paris: Corréa, 292-294, Übersetzt von und Zitiert nach: Ansprenger, Franz (1961): Politik im Schwarzen Afrika. Die modernen politischen Bewegungen im Afrika französischer Prägung. Bonn: Deutsche Afrika-Gesellschaft, 452f
- Fortescue**, William (2000): The Third Republic in France, 1870-1940: Conflicts and Continuities. Routledge London: Routledge
- Gaedt**, Christian (2007): Antonio Gramsci (1891-1937). In: Merkens, Andreas; Rego Diaz, Victor (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg: Argument, 204-218
- Geiss**, Imanuel (1968): Panafrikanismus. Zur Geschichte der Dekolonisation. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt

**Ginio**, Ruth (2006): French Colonialism Unmasked. The Vichy Years in French West Africa. Lincoln: University of Nebraska Press

**Gramsci**, Antonio (1971): Selections from the Prison Notebooks of Antonio Gramsci. Hoare, Quintin; Smith, Geoffrey N. (edited and translated by). New York: International Publisher

**Hoare**, Quintin; **Smith** Geoffrey N. (1971): Introduction. In: Gramsci, Antonio (1971): Selections from the Prison Notebooks of Antonio Gramsci. Hoare, Quintin; Smith, Geoffrey N. (edited and translated by). New York: International Publisher

16-96

**Hobsbawm**, Eric (2012): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Deutscher Taschenbuch Verlag

**Hoffrogge**, Ralf (2011): Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914. Stuttgart: Schmetterling Verlag

**Houénou**, Kojo Tovalou (1921): L'involution des métamorphoses et des métempsychose de l'univers. Paris

**Idowu**, **H. Oludare** (1969): Assimilation in 19th Century Senegal. In: Cahiers d'Études Africaines, Vol. 9, Nr. 34, 194-218.

**James**, C.L.R. (1993): World Revolution 1917-1936. The Rise and Fall of the Communist International. New York: Humanity Press

**Johnson**, George Wesley (1971) The Emergence of Black Politics in Senegal. The Struggle for Power in the Four Communes, 1900-1920. Stanford: Stanford University Press

**Johnson**, George Wesley (1978): Blaise Diagne: Initiateur de la vie politique moderne en Afrique francophone. In: Julien, Charles-André [Hg.] [u.a.]: Les Africains Tome XII, Paris: Editions Jeune Afrique, 86-117

**July**, Robert W. (1970): A History of the African People. New York: Charles Scribner's Sons

**July**, Robert W. (2004): The Origins of Modern African Thought. It's Development in West Africa During the Nineteenth and Twentieth Centuries. Asmara: Africa World

**Kautsky, Karl** (1907): Rede über die Kolonialpolitik. Am Internationalen Sozialisten-Kongreß zu Stuttgart. 18. bis 24. August 1907

<http://marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1907/08/kolonial.htm>

[Zugriff: 23.12.2013]

**Kautsky, Karl** (1907): Kolonialismus und Kolonialpolitik.

<http://marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1907/kolonial/kolonialpolitik.pdf>

[Zugriff: 23.10.2013] [Gedruckt erschienen in: Kautsky, Karl (1907): Kolonialismus und Kolonialpolitik. Berlin: Vorwärts]

**Kautsky, Karl** (1914): Der Imperialismus.

<http://marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1914/xx/imperialismus.pdf>

[Zugriff: 23.10.2013] [Gedruckt erschienen in: Die neue Zeit, Vol. 32, Nr. 2, 908-922]

**Kautsky, Karl** (1927): Die materialistische Geschichtsauffassung. Bd. 2: Die Menschennatur. Berlin: Dietz

**Kautsky, John H.** (1961): J. A. Schumpeter and Karl Kautsky: Parallel Theories of Imperialism. In: Midwest Journal of Political Science, Vol. 5, Nr. 2, 101-128.

**Keller, Kathleen** (2008): On the Fringes of the "Civilizing Mission": "Suspicious" Frenchmen and Unofficial Discourses of French Colonialism in AOF (1918-1939). In: French Colonial History Vol. 9, 103-129

**Koller, Christian** (2001): "Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt": die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914–1930). Stuttgart: Steiner (Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte. 82.)

**Kommunistische Internationale (Komintern)** (1920): Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß. Hamburg: Kommunistische Internationale

**Kommunistische Internationale (Komintern)** (1921): Der Zweite Kongreß der Kommunist. Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 10. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau. Hamburg: Kommunistische Internationale



- Laclau**, Ernesto; **Mouffe**, Chantal (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen
- Landy**, Marcia (1986): Culture and Politics in the Work of Antonio Gramsci. In: boundary 2, Vol. 14, Nr. 3, 49-70
- Langley**, Y. Ayodele (1969): Pan-Africanism in Paris. 1924-36. In: The Journal of Modern African Studies, Vol. 7, Nr. 1, 69-94
- Langley**, Y. Ayodele (1973): Pan-Africanism and Nationalism in West Africa. 1900-1945. A Study in ideology and social classes. Oxford: Clarendon
- Lenin**, I. W. (1944): The Development of Capitalism in Russia. Lenin Selected Works. London: Lawrence and Wishart.
- Lenin**, I.W. (1971): Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. LW 22 Berlin: Dietz
- Lenin**, I.W. (1975): Lenin Werke 23, Berlin: Dietz
- Lenin**, I.W. (1977): Lenin Werke 19, Berlin Dietz
- Lenin**, I. W. (1988): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Berlin: Dietz
- Lunn**, Joe (2009): Remembering the Tirailleurs Sénégalais and the Great War: Oral History as a Methodology of Inclusion in French Colonial Studies. In: French Colonial History, Vol. 10, 125-149
- Luxemburg**, Rosa (1899): Sozialreform oder Revolution?  
<http://marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/kap1-5.htm> [Zugriff: 14.12.2013] [Gedruckt erschienen in: Luxemburg, Rosa (1908): Sozialreform oder Revolution? Leipzig: Leipziger Buchdruckerei]
- Manchuelle**, François (1989): Slavery, Emancipation and Labour Migration in West Africa: The Case of the Soninke. In: The Journal of African History, Vol. 30, Nr. 1, 89-106
- Mangin**, Charles (1910): La Force Noire. Paris: Librairie Hachette
- Marx**, Christoph (2004): Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart. Paderborn: Ferdinand Schöningh

**Marx, Karl** (1960): Die Revolution in China und Europa. MEW Band 9, S. 95-102.  
Berlin: Dietz Verlag

**McDougall, E. A.** (1989): Setting the Story Straight: Louis Hunkanrin and "Un Forfait Colonial". In: History of Africa, Vol. 16, 285-310

**McIntyre, Michael** (2011): Race, Surplus Population and the Marxist Theory of Imperialism. In: Antipode, Vol. 43, Nr. 5, 1489–1515

**Merkens, Andreas** (2004): Antonio Gramsci: Erziehung und Bildung. Gramsci-Reader. Auf Grundlage der kritischen Gesamtausgabe der Gefängnishefte. Hamburg: Argument

**Moneta, Jakob** (1968): Die Kolonialpolitik der französischen KP. Hannover: Literatur und Zeitgeschehen

**Mortimer, Edward** (1984): The Rise of the French Communist Party. 1920-1947.  
London: Faber and Faber

**Nantambum, Kwame** (1998): Pan-Africanism Versus Pan-African Nationalism: An Afrocentric Analysis. In: Journal of Black Studies, Vol. 28, Nr. 5, 561-574

**Newbury, C.W. und Kanya-Forstner, A.S** (1969): French Policy and the Origins of the Scramble for West Africa. In: The Journal of African History, Vol. 10, Nr. 2, 253-276

**Parti Communiste Français (PCF)** (1924a): Bericht über die koloniale Frage für den Kongreß von Lyon der KPF (Januar 1924). Ursprünglich veröffentlicht In: Bulletin Communiste, Nr. 3, S. 93-96. Übersetzt von und Zitiert nach: Moneta, Jakob (1968): Die Kolonialpolitik der französischen KP. Hannover: Literatur und Zeitgeschehen, 22-27

**Parti Communiste Français (PCF)** (1924b): Einstimmig vom Conseil National der KP am 1. und 2. Juni 1924 angenommene Resolution zur kolonialen Frage. Ursprünglich veröffentlicht In: Bulletin Communiste, Nr. 25, S. 615. Übersetzt von und Zitiert nach: Moneta, Jakob (1968): Die Kolonialpolitik der französischen KP. Hannover: Literatur und Zeitgeschehen, 27-28

**Parti Communiste Français (PCF)** (1930): Die Arbeit der französischen Partei in den Kolonien. Ursprünglich veröffentlicht In: Cahiers du Bolchévisme, Nr. 4, S. 439-446.

- Übersetzt von und Zitiert nach: Moneta, Jakob (1968): Die Kolonialpolitik der französischen KP. Hannover: Literatur und Zeitgeschehen, 66-70
- Person**, Yves (1979): Le Front populaire au Sénégal (mai 1936 - octobre 1938). In: Le Mouvement social, Vol. 107, 77-101
- Rosanvallon**, Pierre (2013) Die Gesellschaft der Gleichen. Hamburg: Hamburger Edition
- Said**, Edward W. (1994): Kultur und Imperialismus. Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht. Frankfurt am Main: Fischer Verlag
- Sarr**, Amadou Lamine (2011): Lamine Senghor (1889 – 1927). Das Andere des senegalesischen Nationalismus. Wien: Böhlau
- Scharinger**, Manfred (2003): Koloniale Frage und ArbeiterInnenbewegung. Von Marx und Engels zur II. Internationale, revolutionäre Komintern, Stalinismus, IV. Internationale. (Marxismus 22)
- Seddon**, David (2002): Popular Protest and Class Struggle in Africa – An Historical Overview. In: Zeilig, Leo (Hg.): Class struggle and resistance in Africa. Chicago: Haymarket Books. 57-87
- Senghor**, Lamine (1927): La Violation d'un pays. Mit einem Vorwort von Paul-Vaillant Couturier. Bureau d'Editions, de Diffusion et de Publicité, Faubourg Saint-Denis: Paris
- Sharpley-Whiting**, T. Denean (2002): Negritude Women. Minneapolis: University of Minnesota
- Sine**, Babacar (1983): Le marxisme devant les sociétés africaines contemporaines. Paris: Presence Africaine
- Summers**, Anne, **Johnson**, R.W. (1978): World War I Conscription and Social Change in Guinea. In: The Journal of African History, Vol. 19, Nr. 1, 25-38
- Suret-Canale**, Jean (1969): Schwarzafrika. Bd. 2: Geschichte West und Zentralafrikas. 1900-1945. Berlin: Akademie Verlag
- Suret-Canale**, Jean (1994): Les Groupes d'Etudes Communistes (G.E.C.) en Afrique Noire. Paris: Editions L'Harmattan
- Stovall**, Tylor (2003): National Identity and Shifting Imperial Frontiers. Whiteness and

the Exclusion of Colonial Labor After World War I. In: Representations, Vol. 84, Nr. 1, 52-72.

**Taoua**, Phyllis (2003): The Anti-Colonial Archive: France and Africa's Unfinished Business. In: SubStance, Vol. 32, Nr. 3, 146-164

**Thomas**, Martin (2005): Albert Sarraut, French Colonial Development, and the Communist Threat, 1919–1930. In: The Journal of Modern History, Vol. 77, Nr. 4, 917-955

**Todd**, David (2011): A French Imperial Meridian, 1814-1870. In: Past and Present Vol. 210, Nr. 1, 155-186.

**Trotzki**, Leo (1993): Die permanente Revolution. Ergebnisse und Perspektiven. Essen: Arbeiterpresse

**Trotzki**, Leo (1996): Verratene Revolution. Essen: Arbeiterpresse

**Tunteng**, P-Kiven (1974): Political Freedom and Mental Colonization. In: Transition, Nr. 44, 9-16

**Uzoigwe**, G.N. (o. J.) Pan-Africanism in World Politics. Starkville: Mississippi State University

<http://www.csus.edu/hhs/capcr/docs/2004%20conference%20proceedings-papers/g%20n%20uzoigwe%20paper.pdf> [Zugriff: 11.01.2014]

**Wallerstein**, Immanuel (1984): Der historische Kapitalismus. Berlin: Argument

**Wallerstein**, Immanuel (1986): Das moderne Weltsystem – Die Anfänge der kapitalistischen Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Syndikat.

**Wallerstein**, Immanuel (2007): Die Barbarei der anderen. Europäischer Universalismus. Berlin: Klaus Wagenbach

**Wilson**, Edward T. (1974): Russia and Black Africa before World War II. New York: Holmes & Meier



## **Zusammenfassung**

Der Imperialismus veränderte gewaltsam die Lebensrealitäten der afrikanischen Gesellschaften und zwang sie in eine politische, wie auch kulturelle Abhängigkeit. Die globale europäische Vormachtstellung ermöglichte die Errichtung eines kulturellen Universalismus, der als Rechtfertigung und auch als Instrument der Machtausübung diente. Diese hegemoniale Stellung konnte sich nur durch die Einbeziehung einer kolonisierten Bevölkerungsschicht entfalten, die das System der Fremdherrschaft legitimierte und sowohl nach innen, wie auch nach außen reproduzierte. Die Entstehung der Sowjetunion, auf Basis der marxistisch-leninistischen Theorie, sollte sich als Herausforderer dieser westlichen Dominanz herausstellen. Gleichzeitig bot dies dem afrikanischen Widerstand aber die Möglichkeit, innerhalb dieses Konfliktes Strategien der eignen nationalen Befreiung auszuformen. Das Ziel dieser Arbeit ist es, die Entstehung der westafrikanischen Emanzipationsbewegungen in den französischen Kolonien aufzuzeigen. Lamine Senghor, Louis Hunkanrin und Tiémoko Garan Kouyaté versuchten nach dem Ersten Weltkrieg ihre Vorstellungen von einer gerechten Zukunft, die bei jedem in einer anderen Weise definiert war, umzusetzen. So handelten sie in einem Spannungsfeld zwischen kommunistischer Unterstützung, metropolitaner Assimilation und der Sehnsucht nach der verlorenen nationalen Vergangenheit. Die französische Fremdherrschaft ließ bei ihnen divergierende Bedürfnisse entstehen. Diese reichten von einem reformistischen Ansatz bis hin zur aktiven Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei. Eine Zusammenarbeit dieser antikolonialistischen Kräfte war naheliegend und aus französischer Sicht eine Bedrohung des gesamten Kolonialreiches. Bis in das Jahr 1934 hinein wandelte sich die Politik der Komintern von einer Politik des Bündnisses mit nationalistischen Befreiungsbewegungen hin zu einer Linkswende, die eine weitere Kooperation erschwerte. Die Gründung der *Front Populaire* offenbarte schließlich die endgültige Unterordnung aller internationalistischen Tätigkeiten zum nationalen Wohl der Sowjetunion und leitete das Ende des gemeinsamen Weges zwischen panafrikanistischem Nationalismus und der europäischen kommunistischen Bewegung ein. Anhand dieser historischen Abläufe wird der Frage nach kultureller Macht und deren Auswirkungen auf die Beherrschten nachgegangen.

## **Abstract**

European imperialism changed the reality of African societies by force and moved them into political and cultural dependency. Global European supremacy established a cultural universalism, which served as both, justification and instrument of power. Involvement of the colonised population fuelled the development and legitimised this foreign rule.

With the birth of the Soviet Union, based on the Marxist-Leninist theory this Western imperialistic dominance was challenged. Subsequently the rising conflict between East and West offered the emancipation movements in the colonised areas the ability to develop their own strategies for national liberation. In the West African French colonies Lamine Senghor, Louis Hunkanrin, Tiémoko Garan and Kojou Tivalou Houénou were among the people, who tried to implement their own visions of a fairer future. They formed political organisations, published newspapers and books, which influenced the French culture with lasting effect. All of these groups acted in an environment between communist support, metropolitan assimilation and national nostalgia. Their approaches ranged from a reformist one to active membership in the Communist Party. Reformists acknowledged the alleged underdevelopment of Africa and wanted to initiate a modernisation based on the European model. Groups associated with or members of the French Communist Party aimed for an independent African way. From the French perspective each of these groups, and more a collaboration between anti-colonial forces was a threat to the whole empire. As a consequence many political activists were persecuted.

Till 1934 the policy of the Comintern had changed from an alliance with nationalist liberation movements to a farther left policy, which made further cooperation difficult. The formation of the *Front Populaire* finally revealed the subordination of all internationalist activities to the national benefit of the Soviet Union and marked the beginning of the end of the cooperation between Pan-African nationalism and the European Communist movement. Based on this historical sequence this work examines the question of cultural power and its impact on the ruled.

## **Lebenslauf**

Name: Florian Klimka

## **Wissenschaftliche Ausbildung**

Seit August 2007: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung  
an der Universität Wien

## **Schwerpunktsetzung**

Politische und ökonomische Zusammenhänge in einem globalen Maßstab – unter besonderer Berücksichtigung der Entstehung von Systemkrisen.